D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 17
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

30. April 1982
Preis 1,80 DM



„Ferngesteuerte Aktionen"

Friedensbewegung in der DDR

G.K. Nichts konnte die untergründige Wirksamkeit der unabhängigen Friedensbewegung, die sich in der DDR herausgebildet hat, besser dokumentieren als die Tatsache, daß auf dem Kongreß des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) in Berlin die Erziehung der Arbeiter zu „Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit" mittels politisch-ideologischer Schulung in den Betrieben zu einer vorrangigen Aufgabe der Gewerkschaft erklärt wurde. In der Diskussion (wenn man sie so nennen will, da die vom Blatt abgelesenen Beiträge alle einer festen Regie folgten) tauchte das Thema denn auch mehrfach auf. Eine junge Bauarbeiterin hatte unter dem Beifall des Kongresses das Stichwort zu geben: „Wir stimmen ein in den weltweiten Ruf: ‚Frieden schaffen ohne NATO-Waffen!'"

Das ist die Parole, die derjenigen der Friedensbewegung vom „Frieden schaffen ohne Waffen" entgegengestellt wird. FDJ-Vorsitzender Krenz sprach gar von „ferngesteuerten Aktionen, deren Wortführer gerade jetzt, da der Imperialismus hochgerüstet wie nie zuvor die Vernichtung der Menschheit ins Kalkül zieht, den Sozialismus waffenlos machen und der Jugend das Recht und die Ehrenpflicht zur Verteidigung der Heimat bestreiten wollen". Man wird zugeben, daß sich die Sprache der Reaktionäre in Ost und West verblüffend angleicht.

herausgebildet hat, besser dokumentieren als die Tatsache, daß auf dem Kongreß des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) in Berlin die Erziehung der Arbeiter zu „Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit" mittels politisch-ideologischer Schulung in den Betrieben zu einer vorrangigen Aufgabe der Gewerkschaft erklärt wurde. In der Diskussion (wenn man sie so nennen will, da die vom Blatt abgelesenen Beiträge alle einer festen Regie folgten) tauchte das Thema denn auch mehrfach auf. Eine junge Bauarbeiterin hatte unter dem Beifall des Kongresses das Stichwort zu geben: „Wir stimmen ein in den weltweiten Ruf: ‚Frieden schaffen ohne NATO-Waffen!'"

Das ist die Parole, die derjenigen der Friedensbewegung vom „Frieden schaffen ohne Waffen" entgegengestellt wird. FDJ-Vorsitzender Krenz sprach gar von „ferngesteuerten Aktionen, deren Wortführer gerade jetzt, da der Imperialismus hochgerüstet wie nie zuvor die Vernichtung der Menschheit ins Kalkül zieht, den Sozialismus waffenlos machen und der Jugend das Recht und die Ehrenpflicht zur Verteidigung der Heimat bestreiten wollen". Man wird zugeben, daß sich die Sprache der Reaktionäre in Ost und West verblüffend angleicht.

Die hervorgehobene Behandlung auf dem Gewerkschaftskongreß macht deutlich, daß die Frage der weiteren Aufrüstung auch die Kernschichten der Arbeiterschaft in der DDR zu beschäftigten beginnt. Zum Teil schlägt da die Dauerberieselung mit dem Thema Friedensbewegung im Westen auf ihre Urheber zurück. Es gibt aber auch sehr handfeste Gründe für wachsende Beunruhigung. Das nominelle Wirtschaftswachstum von 5%, das die DDR im letzten Jahr noch aufwies, wird – wie Honecker selbst bei der Vorstellung des 5-Jahr-Planes warnte – praktisch keine Verbesserung des Lebensstandards mehr bringen, sondern vollständig in erhöhte Gegenlieferungen an die UdSSR (für höhere Brenn- und Rohstoffpreise) und andererseits in starke Schuldenrückzahlungen an die westlichen Gläubiger weggehen; und das bis 1985 und darüber hinaus. Die DDR, in deren Propaganda die exzessive Westverschuldung Polens unter Gierek nicht genug gegeißelt werden kann, ist selbst, pro Kopf der Bevölkerung, höher verschuldet als Polen. Und wahrscheinlich ist, daß der hohe Lebensstandard im Lebensstandard mit den Rüstungsausgaben der DDR sehr direkt zusammenhängen: im letzten Haushaltsjahr haben die gesamten Staatsausgaben der DDR einen Sprung um 20 Mrd. DM gemacht, wovon 13 Mrd. unter die nicht näher aufgeschlüsselten Ausgaben fielen. Es gilt als sicher, daß sich unter diesen Posten in großem Umfang nicht ausgewiesene Rüstungsausgaben verbergen.

Neben der ideologischen Festigung und einer ausdrücklichen Verurteilung der „Solidarität" in Polen waren allerdings die Staatsgewerkschafter der DDR, ganz nach dem Muster der vorangegangenen Gewerkschaftskongresse in Moskau und Prag, darauf angesetzt, durch Lockerungen und Reformen im Kleinen der sozialen Unzufriedenheit Ventile und Abzugsmöglichkeiten zu schaffen. Auch in der Rede des FDGB-Vorsitzenden Tisch gab es die schon obligatorischen Ausfälle gegen einen allgemein umschriebenen Bürokratismus, den es zu bekämpfen gelte. Die Gewerkschaft müsse näher an den „täglichen Problemen" im Betrieb sein. Hier wird also der Ausweg gesucht: bei den Ferienheimen und anderen Sozialeinrichtungen der Betriebe, in der Verwaltung der Sozialversicherungskassen und in der Schlichtung täglicher Konflikte (bei denen die einzelnen Beschäftigten oft durchaus selbstbewußt auftreten) hat die Gewerkschaft ihren realen Einfluß auf das Leben der Beschäftigten. Dieses Wirkungsfeld soll sie ausbauen dürfen.

Unmittelbar vor Beginn des Kongresses ist in Grünheide bei Berlin der Kommunist Robert Havemann, von etwa 500 Personen begleitet, zu Grabe getragen worden. Die Staatsmacht nahm nur in Form eines großen Polizeiaufgebots, das schon weit vor dem Ort in S-Bahn-Zügen Personalpapiere überprüfte, und die Straßen gesperrt hielt, an seinem Tod Anteil. Havemann hätte vielleicht seine grimmige Freude an dieser letzten Ehrung ge-

se in Moskau und Prag, darauf angesetzt, durch Lockerungen und Reformen im Kleinen der sozialen Unzufriedenheit Ventile und Abzugsmöglichkeiten zu schaffen. Auch in der Rede des FDGB-Vorsitzenden Tisch gab es die schon obligatorischen Ausfälle gegen einen allgemein umschriebenen Bürokratismus, den es zu bekämpfen gelte. Die Gewerkschaft müsse näher an den „täglichen Problemen" im Betrieb sein. Hier wird also der Ausweg gesucht: bei den Ferienheimen und anderen Sozialeinrichtungen der Betriebe, in der Verwaltung der Sozialversicherungskassen und in der Schlichtung täglicher Konflikte (bei denen die einzelnen Beschäftigten oft durchaus selbstbewußt auftreten) hat die Gewerkschaft ihren realen Einfluß auf das Leben der Beschäftigten. Dieses Wirkungsfeld soll sie ausbauen dürfen.

Unmittelbar vor Beginn des Kongresses ist in Grünheide bei Berlin der Kommunist Robert Havemann, von etwa 500 Personen begleitet, zu Grabe getragen worden. Die Staatsmacht nahm nur in Form eines großen Polizeiaufgebots, das schon weit vor dem Ort in S-Bahn-Zügen Personalpapiere überprüfte, und die Straßen gesperrt hielt, an seinem Tod Anteil. Havemann hätte vielleicht seine grimmige Freude an dieser letzten Ehrung ge-

tragen worden. An seinem Grab sprachen der Ost-Berliner Jugendpfarrer Eppelmann, der mit Havemann den „Berliner Appell" verfaßt hat, Stefan Heym, und andere. Die verschiedenen Strömungen, die in der Friedensbewegung der DDR zusammenfließen, waren hier deutlich: aufgeklärte Kommunisten, wie Havemann selbst, die sich in offenen Widerspruch zur Sozialistischen Einheitspartei gesetzt haben; Künstler mit unabhängiger, humanistischer Weltanschauung, wie Heym; möglicherweise auch Vertreter einer neuen Linken (wie die anonymen Autoren eines oppositionellen Manifestes vom letzten Jahr: „Bleibe daheim und wehre dich täglich!"); und junge Christen, die den Großteil der Mitglieder der neuen Friedensbewegung bilden.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Friedensbewegung in der DDR dann doch nicht so sehr von der Bewegung der „Solidarität" in Polen, bevor sie im Jahr 1980 sich sprunghaft zu einer Arbeiter- und Massenbewegung entwickelte – obwohl nach Tradition und Färbung die Unterschiede natürlich groß sind. Aber in beiden Fällen ist die christliche Friedfertigkeit, die untergründige gesellschaftliche Organisation und das radikale Beharren auf den Lebensinteressen der Individuen einstweilen ein durchaus wirksames Gegengift gegen den Absolutheitsanspruch des Staates. Es ist schon der bloße Neutralismus dieser Bewegung gegenüber den offiziellen Zwecken und Doktrinen, der den Inhabern der Macht unerträglich ist. Das allerdings verbindet dann auch schon wieder die Friedensbewegung Ost mit der Friedensbewegung West.



Nichts hat den amerikanischen Kongeß und den Präsidenten so wuchtig und so überraschend getroffen, wie die Friedensbewegung im eigenen Land. Dieser Tage finden im Rahmen der „Nationalen Tage des Widerstands" Demonstrationen in über 100 Städten statt. Sie enden am 1. Mai mit einem Marsch auf Washington.

Mobilmachung der Strafjustiz

Drastische Einschränkungen der Verteidigerrechte geplant

k. Der 6. Strafverteidigertag vom 23. bis 25. April veröffentlichte, was wegen der Brisanz seines Gegenstandes von den verantwortlichen Ministerien des Bundes und der Länder bis dahin geheim gehalten werden konnte und sollte: Ein Referentenentwurf für eine Hau-Ruck-Schlankheitskur der Strafprozeßordnung, mit der der „ständig



Nichts hat den amerikanischen Kongeß und den Präsidenten so wuchtig und so überraschend getroffen, wie die Friedensbewegung im eigenen Land. Dieser Tage finden im Rahmen der „Nationalen Tage des Widerstands" Demonstrationen in über 100 Städten statt. Sie enden am 1. Mai mit einem Marsch auf Washington.

Mobilmachung der Strafjustiz

Drastische Einschränkungen der Verteidigerrechte geplant

k. Der 6. Strafverteidigertag vom 23. bis 25. April veröffentlichte, was wegen der Brisanz seines Gegenstandes von den verantwortlichen Ministerien des Bundes und der Länder bis dahin geheim gehalten werden konnte und sollte: Ein Referentenentwurf für eine Hau-Ruck-Schlankheitskur der Strafprozeßordnung, mit der der „ständig

zunehmenden Belastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Strafsachen" begegnet werden soll.

1. Beschneidung des Beweisführungsrechts des Angeklagten durch Bestimmung einer Frist, nach deren Ablauf Beweisanträge der Verteidigung im freien Ermessen des Gerichts abgelehnt werden können sollen;
2. Einschränkungen des Begründungsrechts für Anträge der Verteidigung; Möglichkeit des Entzugs des Fragerechts der Verteidigung;
3. Die Möglichkeit, Urkunden nur noch ihrem „wesentlichen Inhalt" nach zum Gegenstand der Hauptverhandlung zu machen, soll erweitert werden;
4. Befangenheitsanträge gegen Richter sollen nur noch außerhalb der Hauptverhandlung, immer aber unverzüglich nach Bekanntwerden ihres Grundes angebracht werden;
5. Verlängerung der Frist für die notwendige Überprüfung der Untersuchungshaft durch das Oberlandesgericht von sechs auf neun Monate;
6. Möglichkeit mehrfacher Unterbrechung der Hauptverhandlung in Großverfahren (genannt sind ausdrücklich Terroristen- und Wirtschaftsstrafprozesse) bis zu sechs Monaten;
7. Abschaffung des Inhaltsprotokolls für die amtsgerichtliche Hauptverhandlung;
8. Erweiterung der Kostenbelastung des Verteidigers bei Unterbrechungen der Hauptverhandlung;
9. Wesentliche Reduzierung der Begründungspflicht für amtsgerichtliche Urteile;
10. Abschaffung der Sprungrevision zum Oberlandesgerichts gegen amtsgerichtliche Urteile;
11. Revision gegen Urteile der Landgerichte nur noch, wenn sie durch das Landgericht zugelassen worden ist.

Die Liste der geplanten Einschränkungen ist weder vollständig, noch ist die Diskussionsrunde der Justizminister des Bundes und der Länder abge-

zum Oberlandesgerichts gegen amtsgerichtliche Urteile;
11. Revision gegen Urteile der Landgerichte nur noch, wenn sie durch das Landgericht zugelassen worden ist.

Die Liste der geplanten Einschränkungen ist weder vollständig, noch ist die Diskussionsrunde der Justizminister des Bundes und der Länder abge-

schlossen. Sie beruht auf Arbeitspapieren, die die Landesjustizministerien im Oktober 1981 verfaßt haben. Eine Konferenz der Referenten der Justizministerien des Bundes und der Länder im Februar 1981 hat sie für würdig befunden, daß sie auf ihre Wirksamkeit und Durchführbarkeit geprüft werden.

Für die Autoren des „Reformwerks" ist ganz fraglos das Treiben der Verteidiger der Grund für die „ständig zunehmende Belastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Strafsachen". Ihr Heilmittel liegt daher ebenso fraglos in der Beschneidung der Verteidigungsrechte. Belege für diese These werden weder angeführt, noch gibt es sie. Tatsache ist aber, daß es nicht an den Verteidigern liegt, wenn z.B. Rauschgiftprozesse heute Jahre dauern, anstatt wenige Tage wie früher. Noch jedesmal nimmt die Auseinandersetzung um die Art und Weise der Vernehmung von Spitzeln in diesem Bereich die meiste Zeit in Anspruch. Nicht anders ist es bei politischen Prozessen, in denen in der gerichtlichen Hauptverhandlung oft genug das an Ermittlungen nachgeholt werden muß, was übereilige Staatsanwälte vor Anklagebeginn nicht ermittelt haben.

Freilich verschwenden die Autoren des Entwurfs nicht einen Gedanken daran, ob die so sehr gewünschte Entlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften nicht mit einem Schlag dadurch erreicht werden könnte, daß der Staatsapparat den prozessualen Einsatz von Spitzeln verbietet oder die Gerichte von ihrer Funktion als Vollstrecker einer Einheitsweltanschauung befreit werden. Viel einfacher ist für den Dieb der Ruf „Haltet den Dieb!".

Schönheitsoperation

thm. Bekanntlich waren die Wahlen in El Salvador für die USA insofern zum Fiasko geworden, als die stockreaktionären Rechtsparteien auf einmal als die strahlenden Sieger dastanden. Die USA wissen aber, wie in Mittelamerika salonfähige Regierungen zu bilden sind.

Das letzte Beispiel lieferten sie in Guatemala. Als dort nach den Wahlen zu Anfang des Jahres wiederum durch offene Wahlfälschung die international isolierte Militärjunta sich an die Regierung setzte, putschte eine Gruppe „Junger Offiziere" unter General Montt. Nachdem nun einiges Gras über die ominöse Geschichte gewachsen ist, gaben die USA am Montag bekannt, daß sie ihre seit 1977 eingestellte Militärhilfe zur Bekämpfung der Guerilla wiederaufnehmen. Montt achte schließlich die Menschenrechte.

Die Lage in El Salvador ist etwas komplizierter für die USA zu behandeln. Ohne Beteiligung der Christdemokraten wird es Reagan kaum möglich sein, im Kongreß wie gegenüber der internationalen Meinung eine offene Militärhilfe für das Regime zu vertreten. So schaltete sich auch der Staatssekretär Haigs, General Vernon Walters, direkt in die Koalitionsverhandlungen ein. Der Kongreß werde die Gelder streichen, wenn nicht die Christdemokraten in eine Koalitionsregierung aufgenommen und d'Aubuisson nicht von den Spitzenpositionen der Macht ferngehalten würde.

Der Todesschwadron-Killer d'Aubuisson wurde schließlich zum Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt. Das Außenministerium zeigte Geduld: Die Wahl zum Vorsitzenden der Konstituante sei

offene Wahlfälschung die international isolierte Militärjunta sich an die Regierung setzte, putschte eine Gruppe „Junger Offiziere" unter General Montt. Nachdem nun einiges Gras über die ominöse Geschichte gewachsen ist, gaben die USA am Montag bekannt, daß sie ihre seit 1977 eingestellte Militärhilfe zur Bekämpfung der Guerilla wiederaufnehmen. Montt achte schließlich die Menschenrechte.

Die Lage in El Salvador ist etwas komplizierter für die USA zu behandeln. Ohne Beteiligung der Christdemokraten wird es Reagan kaum möglich sein, im Kongreß wie gegenüber der internationalen Meinung eine offene Militärhilfe für das Regime zu vertreten. So schaltete sich auch der Staatssekretär Haigs, General Vernon Walters, direkt in die Koalitionsverhandlungen ein. Der Kongreß werde die Gelder streichen, wenn nicht die Christdemokraten in eine Koalitionsregierung aufgenommen und d'Aubuisson nicht von den Spitzenpositionen der Macht ferngehalten würde.

Der Todesschwadron-Killer d'Aubuisson wurde schließlich zum Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt. Das Außenministerium zeigte Geduld: Die Wahl zum Vorsitzenden der Konstituante sei

nicht gleichbedeutend mit der Wahl zum Staatspräsidenten.

Der eigentliche Machtrückhalt für die USA in El Salvador ist die Armee. Hier können die USA weiterhin mit einem erneuten Putsch unter Führung des Duarte nahestehenden Generals Gutierrez gegen die Nationalgarde unter General Fides Casanova drohen. Bekannt geworden ist dementsprechend auch schon ein Kommunique „Junger Offiziere", die gegen d'Aubuisson Stellung bezogen und gegen die Absetzung von Gutierrez protestierten.

Auf Druck der Armee zeichnet sich eine Koalitionsregierung der Christdemokraten mit der rechten Nationalen Versöhnungspartei ab, unter Vorsitz des parteilosen Bankiers Alvaro Magana. Er war schon in der Regierung Duartes und soll der Versöhnungspartei nahestehen. Mit den USA im Rücken blieben die Christdemokraten erst einmal der ersten Sitzung der Konstituante fern. Mit der endgültigen Regierungsbildung wird am 1. Mai gerechnet.

In unserer nächsten Ausgabe

bringen wir u.a. einen Bericht über die zahlreichen Schikanen, denen sich Umschüler insbesondere nach der Operation '82 ausgesetzt sehen. Außerdem: Politischer Frühjahrsputz in China – Wyhl vor dem Durchmarschversuch Lothar Späths

Sanktionen für die „Zukunft der Freiheit"?

cof. Die Welt und ihre Presse sind erstaunt, überrascht, von freudiger Genugtuung übermannt, angesichts der „Solidarität der Europäer". Mehr als eine gemeinsame Verurteilung des argentinischen Gewaltaktes habe die britische Regierung eigentlich nicht erwarten können, wird gemutmaßt, und so manchem Korrespondenten erscheint sowohl der britische Hilferuf als auch die prompte Reaktion aus Brüssel aufgrund früherer Erfahrung fast schon kurios. Allerdings nicht aus dem eigentlichen naheliegendsten Grund: Kurios ist, wenn man diesen harmlosen Begriff verwenden und nicht gleich von Heuchelei sprechen will, dies höchst eigenartige „erkenntnisleitende Interesse": Sucht die britische Ehre Unterstützung – sie findet sie bei den geradeso aus Prinzip die Gewalt verachtenden westlichen Demokratien der Europäischen Gemeinschaft. Hatte sich vor ein paar Wochen die Sozialistische Internationale nebst europäischen Regierungen gegen die Wahlfarce in El Salvador ausgesprochen – die Briten konnten keine Behinderung ausmachen und kamen gerne als Beobachter zu den braven Militärs.

Kurios auch, daß bisher weder die schätzungsweise weit über 10000 „Verschwundenen" noch die Mütter von der Plaza do Mayo, weder die Suspendierung der gewerkschaftlichen Freiheiten noch das Verbot politischer Parteien und freier Wahlen zum Beispiel dem Wirtschaftswunderkapital irgendwelche Gewissensbisse bereiteten, mit Argentinien, wo Gewalt nicht erst hinter Gefängnismauern aufzuspüren ist, schwungvoll Handel zu treiben. 1980, vier Jahre nach Errichtung der Militärdiktatur am Rio de la Plata, steht die BRD ganz vorne im Handel mit Argentinien, mit doppelt so hohem Export und gut einem Viertel mehr an Import im Vergleich zum nächstwichtigen argentinischen Handelspartner Italien; das United Kingdom kommt erst an fünfter Stelle im Import und an sechster im Export. Immerhin ließ eine englische Ladenkette jetzt rasch das argentinische Corned Beef aus den Regalen nehmen.

Und eilig hatte es die Krone auch mit der Rückberufung ihres Botschafters, wohingegen zum Beispiel Genscher im vergangenen Dezember in El Salvador keine Hindernisse dafür sah, den deutschen wieder zu entsenden. Noch krassere Fälle drängen sich auf, wenn man sich an die Entwicklung der Beziehungen zu Chile nach dem Sturz der Unidad Popular vor 9 Jahren erinnert. Sanktionen oder ähnliche Belastungen des friedlichen Handels wurden als mögliche Reaktion auf das gewaltsame Ende Allendes strikt abgelehnt. Und bis zum Morgen des 2. April sah man in Bonn trotz jahrelanger heftiger Proteste der Solidaritätsbewegungen zwischen einem für Chile bestimmten und in Westdeutschland gefertigten U-Boot keinen politischen Unterschied zu einer noch in Arbeit befindlichen Fregatte für die argentinische Marine.

Dieser Linie des freien Handels zwischen mehr oder weniger freien Völkern folgen letztlich konsequent – trotz einiger verbaler Schlenker von wegen „Vorrang der Politik in Außenhandelsfragen" – die Stellungnahmen der deutschen Geschäftswelt. Für Otto Wolff von Amerongen, seit je als scharfer Gegner von Sanktionen vor allem im Osthandel bekannt, bedeutet Einheit von Politik und Handel den Rückfall in den kalten Krieg. Anders gesagt, wo Dollar oder Rubel rollen, hat Moral, Demokratie oder ähnlich Borniertes keinen Platz.

Doch lassen wir das hohe „Prinzip des Gewaltverzichts" mal beiseite. Schon haben wir ein neues Definitionsproblem: „Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern unterstützt die Bundesregierung das verbündete und befreundete Großbritannien bei der friedlichen Beilegung des Konflikts mit allem Nachdruck." (Pressemitteilung vom 7.4.) „Rückeroberung" von Süd-Georgien – fällt das noch unter „friedliche Beilegung"? – Ein argentinisches Bein amputiert – weiter ist ja nichts passiert, keine Gefangenen, und wir haben ja noch keinen Krieg erklärt, hieß es erst – und jetzt, *nach* der Kriegserklärung?

Wir sollten helfen, dieser Sorte „Umwertung der Werte" ein möglichst rasches Ende zu bereiten. So altbekannt (seit 1914) die britische Opposition auch aufgetreten ist, scheint sie jetzt doch kalte Füße zu bekommen. Und am Sonntag fand in London die erste diesbezügliche Friedensdemonstration statt.

Aufhebung der Mietpreisbindung?

230000 unterschrieben in Westberlin das Bürgerbegehren dagegen

nia. Westberlin. In der vergangenen Woche ist in den meisten Bezirksverordnetenversammlungen über das Bürgerbegehren gegen den Weißen Kreis abgestimmt worden. Kern des Bürgerbegehrens war die Forderung an die Bezirksämter, sich unverzüglich für die weitere Beibehaltung der Mietpreisbindung für Altbauten einzusetzen. Insbesondere dafür, daß die am 26.11.81 vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Grundsätze, die inzwischen im Bundestag zur Beratung liegen, nicht Gesetz werden, da sie nicht mit den Wahlversprechen der Parteien übereinstimmen. Diese von CDU und FDP beschlossenen Grundsätze sehen vor, in den nächsten Jahren eine Reihe von Mieterhöhungen für Standard, Lage, Zustand der Wohnungen zuzulassen, die dazu führen würden, daß sich bis 1990 die Altbaumieten mindestens verdoppeln; das Ganze wird als „soziales Mietrecht" angepriesen.

Der Vorsitzende der Abgeordnetenhaus-Fraktion der CDU, Diepgen, hatte seinen Bezirksfraktionen rechtzeitig eine Argumentationshilfe gegen das Bürgerbegehren und einen alternativen Antrag geliefert. Überall gleich stellte daher die CDU in den Bezirken gegen das Bürgerbegehren ihren Antrag, die Abgeordnetenhausvorschläge vom 26.11.81 zu unterstützen. Mehr oder wenig vollständig wurde dazu das Diepgen-Papier vorgetragen, dessen Argumente für die Einführung des „sozialen Mietrechts" darin gipfelten, daß endlich die Rechtseinheit mit dem Bund auch in dieser Frage hergestellt werden müsse.

Über 230000 Unterschriften waren für das Bürgerbegehren gesammelt worden, weit mehr als vor einem Jahr für das Volksbegehren zur Neuwahl. Trotzdem waren die Unterzeichner für die CDU eine unwesentliche Minderheit, deren Votum keinen Einfluß auf ihre Politik habe. In allen Bezirken, in denen die CDU die Mehrheit hat, wurde das Bürgerbegehren daher von den Bezirksverordnetenversammlungen abgelehnt. Angenommen wurde es lediglich in Kreuzberg, Neukölln, Tiergarten und Wedding. Außerdem wurde in Spandau ein von der SPD eingebrachter Antrag, der dem Bürgerbegehren entspricht, ebenfalls angenommen. (In Spandau war das Bürgerbegehren nicht durchgeführt worden.)

Einen Tag, bevor die Abstimmungen begannen, hatte Bausenator Rastemborski das Ergebnis einer Studie der Hamburger GEWOS – einer Tochtergesellschaft der Neuen Heimat – vorgestellt, die noch der alte Senat in Auftrag gegeben hatte. Diese Wohnungsmarktanalyse stützt eine Reihe von Argumenten der Mietervertretungen gegen den Weißen Kreis. Bausenator Rastemborski erklärte auf der Pressekonferenz dazu, es sei „überwiegend zu früh", an die Ergebnisse „unmittelbar politische Konsequenzen und Forderungen anzuknüpfen."

Aus der Studie ergab sich, daß die durchschnittliche Rendite im Wohnungsbau bei 7,1% liegt, daß aber auch bei einer Freigabe der Altbaumieten die Instandsetzungsbereitschaft der Hauseigentümer kaum steigen werde. Auch bei durchgeführten Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen wiesen ein Drittel der Wohnungen immer noch erhebliche Mängel hinsichtlich Ausstattung und Zustand auf. Die meisten Umzüge in Westberlin finden daher auch wegen des schlechten Zustands der Wohnungen statt. Ein Viertel der deutschen und über 60% der Ausländerhaushalte sind mit ihrer Wohnung unzufrieden. Zweitwichtigster Grund ist dabei die Größe der Wohnung. Es fehlt vor allem an großen Wohnungen. Geht man davon aus, daß bei kleineren Haushalten ein Zimmer mehr gebraucht wird als Personen vorhanden sind, und bei großen Haushalten mindestens Zimmerzahl gleich Personenzahl sein müßte, dann sind 44% aller Mietshaushalte unterversorgt. Bei den großen sind es gar 65% bei einer Fläche von 12,6 m^2 pro Person. Dabei ist die Fläche umso geringer, je niedriger das Einkommen ist. 40% der Westberliner Haushalte müssen mit weniger als 1500 DM im Monat auskomen. Während die durchschnittliche Mietbelastung bei 16,2% liegt, müssen diese zwischen 25 und 40% für die Kaltmiete ausgeben. 1980 lag die durchschnittliche Kaltmiete bei 274 DM; 4,58 DM/m^2. Dabei betragen die Altbaumieten schon 3,80 DM/m^2 im Durchschnitt; nur noch 17% liegen unter 3 DM/m^2. Der öffentlich geförderte Neubau kostet im Durchschnitt 5,13 DM/m^2, der frei finanzierte 7,07 DM/m^2. Das scheint relativ niedrig; doch wurden in den letzten Jahren nur wenige Neubauten errichtet. Von den vom Senat bis 1990 geplanten 25000 Neubauwohnungen soll knapp die Hälfte mit Steuerbegünstigungen gebaut werden und dann zwischen 10 und 12 DM/m^2 liegen. Wenn sich die Altbaumieten bis dahin verdoppeln, so wie es der Senat plant, werden sie gut vermietbar sein.

Für Rentner, Ausländer, große oder unvollständige Familien ist die Situation schon jetzt kaum noch tragbar. 60% der Westberliner Mieter sind nach Angaben der Studie nicht bereit oder nicht in der Lage, mehr Miete zu zahlen als bisher; die übrigen auch nur 80 bis 130 DM mehr.

Das Bürgerbegehren hat in erster Linie darauf gezielt, die FDP unter Druck zusetzen, damit sie ihre Zustimmung zum Senatsentwurf zurückzieht. In einzelnen Bezirken hat sie jedoch mit der CDU gestimmt. Die Chancen, mehr als einen schlechten Kompromiß zu erreichen, sind nicht mehr besonders hoch: der Regierende Bürgermeister hat erklärt, eine Verlängerung der Mietpreisbindung „ohne Wenn und Aber" habe in Bonn nicht die Spur einer Chance.

Mittlerweile wird daher diskutiert, als letzte Möglichkeit ein erneutes Volksbegehren zur Auflösung des Abgeordnetenhauses zu beantragen.

RIESEN DES BETONZEITALTERS



DER BOERNOSAURUS GIGANTEUS BETONCOPLUTOMUS

keine Behinderung ausmachen und kamen gerne als Beobachter zu den braven Militärs.

Kurios auch, daß bisher weder die schätzungsweise weit über 10000 „Verschwundenen" noch die Mütter von der Plaza do Mayo, weder die Suspendierung der gewerkschaftlichen Freiheiten noch das Verbot politischer Parteien und freier Wahlen zum Beispiel dem Wirtschaftswunderkapital irgendwelche Gewissensbisse bereiteten, mit Argentinien, wo Gewalt nicht erst hinter Gefängnismauern aufzuspüren ist, schwungvoll Handel zu treiben. 1980, vier Jahre nach Errichtung der Militärdiktatur am Rio de la Plata, steht die BRD ganz vorne im Handel mit Argentinien, mit doppelt so hohem Export und gut einem Viertel mehr an Import im Vergleich zum nächstwichtigen argentinischen Handelspartner Italien; das United Kingdom kommt erst an fünfter Stelle im Import und an sechster im Export. Immerhin ließ eine englische Ladenkette jetzt rasch das argentinische Corned Beef aus den Regalen nehmen.

Und eilig hatte es die Krone auch mit der Rückberufung ihres Botschafters, wohingegen zum Beispiel Genscher im vergangenen Dezember in El Salvador keine Hindernisse da-

Osthandel bekannt, bedeutet Einheit von Politik und Handel den Rückfall in den kalten Krieg. Anders gesagt, wo Dollar oder Rubel rollen, hat Moral, Demokratie oder ähnlich Borniertes keinen Platz.

Doch lassen wir das hohe „Prinzip des Gewaltverzichts" mal beiseite. Schon haben wir ein neues Definitionsproblem: „Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern unterstützt die Bundesregierung das verbündete und befreundete Großbritannien bei der friedlichen Beilegung des Konflikts mit allem Nachdruck." (Pressemitteilung vom 7.4.) „Rückeroberung" von Süd-Georgien – fällt das noch unter „friedliche Beilegung"? – Ein argentinisches Bein amputiert – weiter ist ja nichts passiert, keine Gefangenen, und wir haben ja noch keinen Krieg erklärt, hieß es erst – und jetzt, *nach* der Kriegserklärung?

Wir sollten helfen, dieser Sorte „Umwertung der Werte" ein möglichst rasches Ende zu bereiten. So altbekannt (seit 1914) die britische Opposition auch aufgetreten ist, scheint sie jetzt doch kalte Füße zu bekommen. Und am Sonntag fand in London die erste diesbezügliche Friedensdemonstration statt.

Abgeordnetenhausvorschläge vom 26.11.81 zu unterstützen. Mehr oder wenig vollständig wurde dazu das Diepgen-Papier vorgetragen, dessen Argumente für die Einführung des „sozialen Mietrechts" darin gipfelten, daß endlich die Rechtseinheit mit dem Bund auch in dieser Frage hergestellt werden müsse.

Über 230000 Unterschriften waren für das Bürgerbegehren gesammelt worden, weit mehr als vor einem Jahr für das Volksbegehren zur Neuwahl. Trotzdem waren die Unterzeichner für die CDU eine unwesentliche Minderheit, deren Votum keinen Einfluß auf ihre Politik habe. In allen Bezirken, in denen die CDU die Mehrheit hat, wurde das Bürgerbegehren daher von den Bezirksverordnetenversammlungen abgelehnt. Angenommen wurde es lediglich in Kreuzberg, Neukölln, Tiergarten und Wedding. Außerdem wurde in Spandau ein von der SPD eingebrachter Antrag, der dem Bürgerbegehren entspricht, ebenfalls angenommen. (In Spandau war das Bürgerbegehren nicht durchgeführt worden.)

Einen Tag, bevor die Abstimmungen begannen, hatte Bausenator Rastemborski das Ergebnis einer Studie der Hamburger GEWOS – einer Tochtergesellschaft der Neuen Heimat – vorgestellt, die noch der alte Senat in Auftrag gegeben hatte. Diese Wohnungsmarktanalyse stützt eine Reihe von Argumenten der Mietervertretun-

65% bei einer Fläche von 12,6 m^2 pro Person. Dabei ist die Fläche umso geringer, je niedriger das Einkommen ist. 40% der Westberliner Haushalte müssen mit weniger als 1500 DM im Monat auskomen. Während die durchschnittliche Mietbelastung bei 16,2% liegt, müssen diese zwischen 25 und 40% für die Kaltmiete ausgeben. 1980 lag die durchschnittliche Kaltmiete bei 274

mehr als einen schlechten Kompromiß zu erreichen, sind nicht mehr besonders hoch: der Regierende Bürgermeister hat erklärt, eine Verlängerung der Mietpreisbindung „ohne Wenn und Aber" habe in Bonn nicht die Spur einer Chance.

Mittlerweile wird daher diskutiert, als letzte Möglichkeit ein erneutes Volksbegehren zur Auflösung des Abgeordnetenhauses zu beantragen.

RIESEN DES BETONZEITALTERS



DER BOERNOSAURUS GIGANTEUS BETONCOPLUTOMUS

Bundespolizei BGS ausgebaut – aber noch nicht überall

gkr. „Der Bundesgrenzschutz ist heute fester denn je zuvor in das Sicherheitssystem von Bund und Ländern integriert. Die Einsätze des vergangenen Jahres zeigen, daß die Länder den Bundesgrenzschutz mit Selbstverständlichkeit als zusätzliches Sicherheitspotential in Anspruch nehmen, wie z.B. in Gorleben und in Frankfurt. Er hat bisher allen Unterstützungsersuchen der Länder entsprochen und zugleich allen Anforderungen, die die eigenen originären Aufgaben stellen, zuverlässig erfüllt." Der Bundesinnenminister rühmte die Taten des BGS bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts des BGS für 1981. Diese „Bundespolizei" ist in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut worden. 16400 Mann stark Anfang der siebziger Jahre, umfaßt der BGS heute 22700 Polizisten. Insgesamt, so der Bericht, sei der BGS in 120 Fällen von der Landespolizei angefordert worden. Die Liste der Einsätze als Verband umfaßt alle großen überregionalen Aktionen: Brokdorf am 28.2., in Gorleben Einsatz schon seit dem 14.3.1979, in Frankfurt am Flughafen seit 6.10.1981, in beiden Fällen offensichtlich noch nicht beendet, und schließlich bei der Bonner Demonstration am 10.10. und bei dem Besuch Breschnews vom 12. bis 16.11. Am 14.9.1977 hatte das Bundeskabinett einen Ausbau des BGS um 2666 Stellen beschlossen. Bisher wurde nur knapp die Hälfte vom Parlament bewilligt. Der Bericht stellt mit Bedauern fest, daß dadurch die geplanten BGS-Abteilungen in Frankfurt und Karlsruhe (warum wohl sind ausgerechnet dort neue Abteilungen geplant?) noch nicht aufgestellt werden konnten. Innerhalb des BGS gibt es seitens der Leitung, der Abteilungskommandeure Widerstand gegen die Umwandlung von einer Sondereinsatztruppe zu einer Sonderpolizei. Dies ergibt sich aus einer Aufzeichnung einer Arbeitsgruppe von Ende letzten Jahres. Vor allem werden darin auch die gewerkschaftlichen Rechte angegriffen. Es finde eine unzulässige Vermischung von Personalrats- und Gewerkschaftstätigkeit statt. „Personalversammlungen werden zu Tribunalen umgestaltet, wo ... abteilungsfremde BGS-Gewerkschaftsfunktionäre in demagogischer Form lautstark Abteilungs- und Kommandoführung ... angreifen ... Niemand hindert sie daran." So beklagen sich die Abteilungskommandeure. Im Status einer Truppe könnten die gewerkschaftlichen Rechte leichter ganz ausgeschaltet werden.

Neuer Zusammenschluß von ASten in NRW

jöf. Köln. Seit Semestern existiert in Nordrhein-Westfalen nur noch eine Landesastenkonferenz (LAK), in der die DKP-orientierten ASten repräsentiert sind. Die anderen politischen Strömungen beteiligten sich aus Kritik am überzogenen Zentralismus und vor allem dem undemokratischen Stimmschlüssel (jeder AStA eine Stimme unabhängig von der Größe der Hochschule) nicht an der LAK. Zu Jahresbeginn wurde auf Initiative der Basisgruppen vom Kölner Universitätsasta vorgeschlagen, Verhandlungen über den Aufbau einer demokratischen, repräsentativen LAK aufzunehmen, dabei sollte der LAK vor allem die Aufgabe der „Information und Koordination" zukommen. Entscheidungen sollten im Konsens gefällt werden, damit sie jeder AStA mittragen kann, „von oben verordnete Aktionen" u.ä. sollte diese LAK nicht beschließen. Die dann stattgefundenen Gespräche zwischen Basisgruppen, Jusos und MSB/SHB verliefen ergebnislos, weil MSB und SHB bei ihrer „LAK" bleiben wollen und somit einen repräsentativen ASten-Zusammenschluß ablehnten. Am 5. Mai nun werden sich die nicht-DKP, basisdemokratischen und unorganisierten ASten in Essen treffen und sich auf Grundlage einer demokratischen Satzung als Koordinations- und Arbeitskonferenz zusammenschließen. Dieser Zusammenschluß wird sich einen demokratischen, d.h. entsprechend der jeweiligen Hochschulgröße gewählten Stimmschlüssel geben. An diesem Zusammenschluß beteiligten sich u.a. die ASten der größten Hochschulen NRWs, nämlich der Uni Münster, Uni Köln, Uni Bochum, Uni Düsseldorf, GHS Essen und TH Aachen. Der AStA der Uni Bonn wird derzeit von Rechten gestellt. Nachdem die vds mehr und mehr zu einem DKP-orientierten Richtungsverband verkommen ist, zeichnet sich eine Tendenz ab, daß über die Landesastenkonferenzen bzw. ihren funktionsfähigen Aufbau von den nicht-DKP-orientierten ASten wieder überregionale Zusammenhänge entwickelt werden.

Büro der „Solidarität" in Bremen

kvz. Offiziell eingeweiht wurde das Büro der „Solidarität" in Bremen, das von 6 Mitgliedern einer Delegation der Danziger Lenin-Werft betrieben wird. Sie sind auf einer Konferenz am 13. März in Düsseldorf beauftragt worden, für die BRD die Informationen und Kontakte zu zentralisieren. Ein Bulletin „Fakten und Kommentare" mit wichtigen Nachrichten aus Polen wird in unregelmäßigen Abständen herausgegeben. Der Ausschuß der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność" hat mit dem Bremer Büro eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten vereinbart und ruft zur Unterstützung dieser Einrichtung auf.

Informationsbüro der Solidarność
Eduard-Grunow-Straße 2
2800 Bremen
Telefon 0421 / 771221

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Mai

1. **Recklinghausen.** Beginn der Ruhrfestspiele, bis 6.7
2. **Westberlin.** Lateinamerika-Tage '82, bis 23. Mai
5. **BRD.** Vor 27 Jahren wurde die BRD mit Abschluß des NATO-Vertrages „souverän"
7. **Stuttgart.** Zentrale Pressekonferenz des ÖTV-Hauptvorstandes zur Situation der Frauen
8. **Köln (DIDF), Duisburg (FIDEF).** Demonstrationen gegen die Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei
   Vor 37 Jahren kapitulierte der Hitler-Faschismus
10. **Bonn.** In dieser Woche soll im Bundestag das Asylgesetz verhandelt werden
    Westberlin. Bundesausschuß (kleiner Parteitag) der CDU tagt
    Recklinghausen. Begleitprogramm zu den Ruhrfestspielen zum Thema Friedenssicherung, bis 13.5.
    Tennessee (USA). Eröffnung der Weltenergieausstellung, geht bis 31.10.
12. **Frankfurt.** Bundesweiter Kongreß „Umwelt und Gesundheit", bis 14.5.
15. **Wuppertal.** NRW-Treffen der Demokratischen Sozialisten zur Schaffung organisatorischer Strukturen, bis 16.5.
    Hannover. Demonstration gegen die Militärelektronikausstellung IDEE
    Hannover. Rockfestival gegen die Waffenschau, bis 16.5.
16. **Westberlin.** 12. ordentlicher DGB-Bundeskongreß, bis 22.5.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

„Unbewaffnet in einem Dschungel“

Zum Alltag unter israelischer Besatzung

chm. Nun sind sie raus aus dem Sinai – die israelische Armee, die Siedler. Hinterlassen haben sie einen Trümmerhaufen – Sand, wie sie sagen, Sand wie den, den sie 1967 erobert haben. Damals hieß es noch „Ein Stück Land für ein Stück Frieden“ – Israel sei bereit, auf die eroberten Gebiete zu verzichten, wenn es eine Garantie von den arabischen Nachbarstaaten für Existenz und Frieden erhalten würde. Heute – obwohl sich das Versprechen im Falle Ägyptens zu bewahrheiten scheint, klingt das Wort vom Frieden hohl, schält sich immer mehr heraus, daß es Gebiete gibt, wo Israel auf den Frieden pfeift, um sie zu besetzen und zu besitzen: Palästina – zum einen Teil seit 1948 besetzt, vollständig judaisiert, und zum anderen Teil 1967 erobert mit dem gleichen Ziel der Judaisierung, der Schaffung eines rein jüdischen Gemeinwesens, was Raub des palästinensischen Bodens bedeutet , Ansiedlung von Juden und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung.



Grenzschutztruppen, reguläre Armee-Einheiten, Polizeitruppen, bewaffnete Siedler – koloniales Aufgebot, um die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu unterwerfen

Der alltägliche Zionismus heißt Besiedlung und Landnahme

Innerhalb von 15 Jahren haben die verschiedenen israelischen Regierungen, sowohl die der „linken“ Koalition, Maarach, als auch der „rechten“ Likudkoalition, 60% des Bodens im besetzten Westufer und Gazastreifen in Eigentum des israelischen Staates verwandelt, die Bauern, die den Boden bebauten, landlos gemacht und sie gezwungen, sich als billige Arbeitskräfte in die israelische Industrie in den 1948 eroberten Gebieten zu verkaufen. Auf dem geraubten Boden sind bisher 87 Siedlungen entstanden, die über 600 Mio. $ gekostet haben. 20000 Siedler leben dort, manche Siedlungen sind nur Schlafstätten, deren Bewohner jeden Morgen zu ihrem Arbeitsplatz ins Kernland pendeln, andere regelrechte Militärstützpunkte.

Alle Siedlungen sind so angelegt, daß sie die palästinensischen Wohnbereiche, ob Städte oder Dörfer, auseinanderreißen, zerfasern, leichter zugänglich und damit kontrollierbar machen. Alle größeren Städte des Westufers sind von solchen Siedlungsringen umgeben. Untereinander sind die Siedlungen durch ein dichtes Straßennetz verbunden. Sie haben inzwischen eine eigene Verwaltung, eine eigene Gerichtsbarkeit und vor allem ein eigenes, von der israelischen Armee zur Verfügung gestelltes Waffenarsenal.

Die Kolonisatoren

Die Siedler, die Palästina kolonisieren, gehören mehrheitlich zur Bewegung „Gush Emunim“, eine rechtsextremistische Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, Palästina „araberrein“ zu machen, weil nur das jüdische Volk das Recht hat, in Eretz Israel zu siedeln. Jeder Teil Palästinas, in dem keine Juden leben, wird in ihren Werbeprospekten als „leer“ markiert, d.h. offen für jüdische Besiedlung.



Keinen jüdischen Boden für arabisches Öl – Gush Emunim-Siedler in der Nähe von Nablus

Der größte Teil der Gush Emunim-Mitglieder sind amerikanische Juden, die noch nicht sehr lange in Israel leben, wie z.B. Goodmann, der die Schießerei auf dem Jerusalemer Tempelberg angezettelt hat. (Aufgefüllt sollen die Siedlungen allerdings mit armen, teils arbeitslosen orientalischen Juden werden.)

Genau diese Schießerei ist ein gutes Beispiel für die Taktik der Gush Emunim – zugegebenermaßen wegen der hohen Zahl der Opfer von besonderer Bedeutung. Diese Taktik besteht in gezielten Provokationen gegen die palästinensische Bevölkerung. So z.B. haben Siedler von Kirjat Arba einen palästinensischen Jugendlichen zu Tode gefoltert, oder ein andermal unvermittelt eine Salve in eine Gruppe von Schülern hineingejagt. Aus diesen Provokationen erhoffen sie sich größere Unruhen, die mit dazu beitragen sollen, die Palästinenser so zu verschrecken, daß sie auswandern. So erklärte ein palästinensischer Ingenieur, daß er sich angesichts der bewaffneten und schießwütigen Siedler „wie unbewaffnet im Dschungel“ fühle.

Entscheidend ist, daß die Siedler als verlängerter Arm der Besatzungsarmee fungieren. In ihrer Ausgabe vom vergangenen Freitag veröffentlichte die israelische Zeitung Ha'aretz ein Interview mit einem dieser Siedler, wo er offen zugab, daß er voll in die Demonstranten in den vergangenen Wochen hineingeschossen habe; bei einer Scheinvernehmung auf der Militärstation jedoch habe der zuständige Offizier ins Vernehmungsprotokoll „in die Luft geschossen“ eingetragen. Empört sei er darüber, auf Araber würde er doch nicht nur in die Luft schießen ...

„Ich hab' meine Beine verloren ...“

Als der Bürgermeister von Nablus, Bassam Shakaa, der bei einem Anschlag der Gush Emunim vor zwei Jahren beide Beine verloren hat, von der eigenen Entlassung Anfang April erfuhr, ließ er sich ins Rathaus bringen. Sein Büro war schon von israelischen Soldaten besetzt. Der Anführer machte sich lustig über ihn, er sei ein Krüppel, kein richtiger Mann mehr, schubste ihn, so daß er seine Krücken verlor und hinfiel. Shakaa, der sofort von den ihn umgebenden Palästinensern hochgehoben wurde, sagte: „Ich hab' meine Beine verloren, aber ihr Israelis, ihr habt den Verstand verloren.“

Auf den ersten Blick hin mutet tatsächlich die israelische Politik irrational an und ohne sichtliche Logik. Zu



Eigentum des israelischen Staates verwandelt, die Bauern, die den Boden bebauten, landlos gemacht und sie gezwungen, sich als billige Arbeitskräfte in die israelische Industrie in den 1948 eroberten Gebieten zu verkaufen. Auf dem geraubten Boden sind bisher 87 Siedlungen entstanden, die über 600 Mio. $ gekostet haben. 20000 Siedler leben dort, manche Siedlungen sind nur Schlafstätten, deren Bewohner je-

ufers sind von solchen Siedlungsringen umgeben. Untereinander sind die Siedlungen durch ein dichtes Straßennetz verbunden. Sie haben inzwischen eine eigene Verwaltung, eine eigene Gerichtsbarkeit und vor allem ein eigenes, von der israelischen Armee zur Verfügung gestelltes Waffenarsenal.

Die Kolonisatoren

Die Siedler, die Palästina kolonisieren,



Keinen jüdischen Boden für arabisches Öl – Gush Emunim-Siedler in der Nähe von Nablus

offen für jüdische Besiedlung.

Der größte Teil der Gush Emunim-Mitglieder sind amerikanische Juden, die noch nicht sehr lange in Israel leben, wie z.B. Goodmann, der die Schießerei auf dem Jerusalemer Tempelberg angezettelt hat. (Aufgefüllt sollen die Siedlungen allerdings mit armen, teils arbeitslosen orientalischen Juden werden.)

Genau diese Schießerei ist ein gutes Beispiel für die Taktik der Gush Emunim – zugegebenermaßen wegen der hohen Zahl der Opfer von besonderer Bedeutung. Diese Taktik besteht in gezielten Provokationen gegen die palästinensische Bevölkerung. So z.B. haben Siedler von Kirjat Arba einen palästinensischen Jugendlichen zu Tode gefoltert, oder ein andermal unvermittelt eine Salve in eine Gruppe von Schülern hineingejagt. Aus diesen Provokationen erhoffen sie sich größere Unruhen, die mit dazu beitragen sollen, die Palästinenser so zu verschrecken, daß sie auswandern. So erklärte ein palästinensischer Ingenieur, daß er sich angesichts der bewaffneten und schießwütigen Siedler „wie unbewaffnet im Dschungel“ fühle.

Entscheidend ist, daß die Siedler als verlängerter Arm der Besatzungsarmee fungieren. In ihrer Ausgabe vom vergangenen Freitag veröffentlichte die is-

sei er darüber, auf Araber würde er doch nicht nur in die Luft schießen ...

„Ich hab' meine Beine verloren ...“

Als der Bürgermeister von Nablus, Bassam Shakaa, der bei einem Anschlag der Gush Emunim vor zwei Jahren beide Beine verloren hat, von der eigenen Entlassung Anfang April erfuhr, ließ er sich ins Rathaus bringen. Sein Büro war schon von israelischen Soldaten besetzt. Der Anführer machte sich lustig über ihn, er sei ein Krüppel, kein richtiger Mann mehr, schubste ihn, so daß er seine Krücken verlor und hinfiel. Shakaa, der sofort von den ihn umgebenden Palästinensern hochgehoben wurde, sagte: „Ich hab' meine Beine verloren, aber ihr Israelis, ihr habt den Verstand verloren.“

Auf den ersten Blick hin mutet tatsächlich die israelische Politik irrational an und ohne sichtliche Logik. Zu



einem Zeitpunkt, wo der politische Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten durch eine immer stärker werdende, von den Moslembrüdern getragene Strömung bedroht ist, wo die Gründung einer eigenständigen palästinensischen KP in den besetzten Gebieten eine Schwächung der PLO und der palästinensischen Führer, die sie unterstützen, darstellt, da setzt die Besatzungsmacht Israel eine Unterdrückungswelle in Gang, deren bisher einziger sichtbarer Effekt eine Stärkung der nationalen Einheit unter der palästinensischen Bevölkerung, Festigung des Einflusses der PLO und größerer Widerstandswille sind. Die „Rationalität“ dieser Politik ist nur verständlich, wenn der Kern des Zionismus, die Landnahme in Palästina, die Ersetzung der einheimischen Bevölkerung durch eine andere, verstanden wird. Es ist eine Logik der Gewalt, die nur dieses Mittel wirklich anwenden kann. Jeder Schritt, der dem Feind, dem Palästinenser, entgegenkommt, jeder friedliche Schritt, bedeutet schon die Wahrnehmung dieses Feindes als Menschen mit Rechten, die sofort die eigenen in Frage stellen, weil sie historisch und real legitimiert sind, den eigenen illegitimen Anspruch zunichte zu machen. „Was sollen wir anders machen als schießen? Wir tun es, weil wir bis zum Alter von 12 Jahren nur vom Holocaust der Nazis hören und von 12 bis 18 Jahren nur vom Haß der Araber unterrichtet werden“, sagte ein israelischer Leutnant dem Korrespondenten von Newsweek.

Fremde im eigenen Land

Für die Palästinenser ist die Begegnung mit dem Zionismus von Anbeginn traumatisch gewesen. Heute, in den Teilen Palästinas, wo sie unmittelbar mit der militärischen Unterdrückung durch die israelische Besatzungsmacht konfrontiert sind, ist das Trauma tägliche Erfahrung: 80% der Palästinenser in den besetzten Gebieten haben in den 15 Jahren israelischer Besatzung mindestens eine Nacht in israelischen Gefängnissen verbracht. Die genaue Zahl der palästinensischen Gefangenen ist unbekannt. Linke israelische Anwälte vermuten, daß sie bei 20000 liegt. Jegliche Form politischer und gewerkschaftlicher Betätigung ist ihnen verwehrt. Jeder Zusammenschluß, jeder Versuch einer Organisierung wird im Keim erstickt unter dem Vorwand terroristischer Aktivitäten. Und am schlimmsten: Die systematische Zerstörung der nationalen Identität, angefangen mit dem Namen der besetzten Gebiete. Ein palästinensischer Student sagt: „Es schockt mich jedesmal körperlich, wenn ich höre, wie das Westufer im (israelischen) Radio als ‚Judäa und Samaria‘ bezeichnet wird, wir als

Holocaust der Nazis hören und von 12 bis 18 Jahren nur vom Haß der Araber unterrichtet werden“, sagte ein israelischer Leutnant dem Korrespondenten von Newsweek.

Fremde im eigenen Land

Für die Palästinenser ist die Begegnung mit dem Zionismus von Anbeginn traumatisch gewesen. Heute, in den Teilen Palästinas, wo sie unmittelbar mit der militärischen Unterdrückung durch die israelische Besatzungsmacht konfrontiert sind, ist das Trauma tägliche Erfahrung: 80% der Palästinenser in den besetzten Gebieten haben in den 15 Jahren israelischer Besatzung mindestens eine Nacht in israelischen Gefängnissen verbracht. Die genaue Zahl der palästinensischen Gefangenen ist unbekannt. Linke israelische Anwälte vermuten, daß sie bei 20000 liegt. Jegliche Form politischer und gewerkschaftlicher Betätigung ist ihnen verwehrt. Jeder Zusammenschluß, jeder Versuch einer Organisierung wird im Keim erstickt unter dem Vorwand terroristischer Aktivitäten. Und am schlimmsten: Die systematische Zerstörung der nationalen Identität, angefangen mit dem Namen der besetzten Gebiete. Ein palästinensischer Student sagt: „Es schockt mich jedesmal körperlich, wenn ich höre, wie das Westufer im (israelischen) Radio als ‚Judäa und Samaria‘ bezeichnet wird, wir als

‚Araber in Eretz Israel‘ bezeichnet werden. So müssen sich die Sklaven gefühlt haben, als sie von ihren Herren auf den Namen ‚George Washington‘ getauft wurden.“ (siehe auch Erklärung zum Erziehungswesen) Nicht nur den Boden sollen sie aufgeben, was ihnen verbleibt, wird von den Besatzern ausgetrocknet. Von 650 Mio. m³ Wasser im besetzten Westufer schöpfte Israel 500 Mio. für den eigenen Gebrauch ab, und zwar mit solchen Methoden, daß die palästinensischen Brunnen ausgetrocknet sind. Genau die Umsetzung des Konzepts von Camp David: Autonomie für die Menschen, aber nicht für den Boden ...

Ein Ende dieser israelischen Politik ist nicht abzusehen – ein Ende des erbitterten palästinensischen Widerstandes dagegen ist nicht möglich. Der Rektor der Universität Bir Zeit, Gabi Baramki, die im vergangenen Februar zum siebten Mal in 15 Jahren Besatzung geschlossen worden ist, erklärte den Korrespontenden von Newsweek im vergangenen Monat:

„Die Besetzung hat für uns das geleistet, was der Zweite Weltkrieg für die israelische Sache geleistet hat. Sie hat unser Nationalbewußtsein gestärkt, das Gefühl, daß wir uns nur auf uns selbst verlassen können. Wir werden uns nirgendwohin um Hilfe wenden (im Falle einer Annexion). Wir werden hier bleiben, die israelische Staatsbürgerschaft annehmen und als geschlossener Block für unsere eigenen Kandidaten stimmen. Ich glaube nicht, daß das den Israelis gefallen wird.“ Die Annexion ist schon in vollem Gange ...

Systematische Zerstörung des Erziehungswesens

Die Lehrpläne

Bücher, wie „Meine kleine Heimat“ für das vierte Schuljahr, „Arabische Gesellschaft und die Palästina-Frage“, „Geographie des arabischen Vaterlandes“ für das zwölfte Schuljahr sowie geographische Aufzeichnungen, die den Namen Palästina und seine politischen Grenzen beinhalten, wurden verboten. Das Wort Palästina wurde durch „Israel“ ersetzt. Alle UNO-Resolutionen und die der internationalen Gremien hinsichtlich des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung wurden aus den Büchern ausradiert. Alles, was die nationale Zugehörigkeit und die Verbindung mit der Heimat stärkt, wurde ebenfalls eliminiert. Ein Gedicht von Tawfiq Ziyad „Zwanzig Unmöglichkeiten“ ist ebenfalls verboten worden.

Entlassung von 6700 Lehrern

Die Lehrer üben ihren Beruf unter sehr schwierigen Umständen aus. Sie besitzen nicht die notwendigen Lehrmaterialien, die für ihre erzieherische Aufgaben erforderlich sind. Sie werden auf bloßen Verdacht hin aus ihrem Dienst entlassen, ohne daß gegen sie Beweise erbracht werden. In einem an einen Lehrer gerichteten Schreiben vom 28.8.1980 heißt es: „Der Offizier der Kultusbehörde hat beschlossen, Sie rückwirkend vom 5.6.1980 wegen Ihrer Verhaftung aus dem Dienst zu entlassen.“ Es bleibt nicht bei diesen Willkürmaßnahmen. Die Okkupationsbehörden haben seit 1967 fast 6700 Lehrer entlassen, die dadurch gezwungen wurden, das Land zu verlassen, weil sie keine Arbeitsmöglichkeiten mehr hatten.

Terror gegen die Studenten

Die Studenten und Schüler sind unzähligen Unterdrückungsmaßnahmen seitens der Besatzungsbehörden ausgesetzt. Hierzu einige Beispiele:

Im Schuljahr 1980/81 allein wurden in Hebron 27 Gymnasialschüler verhaftet und an der Teilnahme an den Abiturprüfungen gehindert. In Bethlehem wurden 15 Gymnasialschülerinnen entlassen. In Nablus wurden mehr als 40 Gymnasialschüler verhaftet. Schulen werden für Wochen und Monate geschlossen und mit Geldstrafen belegt. Das Lehrerpersonal wird öfter von Mitgliedern der Militärverwaltung beleidigt und gedemütigt. Das alles erzeugt bei den Schülern einen psychologischen Terror, der die Schüler daran hindert, ihr Studium fortzusetzen. Das Bildungsniveau bleibt daher sehr schwach. Einige Schüler verlassen deswegen die Schule und wenden sich dem Arbeitssektor zu.

4 Dinare für das Laboratorium

In den schulischen Einrichtungen fehlt es an allem, was unbedingt notwendig ist, um den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten. Nach einer von der Bethlehem-Universität durchgeführten Statistik haben nur 35% der Schulen einen Bibliotheksraum und 47% Laborinstrumente. Die ausgewiesenen Mittel für Laboreinrichtungen in den Schulen von Bethlehem und Jericho betragen z.B. 140 Scheckel, d.h. 4 jordanische Dinare.

In einem an den Offizier der israelischen Kultusbehörde gerichteten Schreiben vom Juli 1973 beklagen sich die Schuldirektoren, daß zwei Drittel der Schulräume unbrauchbar sind und mehr als 50 Schüler in einem Raum sitzen müssen. Manchmal übersteigt diese Zahl die Grenze von 60, wie z.B. in Abu Dees und Tulkarem. Nach einer Statistik für das Jahr 1978 bis 1979 sitzen in 60% der Schulen mehr als 50 Schüler in einem einzigen Raum. In 48 Schulen gibt es mehr als drei Gemeinschaftsklassen, in 153 Schulen gibt es drei Gemeinschaftsklassen in der Grundschule, und in 426 Schulen gibt es überhaupt nur Gemeinschaftsklassen. Viele Schulen leiden unter Mangel an Bibliotheken, Labors, Spielplätzen und Sanitätseinrichtungen, die zu Grundvoraussetzungen jeder Schule gehören.

Nach einer Statistik 1980/81 gibt es in ganz Westjordanien nur 88 Fußballplätze, 172 Labors und 154 Bibliotheken. Die Zahl der Schulen in diesem Gebiet beträgt jedoch mehr als 750 Schulen, die inzwischen mehr als 3000 Bücher nicht führen dürfen.

Leserbriefe

Lohnstrukturverhandlungen – Keine „Nebenfront“ um abzulenken

Leserbrief zum Artikel „Druck und Papier bleibt an der Lohnstrukturfront stecken“ in KVZ 14/1982, Seite 11

... Wir haben hier das Kuriosum, daß Kommunisten bereits einen Tarifkampf auswerten wollen, in dem die Gewerkschaft mitten drin steckt. Sachlich falsch ist, daß die Tarifkommission jetzt über irgendeinen Schlichtungsvorschlag zu entscheiden habe.

Eben weil die IG Druck und Papier-Verhandlungsführer den Schlichtungsvorschlag, im Mai 1983 die Lohnstrukturverhandlungen zusammen mit dem MTV zu führen, ablehnen, ist die Schlichtung auf den 21. April in Westberlin vertagt worden. Die Druckkapitalisten wollen an ihrer Taktik festhalten, Lohnstruktur und MTV zusammen zu verhandeln nach der Devise entweder oder. Bei den festen Standpunkten beider Seiten muß mit einem Scheitern der Schlichtung am 21.4. gerechnet werden. Dann wird der erweiterte Hauptvorstand der IG Druck und Papier zusammentreten und über eine Urabstimmung beraten. Vielleicht hat *anm.* dann bereits schon alles ausgewertet.

Der Vorwurf, die Tarifkommission habe mit dem Vorschlag zur neuen Lohnstruktur die Mitgliedschaft „überfallen“, ist ebenso aus der Luft gegriffen. Seit 1959 wird in der IG Druck und Papier diskutiert, die Tarifierung der Facharbeiterlöhne neu zu bestimmen. Auf dem Gewerkschaftstag 1980 war eine neue Lohnstruktur das am längsten und heftigsten diskutierte Thema. Daß das so war, war keine Delegiertenmarotte, sondern Ergebnis der Beratungen und Beschlußfassungen in den Landesbezirken und Ortsvereinen. Um die Beratungen und verschiedenen Auffassungen auf den Punkt zu bringen, hat der Gewerkschaftstag schließlich die Tarifkommission beauftragt, für 1982 einen Vorschlag auszuarbeiten. Dieser Entwurf ist ein Kompromiß zwischen den Befürwortern einer Lohnstruktur rein nach Tätigkeitsjahren und denen nach Qualifikationsmerkmalen. Was soll an diesem Prozeß undemokratisch sein? Natürlich muß dieser Vorschlag jetzt weiter in der Mitgliedschaft beraten werden und darüber die Mobilisierung laufen, wie es auch schon in der KVZ vom 5.2.82 eingeschätzt wurde. Und natürlich ist die Mobilisierung für so ein umfassendes Vertragswerk schwieriger als nur für eine Lohnforderung, zumal derzeit die Arbeiterklasse hauptsächlich defensive Kämpfe führen muß.

Das erfordert aber, Augenmerk auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Kampfkraft zu legen. Vor und während der Schlichtung konnten zahlreiche Warnstreiks u.a. in NRW, Ba-Wü und Hessen durchgeführt werden, als Schwachstellen stellten sich die Nordkette, Niedersachsen, Hamburg, Berlin heraus. Trotz regionaler Unterschiede wächst in den Belegschaften das Bewußsein für die neue Lohnstruktur, weil auch die Druckkapitalisten unverhohlener von Anrechnung der Lohnerhöhung auf die übertariflichen Zulagen sprechen.

men. Auf dem Gewerkschaftstag 1980 war eine neue Lohnstruktur das am längsten und heftigsten diskutierte Thema. Daß das so war, war keine Delegiertenmarotte, sondern Ergebnis der Beratungen und Beschlußfassungen in den Landesbezirken und Ortsvereinen. Um die Beratungen und verschiedenen Auffassungen auf den Punkt zu bringen, hat der Gewerkschaftstag schließlich die Tarifkommission beauftragt, für 1982 einen Vorschlag auszuarbeiten. Dieser Entwurf ist ein Kompromiß zwischen den Befürwortern einer Lohnstruktur rein nach Tätigkeitsjahren und denen nach Qualifikationsmerkmalen. Was soll an diesem Prozeß undemokratisch sein? Natürlich muß dieser Vorschlag jetzt weiter in der Mitgliedschaft beraten werden und darüber die Mobilisierung laufen, wie es auch schon in der KVZ vom 5.2.82 eingeschätzt wurde. Und natürlich ist die Mobilisierung für so ein umfassendes Vertragswerk schwieriger als nur für eine Lohnforderung, zumal derzeit die Arbeiterklasse hauptsächlich defensive Kämpfe führen muß.

Das erfordert aber, Augenmerk auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Kampfkraft zu legen. Vor und während der Schlichtung konnten zahlreiche Warnstreiks u.a. in NRW, Ba-Wü und Hessen durchgeführt werden, als Schwachstellen stellten sich die Nordkette, Niedersachsen, Hamburg, Berlin heraus. Trotz regionaler Unterschiede wächst in den Belegschaften das Bewußsein für die neue Lohnstruktur, weil auch die Druckkapitalisten unverhohlener von Anrechnung der Lohnerhöhung auf die übertariflichen Zulagen sprechen.

Mack, Bundesverband Druck, empfahl, daß Mittel- und Kleinbetriebe dieses Jahr nur 2% der Lohnerhöhung auszahlen, die eventuellen restlichen 2,2% sollten erst im Herbst bei guter Konjunktur folgen. Es liegt auf der Hand, der Kampf für eine Lohnstruktur ist auch ein Kampf für Reallohnsicherung und keine „Nebenfront“ um abzulenken. Er ist Defensive und Offensive zugleich.

Man sollte ebenso nicht gleich so kühn der IG Druck und Papier vorwerfen, sie habe keinen Versuch zur Reallohnsicherung unternommen. Wäre sie ohne Lohnstrukturvorschlag in die Verhandlungen gegangen, wäre auch nicht mehr rausgekommen wie es jetzt mit 4,2% scheint. Das Problem liegt doch vielmehr innerhalb des DGB begraben, was heißt, bei den großen Einzelgewerkschaften u.a. der IGM. Gibt es derzeit *im* DGB überhaupt in Sachen Lohn eine Tarifautonomie?

Über die Lösung dieses Problems sollten wir uns eher den Kopf zerbrechen, anstatt auf einer kleinen Einzelgewerkschaft herumzuhacken, deren Vertreter im DGB oft genug „querschießen“ (siehe Neue Heimat-Sanierung) und mißtrauisch beäugt werden. So auch nach Scheitern der Verhandlungen, waren viele DGBler aus anderen Einzelgewerkschaften argwöhnisch („Was ist denn bei Euch wieder los, wollt Ihr etwa wieder streiken“).

... Nochmal zur Lohnstruktur: Obwohl die Mehrheit im Funktionskörper der IG Druck und Papier gegen den Schlichtungsvorschlag ist, gibt es natürlich auch solche Kräfte, die für Annahme sind. So jedenfalls hat sich der Landesbezirksvorsitzende von Berlin, Ballentin, auf einer Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenz geäußert. Also wird dort, wo der nächste Schlichtungstermin stattfindet, nicht gerade die Luft brennen.

... Was jetzt in der KVZ angefangen worden ist, andere bzw. alternative Tarifpolitik zu diskutieren, worunter ich sowohl Inhalte als auch Formen verstehe, ist völlig in Ordnung. Nur darf das nicht zum Joker werden, wenn in laufenden Tarifkonflikten kein Land gesehen wird bzw. sie nicht so laufen, wie man es gern hätte. Gegenüber dem reinen Lohntarifkampf ist der Kampf für eine bessere Absicherung übertariflichen Zulagen auch eine andere Tarifpolitik. Und was die Durchsetzung tariflicher Ziele angeht, so hat die IG Druck und Papier Formen entwickelt, die derzeit in den Bezirken auf breiter Ebene (Vertrauensleute und Betriebsräte) in Seminaren diskutiert werden: z.B. stundenweise Streiks dort, wo die Produktionskette am empfindlichsten gestört werden kann, kein Verlassen des Betriebes bei Streik, außerbetriebliche Aktionen, Leserbriefe an die örtliche Presse usw.usf. *T.Z., Hamburg*

In diesem Artikel wird von anm der Eindruck erweckt, als hätte die IG Druck und Papier mit der Forderung nach einer neuen Lohnstruktur jetzt einen höheren Lohnabschluß verhindert, weil eine „Nebenfront“, nämlich die Lohnstrukturforderung, aufgemacht wurde. Außerdem würde die Solidarität mit den anderen Gewerkschaften einen höheren Abschluß verhindert haben, als einen zu erwartenden um die 4%. D.h. nichts anderes als freiwilliger Lohnverzicht. Vielmehr hätte sich schon mit einer höheren Forderung und dazu noch in Festgeld eine Reallohnsicherung durchsetzen lassen. Eine andere Deutung läßt der Artikel leider nicht zu.
1. Die Lohnstrukturfront ist keine „Nebenfront“. Vielmehr trägt die Forderung u.a. der Tatsache Rechnung, daß alleine mit Prozenten oder Festgeld kein Reallohn gesichert werden kann. Bei 20% Übertarif im Durchschnitt bei Druckfacharbeitern ist das leicht einsichtig. Meiner Einschätzung nach ist die Durchsetzung einer neuen Lohnstruktur von weit größerer Bedeutung für die Sicherung des Reallohnes und des Lohnniveaus in der gesamten Druckindustrie als etwa der Lohnabschluß 1982. Egal ob dieser bei 4, 5, 7% oder 150 DM liegt. Das soll nicht heißen, daß die Höhe des Abschlusses gleichgültig ist. Im Gegenteil. Die Reaktion des Bundesverbandes Druck bei den bisherigen Verhandlungen belegt das m.E. Ein Angebot von 4,2% wurde schnell gemacht, aber mit der Bedingung verknüpft, daß die Lohnstruktur vom Tisch kommt. In der ersten Schlichtungsrunde wurde ausschließlich über die Bedingung zur Lohnstrukturverhandlung debattiert. Der Schlichtervorschlag wurde von der IG Druck und Papier abgelehnt. Er sah vor: Inkrafttreten eines bis dahin auszuhandelnden Lohnstrukturabschlusses am 1.10.1983. Allerdings sollte bis zu diesem Zeitpunkt die Friedenspflicht gelten. Vorwerfen sollte man der Gewerkschaftsführung, daß bisher in der Mitglied-

tät mit den anderen Gewerkschaften einen höheren Abschluß verhindert haben, als einen zu erwartenden um die 4%. D.h. nichts anderes als freiwilliger Lohnverzicht. Vielmehr hätte sich schon mit einer höheren Forderung und dazu noch in Festgeld eine Reallohnsicherung durchsetzen lassen. Eine andere Deutung läßt der Artikel leider nicht zu.
1. Die Lohnstrukturfront ist keine „Nebenfront“. Vielmehr trägt die Forderung u.a. der Tatsache Rechnung, daß alleine mit Prozenten oder Festgeld kein Reallohn gesichert werden kann. Bei 20% Übertarif im Durchschnitt bei Druckfacharbeitern ist das leicht einsichtig. Meiner Einschätzung nach ist die Durchsetzung einer neuen Lohnstruktur von weit größerer Bedeutung für die Sicherung des Reallohnes und des Lohnniveaus in der gesamten Druckindustrie als etwa der Lohnabschluß 1982. Egal ob dieser bei 4, 5, 7% oder 150 DM liegt. Das soll nicht heißen, daß die Höhe des Abschlusses gleichgültig ist. Im Gegenteil. Die Reaktion des Bundesverbandes Druck bei den bisherigen Verhandlungen belegt das m.E. Ein Angebot von 4,2% wurde schnell gemacht, aber mit der Bedingung verknüpft, daß die Lohnstruktur vom Tisch kommt. In der ersten Schlichtungsrunde wurde ausschließlich über die Bedingung zur Lohnstrukturverhandlung debattiert. Der Schlichtervorschlag wurde von der IG Druck und Papier abgelehnt. Er sah vor: Inkrafttreten eines bis dahin auszuhandelnden Lohnstrukturabschlusses am 1.10.1983. Allerdings sollte bis zu diesem Zeitpunkt die Friedenspflicht gelten. Vorwerfen sollte man der Gewerkschaftsführung, daß bisher in der Mitglied-

schaft keine Klarheit über die Bedeutung einer neuen Lohnstruktur sowie all ihrer Auswirkungen geschaffen wurde.
2. „Der Klüngel der Gewerkschaften beim 4,2% Beschiß“, so hätte der Artikel auch überschrieben sein können. Hätte es hierfür Anzeichen oder gar Beweise gegeben oder hätte man mit einer schlüssigen Argumentation wenigstens ihre Behauptung gerechtfertigt, sie wäre von Bedeutung gewesen. Nur hätte es dann eines sehr viel kritischeren Artikels bedurft. Da all dies aber kaum zutrifft, ist diese Behauptung nutzlos, vielmehr zeugt sie von geringem politischen Gespür und Verstand. Wer behauptet, die IG Druck und Papier könnte in ihrer Situation und der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Lage in der BRD auch nur einen 5% Abschluß durchsetzen oder den entsprechenden in Festgeld, sieht doch die Realitäten nicht, weder auf seiten der Bourgeoisie noch auf seiten der Gewerkschaften. Im übrigen stimme ich mit den Ausführungen von acm überein. Warum erst ein solcher Artikel? *P.R., Augsburg*

Lauge oder Brühe?

Zum Artikel „Positionen zu Polen ...“ von Gerd Koenen in KVZ 16/1982, Seite 9

Vorweg: ich finde den Artikel gut und lesenswert. Gut finde ich auch, daß man sich mit Schlußfolgerungen auseinandersetzen kann.

Meine Probleme fassen sich im letzten Satz des Artikels flüssig zusammen: „Die Gesellschaft verwandelt sich in eine Lauge, in der das absolutistische Staatsmonopol zersetzt, aufgelöst wird.“

Ich will nicht an Beiworten herumbuchstabieren. Nur: um beim Bild des Topfes zu bleiben, in dem sich Flüssiges mit Hartem paart: Die Lauge wird nicht schmackhaft dadurch, daß sie – Salzsäure z.B. – Knochen und Sehnen – „die Bürokratie“/ „das absolutistische Staatsmonopol“ – in sich auflöst. Wenn schon Lauge, dann trifft dieses Bild eher auf die erstarrten Funktionärskörperchen – „rote Blutkörper“ – zu, die sich als Lauge mit dem „Blut der Gesellschaft“ vermischen. Die polnische Gesellschaft leidet zunehmend an Leukämie. Und die Heilung bleibt eben, mein ich, die sogenannte „Machtfrage“. Das Problem bei der Position der GIM ist nicht – oder weniger – wie sie sich die „Form der Revolution“ vorstellt – rein politisch&*arbeiter*demokratisch –; das Problem liegt im *Inhalt* dieser tatsächlichen revolutionären — konterrevolutionär gestoppten – *gesellschaftlichen* Entwicklung.

Die „Machtfrage“ hat sich ja nicht einfach so gestellt: Ruft die Führung von Solidarność zum bewaffneten Aufstand auf, bildet sie eine Gegenregierung? Riskiert die Solidarność-Führung den Bürgerkrieg oder nicht?

Die „Machtfrage“ stellt sich doch grundsätzlicher: Ist die polnische *Gesellschaft* fähig – gestützt auf die Arbeiterbewegung – die politischen Bedingungen für eine tatsächlich *revolutionäre* „Evolution“, eine tatsächliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkämpfen? Dagegen sprechen eben nicht vor allem innere, sondern vor allem *äußere* Faktoren, die die polnische Gesellschaft in ihrer Entfaltung fesseln.

stabieren. Nur: um beim Bild des Topfes zu bleiben, in dem sich Flüssiges mit Hartem paart: Die Lauge wird nicht schmackhaft dadurch, daß sie – Salzsäure z.B. – Knochen und Sehnen – „die Bürokratie“/ „das absolutistische Staatsmonopol“ – in sich auflöst. Wenn schon Lauge, dann trifft dieses Bild eher auf die erstarrten Funktionärskörperchen – „rote Blutkörper“ – zu, die sich als Lauge mit dem „Blut der Gesellschaft“ vermischen. Die polnische Gesellschaft leidet zunehmend an Leukämie. Und die Heilung bleibt eben, mein ich, die sogenannte „Machtfrage“. Das Problem bei der Position der GIM ist nicht – oder weniger – wie sie sich die „Form der Revolution“ vorstellt – rein politisch&*arbeiter*demokratisch –; das Problem liegt im *Inhalt* dieser tatsächlichen revolutionären — konterrevolutionär gestoppten – *gesellschaftlichen* Entwicklung.

Die „Machtfrage“ hat sich ja nicht einfach so gestellt: Ruft die Führung von Solidarność zum bewaffneten Aufstand auf, bildet sie eine Gegenregierung? Riskiert die Solidarność-Führung den Bürgerkrieg oder nicht?

Die „Machtfrage“ stellt sich doch grundsätzlicher: Ist die polnische *Gesellschaft* fähig – gestützt auf die Arbeiterbewegung – die politischen Bedingungen für eine tatsächlich *revolutionäre* „Evolution“, eine tatsächliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkämpfen? Dagegen sprechen eben nicht vor allem innere, sondern vor allem *äußere* Faktoren, die die polnische Gesellschaft in ihrer Entfaltung fesseln.

Diese Faktoren sind mindestens drei: die sowjetische Hegemonie, die Unentwickeltheit der emanzipatorischen Bestrebungen in Osteuropa und die Spaltung der Welt in von zwei Supermächten dominierte Blöcke.

Jaruzelski ist für mich die bloße Verkörperung dieser drei Fesseln in einer Person, die für ein System steht, das aufgrund *äußerer* Bedingungen das innere Leben, den Willen und die Kraft der Gesellschaft unterdrücken *kann*.

Unsere Aufgabe in der Polensolidarität besteht doch gerade darin, um die Lockerung dieser äußeren Fesseln zu kämpfen – in der Friedensbewegung, der Gewerkschaft etc.

Mit Kanülen am Leibe, über die giftige Lauge eingeflößt wird, kann man nicht kämpfen, es sei denn ums blanke Leben.

Und zum Topf mit dem gepaarten Flüssigen und Harten: von einer Brühe, aus der das Fleisch genommen ist, in dem nur die Knochen als Fleischersatz schwimmen, von einer solchen Brühe genährt, wird es doppelt schwierig, ein Staatsmonopol zu zersetzen.

Wozu die Bemerkungen? Bei dem Schlußsatz des Artikels hatte ich das Gefühl: Die Polen, das sind Kerle, die machen das schon! Und da hat mich das Rückgrat gejuckt und zum Hirn gefunkt: Wenn das so einfach wäre! *D.A., Karlsruhe*

DS – Neuanfang oder Sackgasse?

Auszüge aus einem Artikel von Ralf Fücks und Willfried Maier in „Moderne Zeiten“ 4/1982

Mit dem folgenden Auszug aus einem Artikel von Ralf Fücks und Willfried Maier wollen wir die Darstellung verschiedener Positionen zur Gründung der Demokratischen Sozialisten fortsetzen. Im Anfangsteil ihres Artikels gehen die beiden Genossen zuerst auf objektive wie aber auch auf die subjektiven Faktoren, die die Regisseure zu einem so raschen Vorpreschen in Richtung Parteigründung veranlaßten, ein; sie stellen dann die weißen Flecken, die neben dem Schwerpunkt Wirtschafts- und Sozialpolitik (für den auch keine neuen Antworten gegeben würden) bestehen, dar. Es folgt der hier dokumentierte Teil.

•

(...) Es geht hier nicht um beckmesserische Prüfung der „Thesen“ auf ihre theoretische Qualität und Vollständigkeit. Wer es so eilig hat, von dem ist eine überzeugende Programmatik ohnehin nicht zu erwarten. Es ist indes zu befürchten, daß die offenbaren Lücken nicht der Eile geschuldet sind, sondern vorhandenen Scheuklappen in der politischen Wahrnehmung zum Ausdruck bringen.

– So anspruchsvoll man sich auf den „Sozialismus“ beruft: Im Programm werden „Ökologie“ und „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ säuberlich auseinandergehalten. Von irgendeiner gemeinsamen Vorstellung über eine neue Produktionsweise findet sich keine Spur. Da ist das Programm der Grünen ergiebiger. Stattdessen Widerstand gegen Entlassungen und gegen Sozialabbau hie und Umweltschutz da, beides als Abwehrmaßnahmen und gegeneinander ausspielbar. Dabei wird in der Krise immer erkennbarer, daß die Sicherstellung gesellschaftlicher Grundbedürfnisse (wie Wohnungsbau, Ausbildung, Gesundheitsversorgung, Alterssicherung) schon im Einzelfall nur möglich ist, wenn in die kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse eingegriffen wird. Die Frage nach dem „was, wie, wofür“ der Produktion stellt sich nicht irgendwann **nach** dem erfolgreichen Widerstand gegen Arbeitslosigkeit und Verarmung, sondern von Anfang an. Wer keine Antworten auf diese Fragen entwickelt, ist auch zu erfolgreichen Abwehrkämpfen nicht in der Lage – das Beispiel der Bewegung gegen die Schließung des Hoesch-Stahlwerks in Dortmund unterstreicht diese Tatsache nur zu deutlich.

Daß ökologische Gesichtspunkte in einem Konzept alternativer Wirtschaftspoli-

so eilig hat, von dem ist eine überzeugende Programmatik ohnehin nicht zu erwarten. Es ist indes zu befürchten, daß die offenbaren Lücken nicht der Eile geschuldet sind, sondern vorhandenen Scheuklappen in der politischen Wahrnehmung zum Ausdruck bringen.

– So anspruchsvoll man sich auf den „Sozialismus“ beruft: Im Programm werden „Ökologie“ und „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ säuberlich auseinandergehalten. Von irgendeiner gemeinsamen Vorstellung über eine neue Produktionsweise findet sich keine Spur. Da ist das Programm der Grünen ergiebiger. Stattdessen Widerstand gegen Entlassungen und gegen Sozialabbau hie und Umweltschutz da, beides als Abwehrmaßnahmen und gegeneinander ausspielbar. Dabei wird in der Krise immer erkennbarer, daß die Sicherstellung gesellschaftlicher Grundbedürfnisse (wie Wohnungsbau, Ausbildung, Gesundheitsversorgung, Alterssicherung) schon im Einzelfall nur möglich ist, wenn in die kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse eingegriffen wird. Die Frage nach dem „was, wie, wofür“ der Produktion stellt sich nicht irgendwann **nach** dem erfolgreichen Widerstand gegen Arbeitslosigkeit und Verarmung, sondern von Anfang an. Wer keine Antworten auf diese Fragen entwickelt, ist auch zu erfolgreichen Abwehrkämpfen nicht in der Lage – das Beispiel der Bewegung gegen die Schließung des Hoesch-Stahlwerks in Dortmund unterstreicht diese Tatsache nur zu deutlich.

Daß ökologische Gesichtspunkte in einem Konzept alternativer Wirtschaftspoli-

tik eine zentrale Rolle spielen müssen, ergibt sich nicht nur aus der zwingenden Notwendigkeit, gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen anzukämpfen. Anders ist auch die bereits im Ansatz bestehende Spaltung zwischen Gewerkschafts- und Umweltschutzbewegung nicht zu überwinden, die beide wechselseitig in ihrer Durchsetzungskraft blockiert.

– Die Beschränkung der Demokratischen Sozialisten auf Kritik an Arbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit läßt schwarz sehen für die Chancen einer Integration in die gegenwärtigen Parteibildungsprozesse. Dann wird eher eine Dynamik freigesetzt, die verschiedenen Traditionen und Interessen im links-grünen Lager gegeneinander zu verselbständigen und ihre Trennung auch noch organisatorisch zu zementieren.

– Auch die Hoffnung auf größere Einbrüche in die bisher von der SPD politisch beherrschten Betriebe und Gewerkschaften ist mit dem jetzigen Programm der DS illusionär: die Lösung des linken Flügels der Arbeiterbewegung von der SPD verläuft nicht ausschließlich über die Schienen Aufrüstung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, sondern über eine vielfältige Palette von gesellschaftlichen Streitfragen, politischen Erfahrungen und kulturellen Prozessen, die sich in den „Thesen“ nicht wiederfinden. Das gilt vor allem für die Arbeiterjugendlichen, die vom engen Traditionalismus der bisherigen DS-Diskussion erst nicht erfaßt werden.

– Schließlich gilt, daß die „Thesen“ auch in den Fragen, die sie aufwerfen, im wesentlichen nicht über den sozialdemokratischen Ideologie-Horizont hinauskommen. Statt den Bruch mit dem Reformismus zu befördern, versuchen sie die wachsende Kritik an der SPD noch auf einer links-sozialdemokratischen Plattform zu sammeln. Das gilt nicht nur für die einzelnen Forderungskataloge des „Aktionsprogramms“, sondern für seinen ganzen ideologischen Zuschnitt: Maßstab der Kritik an den kapitalistischen Zuständen ist ihm deren „soziale Ungerechtigkeit“. Den Sozialismus definieren die „Thesen“ als eine „sozial gerechte“ Gesellschaft. Was, bitte, ist „soziale Gerechtigkeit“? Jedenfalls etwas anderes als die radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Produktion, Arbeitsteilung, Lebensweise. Der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ bezieht sich auf die *Verteilungs*verhältnisse, Einkommen, Lebenschancen. Dieses von den Produktionsverhältnissen abgeleitete Reich war schon immer der Tummelplatz sozialdemokratischer Reformpolitik.

Die Formierung der DS als selbständige Partei ist sicher unter dem Gesichtspunkt der Interessen der gesamten Widerstands- und Alternativbewegung nicht die günstigste Entwicklung, die eintreten konnte. Nachdem sie aber einmal beschlossene Sa-

sellschaftlichen Streitfragen, politischen Erfahrungen und kulturellen Prozessen, die sich in den „Thesen“ nicht wiederfinden. Das gilt vor allem für die Arbeiterjugendlichen, die vom engen Traditionalismus der bisherigen DS-Diskussion erst nicht erfaßt werden.

– Schließlich gilt, daß die „Thesen“ auch in den Fragen, die sie aufwerfen, im wesentlichen nicht über den sozialdemokratischen Ideologie-Horizont hinauskommen. Statt den Bruch mit dem Reformismus zu befördern, versuchen sie die wachsende Kritik an der SPD noch auf einer links-sozialdemokratischen Plattform zu sammeln. Das gilt nicht nur für die einzelnen Forderungskataloge des „Aktionsprogramms“, sondern für seinen ganzen ideologischen Zuschnitt: Maßstab der Kritik an den kapitalistischen Zuständen ist ihm deren „soziale Ungerechtigkeit“. Den Sozialismus definieren die „Thesen“ als eine „sozial gerechte“ Gesellschaft. Was, bitte, ist „soziale Gerechtigkeit“? Jedenfalls etwas anderes als die radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Produktion, Arbeitsteilung, Lebensweise. Der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ bezieht sich auf die *Verteilungs*verhältnisse, Einkommen, Lebenschancen. Dieses von den Produktionsverhältnissen abgeleitete Reich war schon immer der Tummelplatz sozialdemokratischer Reformpolitik.

Die Formierung der DS als selbständige Partei ist sicher unter dem Gesichtspunkt der Interessen der gesamten Widerstands- und Alternativbewegung nicht die günstigste Entwicklung, die eintreten konnte. Nachdem sie aber einmal beschlossene Sa-

che ist, kann sie ihre Berechtigung nur gewinnen, wenn es ihr tatsächlich gelingt, ein *neues* Potential für Teilnehmer an gesellschaftlichen Kämpfen zu erschließen, das bisher entweder durch Bindung an die SPD lahmgelegt oder auf dem linken Gewerkschaftsflügel vereinzelt war. Und wenn es zweitens gelingt, dieses Potential mit anderer politischer Kultur und anderer politischer Lebensgeschichte in Zusammenhang mit einer grün-alternativen Parteibildung fruchtbar werden zu lassen. Jede dauerhafte Separierung müßte den erhofften Beitrag gefährden. Was überhaupt nicht gebraucht wird, ist neues ‚Parteiladen-Denken', bei keinem der Beteiligten. Wobei freilich die Demokratischen Sozialisten die Tatsache sehen müssen, daß die Grünen bzw. Grünalternativen, gestützt auf eine aktive Protestbewegung, inzwischen einen Durchbruch im Massenbewußtsein geschafft haben.

Auch reicht die häufig vorgetragene Begründung der DS für eine Sonderexistenz nicht aus, sie hielten es – anders als die Grünen – mit der Arbeiterbewegung. Das bleibt zumindest bis heute weitgehend im Bereich der Absichten. Die DS sind kein Resultat eines politischen Neuaufbruchs der Arbeiterbewegung. Und die von ihnen zusammengetragenen Forderungen gehen nicht hinaus über die linksgewerkschaftliche Diskussion, die in der gesamten oppositionellen Bewegung – auch bei den Grünen – Eingang gefunden hat.

Die DS werden dominiert von enttäuschten SPD-Aktivisten und linkssozialistisch Bewegten des letzten Jahrzehnts, die weder einer neuen gesellschaftlichen Bewegung, noch einer neuen Idee zum Durchbruch verhelfen. Das ist zu wenig für eine Partei. Aber es ist zu wichtig, um weggebügelt zu werden. Man muß sich dafür einsetzen, daß diese Kräfte ihre Rolle im Parteibildungsprozeß gegenüber dem Machtkartell spielen.

Der Staat als Verkörperung des Gemeininteresses

Die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des SPD-Parteitags / Ein Loblied auf die Staatskontrolle

frb. Die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sollte nach dem Willen seiner Regisseure den größten Teil des SPD-Parteitags in Anspruch nehmen. Daß dann der Leitantrag des Vorstands bei den Delegierten mit Bravour durchgefallen ist, hat eigentlich niemand besonders ernst genommen. Gehört doch der Beschluß zu jener Ansammlung von Parteitagsbeschlüssen, um die sich die Regierungs- und Parlamentsmitglieder SPD ohnehin kaum scheren. Kanzler Schmidt etwa blieb dem Parteitag während dieses Tagesordnungspunktes gleich ganz fern.

Angenommen wurde schließlich ein Antrag, der von Helmut Rohde für die „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" und dem zum wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion aufgestiegenen Wolfgang Roth eingebracht wurde. Er gilt als „links" gegenüber dem Vorstandspapier, aber gerade daran zeigt sich die programmatische Perspektivlosigkeit der SPD. Was jetzt Parteibeschluß ist, unterscheidet sich nämlich von der Vorstandsvorlage inhaltlich etwa soviel wie ein rohes Ei von einem gekochten. Während die ursprüngliche Vorlage der mangelnden Aussicht auf Verwirklichung mit verschwommenen Formulierungen Rechnung trug, formulierte der Beschluß entschiedener und zeigt daher die Unfähigkeit zur Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben noch deutlicher.

Bei FDP und CDU/CSU sind die Münchner Beschlüsse der SPD bereits auf schroffe Ablehnung gestoßen. Um so mehr werden die Sozialdemokraten damit hausieren gehen und sie als das Mittel gegen „neokonservative Politik" propagieren. Und in den Gewerkschaften wird das nicht ohne Wirkung sein, zumal in das Beschlußpaket auch einige ganz richtige Forderungen eingebunden sind.

Die SPD tritt also entschieden ein für ein staatliches Beschäftigungs- und Investitionsprogramm. Was an Schwerpunkten eines Investitionsprogramms genannt wird, lehnt sich stark an den DGB an: rationelle Verwendung und Einsparung von Energie, Ersatz alter Kohlekraftwerke, ein Zehnjahresprogramm für saubere Gewässer, ein Umweltsanierungs- und Vorsorgeprogramm für besonders gefährdete Gebiete, Landschaftsschutz, Bau von Sozialwohnungen, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Einrichtung von Sozial- und Humandiensten, Ausbau des elektronischen Kommunikationsnetzes durch die Post.

Zwar entbehrt auch das DGB-Programm jedes Hinweises auf die politischen Voraussetzungen seiner Verwirklichung; die kapitalistischen Unternehmen bleiben ganz unangetastet, bloß die gesellschaftliche Nachfrage soll eben durch öffentliche Investitionen umgelenkt werden. Darin ist natürlich *auch* angelegt, bloß nach Mitteln zu suchen, die den Kapitalismus krisenfrei machen. Erst bei der SPD wird das aber zum entscheidenden Motiv des Investitionsprogramms.

Der Satz, der alles so völlig verkehrt macht, lautet, *der Staat müsse aktiv in den Wirtschaftsprozeß eingreifen.* Willy Brandt hat diese Leitlinie in seinem Schlußwort ausdrücklich als sozialdemokratisches Essential unterstrichen.

Die gegenwärtige Krise ist eine Krise des gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Systems. Ihr liegen die Schranken zugrunde, die der Kapitalismus selbst der gesellschaftlichen Entwicklung setzt. Sie läßt sich nicht durch diesen oder jenen kosmetischen Eingriff überwinden. Sie kann nur überwunden werden, indem die kapitalistische Produktionsweise überwunden wird. Und grundlegend hierfür ist die freie Assoziation der Produzenten, ist das Prinzip der Selbstverwaltung oder die genossenschaftliche Organisation als Basis. Mit dem Eingriff des Staatsapparats in die Wirtschaft hat dies absolut nichts zu tun.

Die SPD setzt an am Widerspruch zwischen den Profitinteressen der einzelnen Kapitalisten und dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse. Und dann wird der Staat zum Vollstrecker des Gesamtinteresses gegenüber den einzelnen Unternehmen erklärt. In Wirklichkeit aber kann sich das gesellschaftliche Interesse nicht anders Geltung verschaffen als auf Basis der Selbstorganisation der Gesellschaft.

Mit der Linie, die die SPD gegenüber der CDU-Forderung nach „weniger Staat" entwickelt hat, kann man eben diesen reaktionären Forderungen nicht begegnen. Sie nämlich pochen gegenüber der undurchdringlichen Allmacht des Staates auf „Freiheit und Demokratie", wobei sie natürlich die Freiheit der Geldmacht meinen. Man zeichnet aber ein ganz falsches Bild der neuen Gesellschaft, wenn man dem die Macht des Staates entgegensetzt.

Natürlich ist es notwendig, daß der Allmacht des einzelnen Kapitals Schranken gesetzt werden. Und dies kann nur geschehen in der Form allgemeiner Gesetze, die eben durch den bürgerlichen Staat garantiert werden. Es ist aber völlig falsch, dies dahin fortzuführen, den Staatsapparat zur Leitung der gesellschaftlichen Produktion einsetzen zu wollen.

Auch die Notwendigkeit und Fortschrittlichkeit der Versicherungs- und Sozialleistungen muß gegenüber der CDU oder der FDP verteidigt werden. Aber auch hier ist demokratische Kontrolle und Selbstverwaltung Bedingung. Einmal Verfügung der Kommunen über die Sozialleistungen und deren Selbstverwaltung (und zwar nicht bloß als staatliche Auftragsverwaltung), zum anderen die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten. Sowas aber kommt der SPD ja gar nicht in den Sinn, jedenfalls nicht auf diesem Parteitag.



Der Film, eine eindrucksvolle Montage aus TV-Material und Interviews mit Vertretern von Sinn Fein wie mit Betroffenen in den Vierteln der irischen Nationalisten, vermittelt einen guten Einblick in Motive und Formen des Kampfes gegen den britischen Imperialismus.

Vorgezeichnet ist mit diesem irrigen Ausgangspunkt auch der zweite Irrweg, auf den sich die SPD mit ihrem Beschluß zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik begeben hat. Ausdrücklich nämlich hat sie sich auf die Notwendigkeit weiterer *Steuererhöhungen* festgelegt. Zwar macht sie sich stark für die Ergänzungsabgabe, höhere Steuern für hohe Einkommen und für die Beseitigung von allerhand Steuervergünstigungen, die hohen Einkom-

---

Zur **Ausländerpolitik** stellt der SPD-Parteitag fest, die beschäftigungspolitisch notwendige Verknappung des Arbeitskräfteangebots dürfe nicht durch den Zuzug weiterer ausländischer Arbeitnehmer von außerhalb der EG unterlaufen werden. Der Anwerbestopp sei uneingeschränkt aufrechtzuerhalten, der Familiennachzug sozialverantwortlich zu steuern. Gegenüber den der EG assoziierten Staaten – womit vor allem die Türkei gemeint ist – müsse in der Frage der Freizügigkeit ein Modus gefunden werden, der zu keiner weiteren Verschärfung der beschäftigungs- und integrationspolitischen Probleme führe. Mehr hatte die SPD auf ihrem Parteitag zu diesem Thema nicht zu sagen. Das reicht auch. Lothar Späth (CDU) hat die Gesetzesvorlagen zur „sozialverantwortlichen Steuerung" ja schon vorgelegt.

---

mensklassen gewährt werden. So soll der Vermögenssteuersatz erhöht werden, sollen die Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften gestrichen, die Besteuerung des Bodenwertzuwachses verschärft und das sogenannte Ehegatten-Splitting – wie vom DGB schon lange gefordert – auf kleine und mittlere Einkommen beschränkt werden.

Doch gleichzeitig heißt es, von „Steuerentlastungsgesetzen" solle in Zukunft überhaupt Abstand genommen werden. Und in der Diskussion jedenfalls war sich der Parteitag darin einig, daß auf die von der Bundesregierung für 1984 in Aussicht gestellten Korrektur bei der Einkommens- und Lohnsteuer besser verzichtet werden solle. Dabei handelt es sich allenfalls darum, jene Steuererhöhung rückgängig zu machen, die der bloßen Inflationierung der Einkommen geschuldet ist.

Wer natürlich den Staat als Verkörperung des Gemeininteresses betrachtet, muß auch dabei landen, ihm eine größere Finanzmasse zur Verfügung zu stellen. Letztlich steckt dahinter die Absicht, die Verfügungsmacht des Staatsapparates über den gesellschaftlichen Reichtum noch auszuweiten. Fortschrittlich ist das nicht, auch wenn es in Abgrenzung gegen reaktionäre Anmaßungen begründet wird.

Bleibt schließlich positiv hervorzuheben, daß die gesetzliche Sicherung von Arbeitszeitkürzungen verlangt und das Verbot der Leiharbeit gefordert wird. Auch hat der Parteitag Bundesregierung und SPD-Fraktion aufgefordert, sicherzustellen, daß die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt und die jetzt geltende Höhe des Arbeitslosengeldes nicht zur Disposition freigegeben wird, daß in der Sozialhilfe das Bedarfsdeckungsprinzip gelten muß. Doch ob sich die sozialdemokratischen Mandatsträger im Zweifel daran halten, ist fraglich.

Veranstaltungen

Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf zum Thema „Alternative Wirtschaftspolitik", (Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 4/1982 und in früheren Nummern). Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147
Freitag, 14.5.1982, 19.30 Uhr

Landesweites Vorbereitungstreffen
für die Demonstration am 10.6. gegen den NATO-Gipfel, für Baden-Württemberg mit Plenum, Arbeitskreisen zu den Themen USA, Atomwaffenfreie Zone – Neutralität, Aktuelle Möglichkeiten der Rüstungsbegrenzung, Aktions-Strategien zur Verhinderung der Nachrüstung und zu einzelnen Fragen der Demonstration. Schorndorf, Club Manufaktur, Gmünder Straße 36
Sonntag, 9. Mai, Beginn 10.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Fragen der Friedensbewegung
Material wird nach der Anmeldung zugeschickt
Beginn: Samstag, 8.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 9.5.1982, gegen 16.00 Uhr

Arbeitsseminar **Staat und Revolution**
Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken
Samstag, 29.5, bis Montag, 31.5.1982

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher.

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

der Beschluß entschiedener und zeigt daher die Unfähigkeit zur Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben noch deutlicher.

Bei FDP und CDU/CSU sind die Münchner Beschlüsse der SPD bereits auf schroffe Ablehnung gestoßen. Um so mehr werden die Sozialdemokraten damit hausieren gehen und sie als das Mittel gegen „neokonservative Politik" propagieren. Und in den Gewerkschaften wird das nicht ohne Wirkung sein, zumal in das Beschlußpaket auch einige ganz richtige Forderungen eingebunden sind.

Die SPD tritt also entschieden ein für ein staatliches Beschäftigungs- und Investitionsprogramm. Was an Schwerpunkten eines Investitionsprogramms genannt wird, lehnt sich stark an den DGB an: rationelle Verwendung und Einsparung von Energie, Ersatz alter Kohlekraftwerke, ein Zehnjahresprogramm für saubere Gewässer, ein Umweltsanierungs- und Vorsorgeprogramm für besonders gefährdete Gebiete, Landschaftsschutz, Bau von Sozialwohnungen, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Einrichtung von Sozial- und Humandiensten, Ausbau des elektronischen Kommunikationsnetzes durch die Post.

Zwar entbehrt auch das DGB-Programm jedes Hinweises auf die politischen Voraussetzungen seiner Verwirklichung; die kapitalistischen Unternehmen bleiben ganz unangetastet,

spruch zwischen den Profitinteressen der einzelnen Kapitalisten und dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse. Und dann wird der Staat zum Vollstrecker des Gesamtinteresses gegenüber den einzelnen Unternehmen erklärt. In Wirklichkeit aber kann sich das gesellschaftliche Interesse nicht anders Geltung verschaffen als auf Basis der Selbstorganisation der Gesellschaft.

Mit der Linie, die die SPD gegenüber der CDU-Forderung nach „weniger Staat" entwickelt hat, kann man eben diesen reaktionären Forderungen nicht begegnen. Sie nämlich pochen gegenüber der undurchdringlichen



Der Film, eine eindrucksvolle Montage aus TV-Material und Interviews mit Vertretern von Sinn Fein wie mit Betroffenen in den Vierteln der irischen Nationalisten, vermittelt einen guten Einblick in Motive und Formen des Kampfes gegen den britischen Imperialismus.

schreibungsgesellschaften gestrichen, die Besteuerung des Bodenwertzuwachses verschärft und das sogenannte Ehegatten-Splitting – wie vom DGB

deckungsprinzip gelten muß. Doch ob sich die sozialdemokratischen Mandatsträger im Zweifel daran halten, ist fraglich.

Veranstaltungen

Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf zum Thema „Alternative Wirtschaftspolitik", (Artikel in Kommunismus und Klassenkampf 4/1982 und in früheren Nummern). Schulungszentrum Mainzer Landstraße 147
Freitag, 14.5.1982, 19.30 Uhr

Landesweites Vorbereitungstreffen
für die Demonstration am 10.6. gegen den NATO-Gipfel, für Baden-Württemberg mit Plenum, Arbeitskreisen zu den Themen USA, Atomwaffenfreie Zone – Neutralität, Aktuelle Möglichkeiten der Rüstungsbegrenzung, Aktions-Strategien zur Verhinderung der Nachrüstung und zu einzelnen Fragen der Demonstration. Schorndorf, Club Manufaktur, Gmünder Straße 36
Sonntag, 9. Mai, Beginn 10.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Fragen der Friedensbewegung
Material wird nach der Anmeldung zugeschickt
Beginn: Samstag, 8.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 9.5.1982, gegen 16.00 Uhr

Bildungswesen
„Bildungsreform – und was daraus geworden ist" · Das Material kann bei der Redaktion (M. Ackermann) bestellt werden. Anmeldung und Bestellung möglichst bis zum 6. Mai
Beginn: Samstag, 22.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 23.5.1982, gegen 16.00 Uhr

Arbeitsseminar Staat und Revolution
Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken
Samstag, 29.5, bis Montag, 31.5.1982

Schulungen

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher.

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich.

Betrifft: Internationales

„Mit zwei Beinen zu marschieren und nicht das eine ‚links' in Peking und das andere ‚rechts' in Moskau stehen zu lassen – und darunter dann auch noch ‚Solidarität' zu verstehen –, vielmehr auf beiden Beinen zu Hause sein und als Internationalist kritisch-solidarisch handeln, das ist die Aufgabe."

Mit diesem Dutschke-Zitat eröffnete Michael Schneider seinen Beitrag bei den Internationalismus-Tagen im Dezember in Tübingen – die Konferenz, einberufen zu dem Zweck, eben diese Aufgabe auf dem Hintergrund der linken, immer auch internationalistischen Bewegung zu überdenken mit dem Ziel, die offensichtliche Krise, Schwäche und Spaltung der westdeutschen Linken in ihrer Unterstützungsarbeit für die kämpfenden und erst recht für die siegreichen Völker der Welt zu überwinden, wurde vom Militärputsch in Polen überrascht – die Solidarität stand vor einem neuen Problem. „Es bedurfte keiner Diskussion, um eine Resolution zu verabschieden, in der die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung der Inhaftierten und die freie Betätigung für Solidarność gefordert wurde ... Das Plenum entschloß sich zur spontanen Demonstration durch Tübingen ...", berichtet „links". – Im Februar fand in Frankfurt auf Einladung des „Antiimperialistischen Solidaritäts Komitees für Afrika, Asien und Lateinamerika" (ASK) ein „Diskussionsforum über Grundfragen der antiimperialistischen Solidarität" statt. „Die gewachsene Aggressivität des Imperialismus gegenüber Afrika, Asien und Lateinamerika (insbesondere seit Reagan) und der unverkennbare Aufschwung der Solidaritätsbewegung in der BRD (vor allem am Thema El Salvador) einerseits, die wachsende Komplexität und zunehmenden Differenzierungsprozesse in der Dritten Welt und deren Auswirkungen auf die Solidaritätsarbeit andererseits erfordern eine vertiefte politisch-inhaltliche Klärung vieler neuer Fragen", hatte es in der Konzeption des DKP-nahen Veranstalters vielversprechend geheißen. Eingeladen wurde allerdings nur im engeren Kreis. Den „antiimperialistischen Minimalkonsens" am Emanzipationsmodell des real existierenden Sozialismus entwickeln, war die Devise des ASK. – Wird heute über Eritrea, über Portugal oder über Kampuchea berichtet, so heißt es in der Überschrift oft „der vergessene Krieg" oder „die vergessene Revolution" – alle Welt starre auf Polen oder auf Afghanistan.

Mit diesen Bemerkungen will ich kurz einige Schwierigkeiten oder den Hintergrund dessen beleuchten, was sich nicht nur im KBW und in der KVZ als Schwäche der internationalen Berichterstattung, vor allem auch der Analyse und Stellungnahme niederschlägt. Wir wissen, daß viele Genossen in und außerhalb unserer Organisation und viele, die die KVZ noch oder nicht mehr oder auch wieder lesen, unzufrieden damit sind, wie wir selber auch. Deshalb möchten wir alle an der Verbesserung der Berichterstattung und des Informationsaustauschs interessierten Menschen zu einem Treffen am 22./23. Mai in Frankfurt einladen, um sich über diese Fragen möglichst mit Ergebnissen zu verständigen. Ein solches Treffen könnte gleichzeitig genutzt werden, die Isolation einzelner an verschiedenen Orten Tätiger zu überwinden und evtl. Anregungen für eine ähnliche Veranstaltung im größeren Rahmen, wie sie bereits in verschiedenen Komitees u.a. im Gefolge der Tübinger Internationalismustage diskutiert wird, zu geben.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr, die interessierten Leser dieser Zeilen, uns möglichst rasch benachrichtigen könntet, damit wir Thematik und Fragestellungen sowie den Ablauf dieses ersten Treffens genauer und Euren Wünschen entsprechend planen können. *c.f. Auslandsredaktion*

Beginn: Samstag, 22.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 23.5.1982, gegen 13.00 Uhr
Ort: Schulungszentrum, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 11
Wegen Übernachtung und Verpflegung ist eine Anmeldung bis spätestens 16.5. erforderlich.
(Nachdruck erwünscht! oder: Bitte weitersagen!)

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

„Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht . . .“

Aktivitäten zum 150. Jahrestag des Hambacher Festes

wea.Landau. Wir bereits mehrfach in der KVZ berichtet, sind anläßlich des 150. Jahrestages des Hambacher Festes von 1832, der ersten großen Volksversammlung auf deutschem Boden, verschiedene Aktivitäten geplant, die an die Tradition der demokratischen Volksbewegung anknüpfen wollen.

Wichtigste und wahrscheinlich auch größte Veranstaltung wird das von verschiedenen Friedens- und Umweltschutzinitiativen, Gewerkschaftern und Einzelpersonen getragene ,,Hambacher Fest 1982" werden, dem selbst die regierungsoffiziellen Feiern, die am 27.5. als Verfassungstag begangen werden, nicht den Namen streitig zu machen sucht.

Ergebnis von Vorbereitungstreffen hierfür, die bereits im letzten Jahr stattfanden, war ein Aufruf für das Hambacher Fest 1982, der beansprucht, die heutigen ,,dringendsten nationalen Probleme der Deutschen" aufzugreifen.

Im Aufruf wird beschrieben, was die Initiatoren auf dem Fest aufgezeigt haben wollen: ,,. . . . unseren Willen zum friedlichen Zusammenleben der Völker, zu Entspannung und Abrüstung in Ost und West – unseren Widerstand gegen die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern; – unseren Willen, Demokratie in unserem Lande zu verwirklichen – unseren Widerstand gegen Schnüffelpraxis, Berufsverbote, Pressezensur und polizeistaatliche Methoden; – unseren Willen, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen – unseren Widerstand gegen Sozialabbau und Verschleuderung von Volkseinkommen im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen, insbesondere der Rüstungskonzerne; – unseren Willen, eine lebenswerte Welt zu erhalten – unseren Widerstand gegen die Zerstörung der Umwelt."

Diese Ziele sollen vor allem auf der zentralen Eröffnungskundgebung und den geplanten Diskussionsforen zum Ausdruck gebracht werden.

Um die Gestaltung dieser Kundgebung und der Foren hat es in der Vorbereitung des Festes einiges Gerangel vor und hinter den Kulissen gegeben. Auf dem Treffen des Vorbereitungsausschusses im Januar (siehe KVZ 5/1982) wurde von Willi Tatge, Landesvorsitzender der GRÜNEN Rheinland-Pfalz, und Roland Vogt (BBU) der Antrag gestellt, einen Vertreter der Solidarność als Kundgebungsredner einzuladen. Kompromißvorschlag des Vorbereitungsausschusses war, ein Forum zu Polen zu veranstalten, auf dem dann allerdings nach deren Vorstellung nicht nur ein Sprecher der Solidarność sowie je ein Vertreter der polnischen katholischen und nicht-katholischen Kirche, sondern auch Vertreter des polnischen Militärregimes und der regimefreundlichen ,,Deutsch-Polnischen Gesellschaft" auf dem Podium teilnehmen sollten.

Dagegen wurde von den GRÜNEN weiterhin verlangt, quasi als ihr Kompromißvorschlag, daß zur zentralen Eröffnungskundgebung kurze Grußbotschaften je eines Gewerkschafters aus Polen, El Salvador und der Türkei zugelassen werden sollten. Dies wurde nicht beschlossen, ebenfalls auch nicht die Durchführung des Polenforums. die GRÜNEN zogen daraufhin die Unterschrift zum Aufruf zurück.

Am 21.3. und 4.4. trafen sich angesichts dieser Entwicklung Mitglieder verschiedener Friedensinitiativen und politischer Organisationen, um zu beraten, wie Einfluß auf die Gestaltung des Festes genommen werden könnte, die Unterstützung des polnischen Volkes und der Völker der Dritten Welt als wesentliches Element in den Programmablauf aufzunehmen. Die Initiativen formulierten einen Nachtrag zum Aufruf des Hambacher Festes 1982, anknüpfend an die von vornherein international ausgerichteten Freiheitsbestrebungen 1832, und sammelten hierunter Unterschriften. Die Initiativen (u.a. das Polenkomitee Pirmasens, die Giftgasinitiative Pirmasens, die Landauer Friedensinitiativen) treten dafür ein, ,,daß man heute wie damals seine Solidarität mit dem polnischen Volk ausdrücken muß. Und zwar als eine positive Stellungnahme für die Gewerkschaft Solidarność, in der der Großteil des polnischen Volkes sich zusammengeschlossen hat. Wir wenden uns gegen Militärregimes, wo auch immer, sei es in Chile, Bolivien, der Türkei, El Salvador oder in Polen. Wir treten für nationale Unabhängigkeit und Unverletztlichkeit der Grenzen eines jeden Staates ein. Die Teilnehmer des historischen Hambacher Festes 1832 bekundeten ihre Solidarität mit unterdrückten Völkern. Wir vermissen im Aufruf 1982 die Unterstützung der Völker der Dritten Welt und der dortigen Befreiungsbewegungen."

Das Vorbereitungstreffen vom 17.4. für das Hambacher Fest wurde von den Initiativen aufgefordert, den Vorschlag der GRÜNEN zu übernehmen.

Als gewissen Erfolg der Bemühungen der Initiativen kann man das Ergebnis dieses Treffens bezeichnen. Hier schlug der Vorbereitungsausschuß von sich aus vor, ein Polenforum und zwar nur mit drei Vertretern der Solidarność zu gestalten. Sowieso hatten Vertreter der Solidarność für Süddeutschland am Vorabend erklärt, sie würden sich mit Unterdrückern nicht an einen Tisch setzen. Der Vorbereitungsausschuß wurde beauftragt, mit der Bremer Delegation der Solidarność Kontakte aufzunehmen. Der Vorschlag der GRÜNEN, die drei Solidaritätsadressen zuzulassen, ist damit zwar noch nicht vom Tisch, es ist aber wenig wahrscheinlich, daß dies auf einem Vorbereitungstreffen noch beschlossen werden kann. Die GRÜNEN, die über ihr weiteres Vorgehen zum Hambacher Fest noch nicht entschieden haben, wollen aber Vertreter der Gewerkschaften aus Polen, der Türkei und El Salvador auffordern, mit bereits formulierten Adressen an den Vorbereitungsausschuß heranzutreten.

Am 2.5.1982 findet in Landau erneut ein Treffen der Friedensinitiativen statt, auf dem sie beraten wollen, ob und wie sie mit Flugblättern, Ständen, Transparenten und ähnlichem auf dem Hambacher Fest auftreten wollen.

Es hat den Anschein, daß auch bei der Genehmigung der Stände auf dem Neustädter Festplatz die von der DKP beeinflußte Mehrheit der Vorbereitungstreffen und des Vorbereitungsausschusses nicht den großen Knatsch suchen wird und Stände, wie bereits mit dem Stand der Stadtzeitung ,,Feuerspeier" geschehen, nicht zulassen wird.



Die Ruine des Hambacher Schlosses, am 27. Mai 1832

Als weiteres Fest, wenn auch sicher in bescheidenerem Ausmaß, ist das Hambacher Fest der GRÜNEN geplant und zwar vom 20. bis 22.5. Dies Fest verdient vor allem deshalb die Unterstützung, weil es mehr als das ,,Hambacher Fest 1982", zu dem es nicht in Konkurrenz treten will, direkt gegen die Aktivitäten der Landesregierung gerichtet ist.

Geplant sind folgende Aktivitäten:

20.5.: Treffen der europäischen ökologischen und radikalen Parteien: In welcher Verfassung ist Europa?

21.5.: Treffen der GRÜNEN Parlamentarier: Probleme der Parlamentsarbeit.

22.5.: Schwerpunkt der Veranstaltungen soll eine Veranstaltung am Samstagmorgen sein. Voraussichtlicher Ablauf: Reden von Bahro zur Blockfreiheit, Barrigan (amerikanische Friedensbewegung), Vertreter der Befreiungsbewegungen aus El Salvador, Vertreter der Solidarność, WAA-Gegner in Rheinland-Pfalz, dazwischen Kulturprogramm.

Am Nachmittag des 22.5. ist eine Demonstration hoch aufs Hambacher Schloß geplant. Dies ist um so brisanter, als gleichzeitig der Eröffnungstag des mit einigen Millionen DM renovierten Schlosses ist.

Die Stadtverwaltung hat es auch bisher tunlich unterlassen, diesen Marsch der GRÜNEN zu verbieten und wohl auch deshalb, um nicht in eine Reihe mit der damaligen bayrischen Verwaltung gestellt zu werden, die vergeblich die Unterdrückung des Festes versuchte.

Der Marsch der GRÜNEN auf das Schloß soll mit der Niederlegung symbolischer Gegenstände enden: eines Steines aus Hiroshima, einer Nachbildung des Monumentes aus Danzig, einer Nachbildung des Zeichens „Schwerter zu Pflugscharen" sowie eines Lebensbaumes.

Beiden Festen zusammen sollte es gelingen, die regierungsoffiziellen Feierlichkeiten, auf denen die Initiatoren des Hambacher Festes 1832 zu den Urvätern des Grundgesetzes durch Bundespräsident Carstens gekürt werden sollen, an die Wand zu drücken und auszudrücken, wer in der Tradition der demokratischen Volksbewegung steht.

,,Rückkehrhilfen" für Ausländer
Das scheinbar großzügige Angebot – es bleibt Betrug
gkr. In den nächsten Tagen und Wochen sind neue Entscheidungen über Änderungen des Asylrechts und des Ausländerrechts zu erwarten. Diesen Donnerstag treffen sich die Innenminister der Länder und des Bundes, einer der Tagesordnungspunkte wird sich
länder- und Arbeitsmarktpolitik müssen deshalb verstärkt berücksichtigen, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist. Maßnahmen zur Konsolidierung des Zuzugs von weiteren Ausländern sind dringend erforderlich, um drohende Gefahren
beitslosigkeit bezogen werden muß, ist schon gar nicht mehr die Rede.
Der Entwurf schweigt sich über die Kosten nicht aus: ,,Bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeitsdauer von sechs Monaten und eines durchschnittlichen Arbeitslosengeldes von derzeit 937 DM würden Ko-
,,Wie weiter in der BRD?"
Die DKP empfiehlt sich als die wahre APO
chs.Hamburg. Wer am frühesten aus der SPD ausgestiegen ist, daran schien sich der Wettkampf zu entzünden, wer am ehesten als Sprecher der Linken auftreten darf – Coppik 1982, U. Knickrehm (DKP) 1969 und H. Bethge (DFU) noch 10 Jahre früher.
den konnte, obwohl Versuche dazu unternommen wurden, ist das eigentlich Ärgerliche an der Veranstaltung. M. Coppik beschränkte sich in seinem ersten Beitrag auf die Begründung der eigenen Partei-Neugründung (weil die SPD eine fortschrittsfeindliche Partei
lich Mächtigen, insbesondere der Rüstungskonzerne; – unseren Willen, eine lebenswerte Welt zu erhalten – unseren Widerstand gegen die Zerstörung der Umwelt."
Diese Ziele sollen vor allem auf der zentralen Eröffnungskundgebung und den geplanten Diskussionsforen zum Ausdruck gebracht werden.
Um die Gestaltung dieser Kundgebung und der Foren hat es in der Vorbereitung des Festes einiges Gerangel vor und hinter den Kulissen gegeben. Auf dem Treffen des Vorbereitungsausschusses im Januar (siehe KVZ 5/1982) wurde von Willi Tatge, Landesvorsitzender der GRÜNEN Rheinland-Pfalz, und Roland Vogt (BBU) der Antrag gestellt, einen Vertreter der
wesentliches Element in den Programmablauf aufzunehmen. Die Initiativen formulierten einen Nachtrag zum Aufruf des Hambacher Festes 1982, anknüpfend an die von vornherein international ausgerichteten Freiheitsbestrebungen 1832, und sammelten hierunter Unterschriften. Die Initiativen (u.a. das Polenkomitee Pirmasens, die Giftgasinitiative Pirmasens, die Landauer Friedensinitiativen) treten dafür ein, ,,daß man heute wie damals seine Solidarität mit dem polnischen Volk ausdrücken muß. Und zwar als eine positive Stellungnahme für die Gewerkschaft Solidarność, in der der Großteil des polnischen Volkes sich zusammengeschlossen hat. Wir wenden uns gegen Militärregimes, wo



Die Ruine des Hambacher Schlosses, am 27. Mai 1832
gebnis dieses Treffens bezeichnen. Hier schlug der Vorbereitungsausschuß von sich aus vor, ein Polenforum und zwar nur mit drei Vertretern der Solidarność zu gestalten. Sowieso
der Genehmigung der Stände auf dem Neustädter Festplatz die von der DKP beeinflußte Mehrheit der Vorbereitungstreffen und des Vorbereitungsausschusses nicht den großen Knatsch
der damaligen bayrischen Verwaltung gestellt zu werden, die vergeblich die Unterdrückung des Festes versuchte.
Der Marsch der GRÜNEN auf das Schloß soll mit der Niederlegung symbolischer Gegenstände enden: eines Steines aus Hiroshima, einer Nachbildung des Monumentes aus Danzig, einer Nachbildung des Zeichens „Schwerter zu Pflugscharen" sowie eines Lebensbaumes.
Beiden Festen zusammen sollte es gelingen, die regierungsoffiziellen Feierlichkeiten, auf denen die Initiatoren des Hambacher Festes 1832 zu den Urvätern des Grundgesetzes durch Bundespräsident Carstens gekürt werden sollen, an die Wand zu drücken und auszudrücken, wer in der Tradition der demokratischen Volksbewegung steht.

,,Rückkehrhilfen" für Ausländer

Das scheinbar großzügige Angebot – es bleibt Betrug

gkr. In den nächsten Tagen und Wochen sind neue Entscheidungen über Änderungen des Asylrechts und des Ausländerrechts zu erwarten. Diesen Donnerstag treffen sich die Innenminister der Länder und des Bundes, einer der Tagesordnungspunkte wird sich damit befassen. In der Woche nach dem 10. Mai, so wurde aus SPD-Kreisen angekündigt, wird sich der Bundestag mit dem Entwurf eines Asylrechtsänderungsgesetzes befassen, nachdem dieser mittlerweile im Rechtsausschuß schon fertig beraten ist und nur die Stellungnahme des Innenausschusses noch aussteht.

Die Begleitmusik zu den schrittweisen Annäherungen der Regierungskoalition an die Vorstellungen der CDU spielt ein Trommelfeuer von Forderungen nach ,,Neuorientierung". Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Sendler, rühmt die 1550 Revisionsanträge, die sein Asylsenat in Westberlin im Monat März erledigt hat, alle Revisionen bzw. Nichtzulassungsbeschwerden wurden verworfen. Neuffer, SPD-Mitglied und NDR-Intendant und früher hannoverscher Oberstadtdirektor, fordert eine radikale Neuorientierung der Ausländerpolitik. Grenzen dicht, so lautet seine Forderung. Was stattdessen sein soll für die Ausgesperrten, das hat er nicht ausgeführt.

Rechtzeitig vor der weiteren Beratung des Bundesratsantrags von Ende 1980 zur Verschärfung des Asylrechts hat die Länderkammer am 26. März erneut über ein Gesetz gegen die Ausländer, das ,,*Ausländerkonsolidierungsgesetz*", beraten und den Entwurf von Baden-Württemberg, miteingebracht von Bayern, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein, also den CDU-regierten Ländern, an die Ausschüsse verwiesen. Zur Zielsetzung heißt es in dem Gesetzentwurf: ,,Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik müssen deshalb verstärkt berücksichtigen, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist. Maßnahmen zur Konsolidierung des Zuzugs von weiteren Ausländern sind dringend erforderlich, um drohende Gefahren für die Integration derjenigen Ausländer, die in Deutschland geboren wurden oder auf Dauer hier leben wollen, zu begegnen. Dazu bedarf es insbesondere einer Begrenzung des Ausländerzuzugs und einer Förderung der Rückkehr in die Heimatländer auf freiwilliger Basis." Und daher schlägt der Gesetzentwurf vor: ,,Die ausländerpolitischen Instrumente sollen verbessert werden durch

– Einführung der Aufenthaltserlaubnispflicht für die Einreise von Ausländern, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben;
– Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes zur Arbeitsmarktentlastung;
– Vereinfachung der Beitragserstattung in der gesetzlichen Rentenversicherung für rückkehrwillige Ausländer."

Das letzte versteht man leicht, aber die anderen Punkte? In Zukunft soll ein Visum auch für unter 16jährige notwendig sein, mithin ja wohl auch die Aufenthaltserlaubnis verweigert werden können, also eine weitere Einschränkung der Zuzugsmöglichkeit für Kinder der in der BRD lebenden Ausländer. Und der zweite Vorschlag: Arbeitslose sollen in einer Summe erhalten können, was sie sonst an Arbeitslosengeld zu erwarten hätten, wenn man die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit aller arbeitslosen Ausländer zu Grunde legt. Auf jeden Fall aber soll es 25% niedriger liegen als das, was der betreffende Ausländer maximal bekommen könnte. Von der nicht zu zahlenden Arbeitslosenhilfe, die ja bekanntlich nach einem Jahr Arbeitslosigkeit bezogen werden muß, ist schon gar nicht mehr die Rede.

Der Entwurf schweigt sich über die Kosten nicht aus: ,,Bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeitsdauer von sechs Monaten und eines durchschnittlichen Arbeitslosengeldes von derzeit 937 DM würden Kosten in Höhe von 5662 DM je Förderfall entstehen . . . Der Einsparungseffekt durch den Wegfall der Beiträge zur Krankenversicherung und zur Rentenversicherung (die die Arbeitslosenversicherung an diese zahlen muß) würde 3798 DM je Förderfall . . . betragen." Also 45% dessen, was dem arbeitslosen Ausländer während der angenommenen 6 Monate Arbeitslosigkeit eigentlich zusteht, denn er hat ja in seinem Heimatland diese Sozialversicherung nicht oder muß sie extra bezahlen, wird schon von vornherein einbehalten. Selbst für Ausländer, die zurückkehren wollen, doch keine Spur von Gerechtigkeit.

Im wesentlichen waren auch hier alle Länder, also auch die SPD-geführten, einig. Schnoor, Innenminister von NRW, führte in der Debatte aus: ,,Voraussetzung aber für die Integrationspolitik ist – darin stimme ich ihnen (womit Lothar Späth gemeint ist) völlig zu –, daß wir sie zunächst einmal durch Zuzugsbeschränkungen und auch Rückkehrhilfen, wie Sie sie angekündigt haben, ermöglichen, wobei ich nicht verschweigen will, Herr Ministerpräsident Späth, daß die Zuzugsbeschränkung für mich Vorrang vor Rückkehrhilfen hat. Trotzdem sage ich ausdrücklich: Wir stimmen nicht nur der Überweisung des Gesetzentwurfes an die Ausschüsse zu, sondern stimmen ihm auch prinzipiell zu. Ich meine aber, wir sollten eine sorgfältige Detailberatung durchführen und uns überlegen, ob das eine oder andere noch verbessert werden könnte."

,,Wie weiter in der BRD?"

Die DKP empfiehlt sich als die wahre APO

chs.Hamburg. Wer am frühesten aus der SPD ausgestiegen ist, daran schien sich der Wettkampf zu entzünden, wer am ehesten als Sprecher der Linken auftreten darf – Coppik 1982, U. Knickrehm (DKP) 1969 und H. Bethge (DFU) noch 10 Jahre früher. Wer das langweilig findet, der mußte auch die ganze Veranstaltung langweilig finden, zu der die ,,Marxistische Arbeiterschulung (Masch)" zusammen mit dem AStA der Uni Hamburg aufgerufen hatte. Zum Thema: ,,Die Krise und die Antwort der Linken" waren ca. 1500 Leute gekommen. Das Podium stark DKP-dominiert in wechselnder Gestalt: als MSB, als DFU, als AStA, als Diskussionsleiter und auch als DKP. Daneben Coppik (DS), Loewe (SPD), ein Juso und je ein Vertreter der GRÜNEN und der Alternativen Liste.

Der Verlauf der Veranstaltung war so, daß die DKP, die aus der grün-alternativen Wahlbewegung ,,ausgegrenzt" worden ist und nun mit ihrer Alleinkandidatur einem kläglichen Ausgang der Wahlen entgegensieht, auf diesem Feld sich innere Stärkung holte und ihre zahlreich erschienenen Anhänger begeisterte. Das ist wohl auch gelungen. Da war davon die Rede, daß die ökonomische Krise nur den kapitalistischen Teil der Welt erfaßt, da wurde verstärkt die Notwendigkeit des Klassenkampfes betont (Beifall!), aber auch der systemsprengende Charakter von Reformen heutzutage hervorgehoben (noch mehr Beifall). Der Lage der Arbeiterklasse entspricht Einheit und Disziplin – darum DKP – und wer die Parlamentsmehrheit hat, hat noch lange nicht die Macht, darum nieder mit der Gewaltenteilung – auch das muß ja mal gesagt werden dürfen (tosender Beifall).

Daß diese inhaltslose Selbstbeweihräucherung nicht aufgebrochen werden konnte, obwohl Versuche dazu unternommen wurden, ist das eigentlich Ärgerliche an der Veranstaltung. M. Coppik beschränkte sich in seinem ersten Beitrag auf die Begründung der eigenen Partei-Neugründung (weil die SPD eine fortschrittsfeindliche Partei geworden sei), später ging er noch auf die Startbahn West ein. Der Vertreter der GRÜNEN, T. Ebermann (Mitglied der Gruppe Z), stellte sich gegen das Friedensmanifest der GRÜNEN im Bund und kritisierte die grüne Alleinkandidatur in Hessen. Somit eher als tradioneller Linker denn als GRÜNER auftretend war seine Kritik an der DKP dann auch geschwächt, als er ihr Festhalten am Industrialismus vorwarf und die ärgsten Lobhudeleien für den Ostblock karikierte.

Auch sein Mitstreiter Michael Stamm, der der DKP vorwarf, statt einer gesellschaftlichen Umwälzung nur die politische Macht erobern zu wollen, vermied es peinlich, die Polenfrage auf den Tisch zu bringen. In bestimmten Fragen ist man eben doch sehr einig.

Und wenn dann noch ein Juso auftrumpft, daß die GRÜNEN die Eigentumsfrage vernachlässigen (ist ihr Programm eigentlich nicht unverträglicher mit dem gegenwärtigen Eigentumssystem als das Godesberger?), dann ist der Wahlkampf unter den Linken voll im Gange. Die Bildung der GAL in Hamburg war ein Fortschritt, hier wurde eine Konkurrenzkandidatur vermieden, aber zumindest auf dieser – nicht ganz typischen – Veranstaltung hat sich doch gezeigt, daß dem noch keine sehr feste programmatische Einheit entspricht. Vor allem ist in der Friedensfrage von grünen und radikaldemokratischen Positionen abgegangen und auf Kompromiß mit der DKP-Linie gegangen worden.

kvz extra

Kommunistische Volkszeitung
extra zum 1. Mai 1982



1. Mai

Bewegung und Krise
Die Kräfte bündeln

Von Hans-Gerhart Schmierer

Im Zentrum des diesjährigen 1. Mai stehen Forderungen gegen den drohenden Krieg, gegen die Umweltzerstörung sowie, und von gewerkschaftlicher Seite vor allem, Forderungen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und den Sozialabbau. Schon der Umfang der Forderungen, die an diesem 1. Mai erhoben werden, zeigt, daß sich eine Analyse der gegenwärtigen Krise nicht einfach auf die wirtschaftliche Krise beschränken kann, genausowenig wie sich die Bewegung selber auf wirtschaftliche Forderungen beschränken kann und beschränkt.

Weltweite Konfrontation zwischen den USA und der

Ohnehin hat Caspar Weinberger die Bundesrepublik bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die USA, wenn sie es für nötig hielten, innerhalb der bestehenden Verträge auch allein über die Stationierung der Mittelstreckenraketen entscheiden könnten, weil diese zum Schutz der amerikanischen Truppen notwendig seien.

Ein Teil der westdeutschen Friedensbewegung sieht nur diese westlichen Kriegsvorbereitungen, und insbesondere die DKP setzt alles daran, daß das auch so bleibt. Aber wenn die Bundesrepublik von den USA zunehmend in eine militärische Halbkolonie verwandelt wird, was ist dann mit der DDR? Was ist mit den anderen osteuropäischen Ländern des Warschauer Paktes?

Blockfreienbewegung und der Dritten Welt, die ihrerseits von den beiden Supermächten mit ihrer Rivalität überzogen wird. Die westliche Friedensbewegung stellt sich damit auch auf die Seite der osteuropäischen Völker, die, wie das polnische Volk, für ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen. Europäische Blockfreiheit ist für uns das nächste positive Ziel, wenn wir für den Austritt aus der NATO eintreten.

Aber die beiden Militärblöcke sind ja nicht einfach politische Kunstgebilde der beiden Supermächte, sondern basieren auf rivalisierenden ökonomischen, sozialen und Klassenstrukturen, von denen her sich die relative Stabilität der beiden Militärblöcke bloß erklären läßt.

Sobald sich die Friedensbewegung

gung", der Bewegung gegen die Zerstörung der natürlichen Umwelt der Menschen, führt die ökologische Krise auf das Industriesystem und die Großtechnologie zurück. Daran ist soviel wahr, daß jede menschliche Produktion die Natur verändert und mehr oder weniger unabsehbare Folgen für die existierenden Naturverhältnisse hat und daß die Vergesellschaftung der Arbeit in Industrie und durch Großtechnologie diese Eingriffe in die Naturbedingungen um so tiefgreifender und in ihren Folgen um so schwerer absehbar machen.

Der qualitative Sprung, der sich in der ökologischen Krise bemerkbar macht, geht aber nicht schlicht auf die Entwicklung der Produktivkräfte, der menschlichen produktiven Fähigkeiten und ihrer sachlichen Hilfsmittel zurück, sondern auf den immer schreiender werdenden Widerspruch zwischen dem hohen Grad der Vergesellschaftung der Arbeit und der Ausschaltung der gesellschaftlichen Produzenten von der Kontrolle über diese Arbeit und ihre Folgen.

So wie den gesellschaftlichen Produzenten ihre Produktionsbedingungen in der Produktion selber als fremde Macht, als Kapital oder Staatsmonopol gegenübertreten, so sehen sie ihre natürlichen

Indem die Ökologiebewegung nicht nur die Verletzung der menschlichen Bedürfnisse entdeckt und anprangert, sondern sich an den ökonomischen und sozialen Formen zu reiben beginnt, in denen jede Entwicklung der Produktivkraft der Menschen in Zerstörung von Mensch und Natur umschlägt, wird sie überhaupt erst zu einer sozialen Bewegung, zu einer Bewegung, die die gesellschaftliche Kontrolle über die gesellschaftliche Arbeit und ihre Folgen einfordert.

Auf der anderen Seite werden die Verfechter der „sozialen Frage" mit der Nase darauf gestoßen, daß dahinter ein bißchen mehr steckt als die Lohnfrage, die ja immer innerhalb des kapitalistischen Destruktionszusammenhanges verbleibt. Es ist unumgänglich zu fordern, daß „jede Arbeit ihren Mann ernähren muß", aber wenn die Arbeit in ihrer bestehenden Lohnform Mensch und Natur untergräbt, können halt durch den Lohnkampf die Reproduktionsbedingungen des Arbeiters nicht mehr gesichert werden.

Die ökonomische Krise



1. Mai

Bewegung und Krise Die Kräfte bündeln

Von Hans-Gerhart Schmierer

Im Zentrum des diesjährigen 1. Mai stehen Forderungen gegen den drohenden Krieg, gegen die Umweltzerstörung sowie, und von gewerkschaftlicher Seite vor allem, Forderungen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und den Sozialabbau. Schon der Umfang der Forderungen, die an diesem 1. Mai erhoben werden, zeigt, daß sich eine Analyse der gegenwärtigen Krise nicht einfach auf die wirtschaftliche Krise beschränken kann, genausowenig wie sich die Bewegung selber auf wirtschaftliche Forderungen beschränken kann und beschränkt.

Weltweite Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion

Darüber, daß es eine weltweite und immer gefährlichere Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion gibt, entwickelt sich kein Streit. Darüber aber, wie es zu dieser Konfrontation kommt, gibt es sehr unterschiedliche und entgegengesetzte Auffassungen. Entsprechend unterscheiden sich die politischen Konzeptionen und Forderungen.

Helmut Schmidt und mit ihm die Mehrheit des SPD-Parteitages behaupten, die Kriegsgefahr entspringe aus einem Ungleichgewicht der Rüstung zwischen Ost und West, weshalb bei den Genfer Verhandlungen entweder eine Nullösung im Sinne Reagans herauskommen oder der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses in die Tat umgesetzt werden müsse.

Einstweilen werden die Vorbereitungen für die Stationierung der Mittelstreckenraketen zügig vorangetrieben. Dabei handelt es sich jedoch nur um einen Teilaspekt der Kriegsvorbereitungen der NATO, wenn auch den auffälligsten. Vielleicht noch wichtiger sind die Vorbereitungen, um im Rahmen des NATO-Truppenstatuts im Krisenfall weitere 6 amerikanische Divisionen nach Westdeutschland zu verlagern und jetzt die dafür notwendige Infrastruktur zu schaffen. Zielstrebig wird die Bundesrepublik zum Vorfeld der amerikanischen Kriegsführung ausgebaut und schleichend in eine militärische Halbkolonie der USA verwandelt. Damit geraten auch die Entscheidungen über das Schicksal der Bundesrepublik immer mehr in die Hände der USA.

Ohnehin hat Caspar Weinberger die Bundesrepublik bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die USA, wenn sie es für nötig hielten, innerhalb der bestehenden Verträge auch allein über die Stationierung der Mittelstreckenraketen entscheiden könnten, weil diese zum Schutz der amerikanischen Truppen notwendig seien.

Ein Teil der westdeutschen Friedensbewegung sieht nur diese westlichen Kriegsvorbereitungen, und insbesondere die DKP setzt alles daran, daß das auch so bleibt. Aber wenn die Bundesrepublik von den USA zunehmend in eine militärische Halbkolonie verwandelt wird, was ist dann mit der DDR? Was ist mit den anderen osteuropäischen Ländern des Warschauer Paktes?

Wie es um die Souveränität dieser Länder bestellt ist, zeigte sich erst jetzt wieder bei dem Militärputsch in Polen, dem Putsch einer Armee, die vollständig dem sowjetischen Oberkommando des Warschauer Paktes unterstellt ist.

Die weltweite Konfrontation der USA und der Sowjetunion rückt immer deutlicher Europa in ihr Zentrum, und dabei werden die europäischen Völker in immer tiefere Abhängigkeit von den beiden Supermächten hineingetrieben.

Der Sache nach handelt es sich bei dieser Konfrontation um die Auseinandersetzung zwischen den beiden heute die Welt beherrschenden Ausbeutergesellschaften, dem Kapitalismus und dem Staatsmonopolismus, um die Konfrontation zwischen den beiden Imperialismen, die sich auf Grundlage dieser beiden Produktionsweisen entwickeln. Im Inneren auf der Trennung der arbeitenden Massen von ihren Produktions- und Lebensbedingungen beruhend, streben sowohl das Kapital wie das Staatsmonopol danach, sich die ganze Welt zu unterwerfen. Dabei stoßen sie unvermeidlich und immer erbitterter aufeinander.

Gegenüber dieser Entwicklung bleibt der bloße Ruf nach Frieden ehrenwert, aber ziemlich hilflos. Innerhalb der Friedensbewegung wie auch innerhalb der Gewerkschaften wird deshalb die Forderung nach Blockfreiheit entwickelt, die die Wiederherstellung der Souveränität und Selbstbestimmung der europäischen Länder beinhaltet. Die beiden Supermächte sollen aus den europäischen Kernländern verdrängt werden. Mit dieser Forderung stellt sich die Friedensbewegung an die Seite der Blockfreienbewegung und der Dritten Welt, die ihrerseits von den beiden Supermächten mit ihrer Rivalität überzogen wird. Die westliche Friedensbewegung stellt sich damit auch auf die Seite der osteuropäischen Völker, die, wie das polnische Volk, für ihre Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen. Europäische Blockfreiheit ist für uns das nächste positive Ziel, wenn wir für den Austritt aus der NATO eintreten.

Aber die beiden Militärblöcke sind ja nicht einfach politische Kunstgebilde der beiden Supermächte, sondern basieren auf rivalisierenden ökonomischen, sozialen und Klassenstrukturen, von denen her sich die relative Stabilität der beiden Militärblöcke bloß erklären läßt.

Sobald sich die Friedensbewegung deshalb zu der Forderung nach Blockfreiheit durchringt, beginnt sie zu einer sozialen Bewegung zu werden, die sich mit den inneren Ursachen für die Blockbildung auseinandersetzen muß und sich an den bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen, der Klassenherrschaft, zu reiben beginnt. Die polnische Bewegung hat bisher am deutlichsten gezeigt, wie der Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit umschlagen muß in den Kampf für soziale Umwälzung und umgekehrt.

Die beiden Militärblöcke beruhen auf einer jeweils gemeinsamen Produktionsweise und Klassenherrschaft. Der Kampf gegen die Militärblöcke kann deshalb nicht in den politischen Wolkenregionen verbleiben, sondern muß sich aus den sozialen Interessen der arbeitenden Massen speisen. Diese sozialen Interessen ihrerseits sind aber mit dem Interesse an Frieden verknüpft. Es ist längst sichtbar, daß die verschärfte Konfrontation der beiden Blöcke, bevor sie zum Krieg gegeneinander führt, zunächst als Feldzug gegen die Interessen der arbeitenden Massen geführt wird. Was die Dritte Welt betrifft, so ist ihr Kampf für Blockfreiheit mit dem Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung schon lange verbunden. Soll das Bündnis der Friedensbewegung mit der Dritten Welt nicht platonisch bleiben, dann wird sie auch die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu den ihren machen müssen.

Ökologische Krise

Ein großer Teil der „Ökologiebewegung", der Bewegung gegen die Zerstörung der natürlichen Umwelt der Menschen, führt die ökologische Krise auf das Industriesystem und die Großtechnologie zurück. Daran ist soviel wahr, daß jede menschliche Produktion die Natur verändert und mehr oder weniger unabsehbare Folgen für die existierenden Naturverhältnisse hat und daß die Vergesellschaftung der Arbeit in Industrie und durch Großtechnologie diese Eingriffe in die Naturbedingungen um so tiefgreifender und in ihren Folgen um so schwerer absehbar machen.

Der qualitative Sprung, der sich in der ökologischen Krise bemerkbar macht, geht aber nicht schlicht auf die Entwicklung der Produktivkräfte, der menschlichen produktiven Fähigkeiten und ihrer sachlichen Hilfsmittel zurück, sondern auf den immer schreiender werdenden Widerspruch zwischen dem hohen Grad der Vergesellschaftung der Arbeit und der Ausschaltung der gesellschaftlichen Produzenten von der Kontrolle über diese Arbeit und ihre Folgen.

So wie den gesellschaftlichen Produzenten ihre Produktionsbedingungen in der Produktion selber als fremde Macht, als Kapital oder Staatsmonopol gegenübertreten, so sehen sie ihre natürlichen Lebensbedingungen dieser fremden Macht ausgeliefert. Die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsbedingungen entwickelt sich weiter zur Unterwerfung der Produzenten unter von ihnen unkontrollierte Lebensbedingungen. So wie das Kapital und das Staatsmonopol die Arbeiter nicht fragt, wenn es giftige Werkstoffe wie Asbest etwa in der Produktion einsetzt und die Arbeitskraft und den Arbeiter zerstört, so ist es gegenüber der Zerstörung der Natur gleichgültig, so lange sich diese nicht in der Profitrate bemerkbar macht.

Die ökologische Krise ist also nicht einfach Ausdruck einer Krise der Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte, sondern Ausdruck der Krise der kapitalistischen und staatsmonopolistischen Formen, in denen sich die menschlichen Produktivkräfte bisher entwickeln, Formen, in denen die gesellschaftlichen Produzenten von der Kontrolle ihrer Arbeit wie von der Kontrolle der Folgen ihrer Arbeit systematisch ausgeschlossen sind und in denen sie doppelt zum Opfer ihrer Arbeit werden: in der Arbeit verschlissen, finden sie außerhalb der Arbeit in einer verschlissenen Natur immer schlechtere Reproduktionsbedingungen vor.

Indem der Kapitalismus und der Staatsmonopolismus die internationale Arbeitsteilung und damit die Vergesellschaftung der Arbeit unter Kontrolle des Kapitals und des Staatsmonopols vorantreiben, schaffen sie einen weltweiten Wirkungszusammenhang ihrer Destruktivkräfte, der schließlich auch bloß weltweit wird überwunden werden können.

Indem die Ökologiebewegung nicht nur die Verletzung der menschlichen Bedürfnisse entdeckt und anprangert, sondern sich an den ökonomischen und sozialen Formen zu reiben beginnt, in denen jede Entwicklung der Produktivkraft der Menschen in Zerstörung von Mensch und Natur umschlägt, wird sie überhaupt erst zu einer sozialen Bewegung, zu einer Bewegung, die die gesellschaftliche Kontrolle über die gesellschaftliche Arbeit und ihre Folgen einfordert.

Auf der anderen Seite werden die Verfechter der „sozialen Frage" mit der Nase darauf gestoßen, daß dahinter ein bißchen mehr steckt als die Lohnfrage, die ja immer innerhalb des kapitalistischen Destruktionszusammenhanges verbleibt. Es ist unumgänglich zu fordern, daß „jede Arbeit ihren Mann ernähren muß", aber wenn die Arbeit in ihrer bestehenden Lohnform Mensch und Natur untergräbt, können halt durch den Lohnkampf die Reproduktionsbedingungen des Arbeiters nicht mehr gesichert werden.

Die ökonomische Krise

Mit der weltweiten Konfrontation zwischen westlichem kapitalistischem und östlichem staatsmonopolistischem Imperialismus und der aus dieser Rivalität entspringenden Kriegsgefahr und mit der ökologischen Krise, die die kapitalistischen und staatsmonopolistischen Formen der Vergesellschaftung der Arbeit weltweit hervortreiben, indem sie die Arbeiter von der Kontrolle ihrer Arbeit, der Bedingungen und Folgen der Arbeit ausschließen, geht die ökonomische Krise dieser Formen der Vergesellschaftung der Arbeit Hand in Hand und verschärft sie.

Im östlichen Staatsmonopolismus schlägt sich diese Krise der Formen der Vergesellschaftung der Arbeit in sinkenden Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität und der Stagnation der Produktivkraftentwicklung nieder, in der kapitalistischen Welt schlägt sich umgekehrt jede Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Produktivkraft in

kvz-extra vom 30.4.1982

Beilage zur Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Verantwortlich: Friedemann Bleicher

Erscheint im Kühl-Verlag · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

wachsender Arbeitslosigkeit und tendenziell in einem Rückgang der Produktion stofflichen Reichtums nieder.

In den beiden letzten Jahrzehnten ist die Lebenslüge der jüngsten Verteidiger des Kapitalismus als beste aller Welten schon hochgegangen: 1966/67 und 1974/75 zeigte sich vor aller Augen, daß die Entwicklung des Kapitalismus oder vornehmer ausgedrückt, der „sozialen Marktwirtschaft", keineswegs die periodischen Krisen überwunden hatte. Jetzt wird immer deutlicher, daß sich die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nicht in den rund neunjährigen Krisenzyklen erschöpft, sondern daß sich in den vergangenen Krisenzyklen eine viel tiefergehende Krise des Kapitalismus vorbereitet hat.

Seit der Krise von 1974/75 schlägt sich die dem Kapitalismus eigene laufende Produktion einer industriellen Reservearmee in einer wachsenden und dauerhaften Massenarbeitslosigkeit nieder. Auch in der Bergbaukrise in den 60er Jahren produzierte der Kapitalismus eine industrielle Reservearmee, aber weil sich die kapitalistische Produktion insgesamt noch erweiterte, wurde diese industrielle Reservearmee rasch wieder vom Arbeitsmarkt abgesogen. Ja, der westdeutsche Kapitalismus mobilisierte die latente industrielle Reservearmee sämtlicher ländlich zurückgebliebenen Regionen Europas und Kleinasiens, um sich ihre Arbeitskraft einzuverleiben.

Heute dagegen werden die mit der Entwicklung der Produktivkraft laufend abgestoßenen Arbeitskräfte nicht mehr laufend aufgesaugt. Aufgrund der vorhergehenden Unersättlichkeit des Kapitals in seinem Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit, bringt der Kapitalismus damit neben dem Problem der Massenarbeitslosigkeit auch ein Nationalitätenproblem hervor, das er zur Spaltung der lohnabhängigen Bevölkerung zu nutzen versucht.

Im zyklischen Krisenverlauf des Kapitalismus macht sich jetzt eine tiefergehende Krise des Kapitalismus in der Art der Weltwirtschaftskrise von 1929 bemerkbar. Der Kapitalismus kennt keinen anderen Weg, um diese Krise zu bewältigen, als sämtliche Errungenschaften vergangener Klassenkämpfe als dem Kapitalverhältnis äußere Schranken niederzureißen. Das fängt mit Arbeitsschutzbestimmungen an, geht über das Rütteln an den Vereinbarungen über Arbeitszeit und an der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, über das Zerreißen des sozialen Netzes bis hin zum Niederreißen der Ansätze von Gleichberechtigung im Volksbildungswesen.

Daß Wachstum des Reallohns zu den Gesetzmäßigkeiten der „sozialen Marktwirtschaft" gehören würde, glaubt ja heute wohl sowieso keiner mehr. Indem der Klassencharakter der kapitalistischen Reichtumsproduktion jetzt wieder offen in Erscheinung tritt, treten gleichzeitig die expansionistischen und destruktiven Tendenzen des Kapitalismus noch deutlicher hervor

vorhergehenden Unersättlichkeit des Kapitals in seinem Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit, bringt der Kapitalismus damit neben dem Problem der Massenarbeitslosigkeit auch ein Nationalitätenproblem hervor, das er zur Spaltung der lohnabhängigen Bevölkerung zu nutzen versucht.

Im zyklischen Krisenverlauf des Kapitalismus macht sich jetzt eine tiefergehende Krise des Kapitalismus in der Art der Weltwirtschaftskrise von 1929 bemerkbar. Der Kapitalismus kennt keinen anderen Weg, um diese Krise zu bewältigen, als sämtliche Errungenschaften vergangener Klassenkämpfe als dem Kapitalverhältnis äußere Schranken niederzureißen. Das fängt mit Arbeitsschutzbestimmungen an, geht über das Rütteln an den Vereinbarungen über Arbeitszeit und an der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, über das Zerreißen des sozialen Netzes bis hin zum Niederreißen der Ansätze von Gleichberechtigung im Volksbildungswesen.

Daß Wachstum des Reallohns zu den Gesetzmäßigkeiten der „sozialen Marktwirtschaft" gehören würde, glaubt ja heute wohl sowieso keiner mehr. Indem der Klassencharakter der kapitalistischen Reichtumsproduktion jetzt wieder offen in Erscheinung tritt, treten gleichzeitig die expansionistischen und destruktiven Tendenzen des Kapitalismus noch deutlicher hervor.

Solange die Bedingungen für Reallohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen relativ gut sind und von den Gewerkschaften auch einigermaßen genutzt werden, kann man meinen, über „andere Seiten" der kapitalistischen Produktionsweise hinwegsehen zu können. Dem wachsenden Verschleiß von Arbeit und Natur scheinen immerhin wachsende Möglichkeiten der Erholung weitab vom Schuß zu entsprechen. Jetzt stellt sich heraus, daß dieser „Ausgleich" gegenüber den Zerstörungstendenzen des Kapitalismus immer nur vorübergehenden Charakter hat.

Die ökonomische Krise erscheint in zahlreichen Engpässen gesellschaftlichen Bedarfs (z.B. Wohnungen) und in der Verletzung von gesellschaftlichen Bedürfnissen (z.B. nach Ausbildung und Erholung) auf der einen Seite und in der Lahmlegung von menschlichen Fähigkeiten, die diesen Bedarf füllen und die Bedürfnisse befriedigen könnten auf der anderen Seite. Gegenüber den Einseitigkeiten von Teilen der „neuen sozialen Bewegungen", die nur auf den Gebrauchswert der Produktion schauen und das manchmal mit ziemlich beschränkten Wertvorstellungen, und von Teilen der Gewerkschaftsbewegung, die, weil die Lohnabhängigen individuell nicht an Gebrauchswerte herankommen, es sei denn sie können ihre Arbeitskraft verkaufen, nur noch inhaltsleer den Ruf nach Arbeit egal welcher erheben, sind die Vorstellungen des DGB-„Beschäftigungsprogramms" sicher ein Fortschritt, weil sie die unbefriedigten Bedürfnisse der Gesellschaft und der Individuen mit den lahmgelegten produktiven Fähigkeiten der Arbeiter in Beziehung setzen.

Der entscheidende Mangel dieses Programms ist, daß weder die ökonomischen und gesellschaftlichen Formen benannt werden noch die politischen Bedingungen, unter denen ein solches Programm überhaupt in die Tat umgesetzt werden kann. Wer aber soll den Kapitalisten die Milliarden abnehmen, die investiert werden sollen? Die jetzige Regierung tut es jedenfalls nicht. In welchen Formen soll die Macht der Kapitalisten gebrochen werden, wenn sie trotz Beschäftigungsprogramm aufgrund der durch höhere Steuern gesunkenen Profitraten nicht produzieren und investieren, und, wie schon öfters in der Geschichte, einen Kapitalistenstreik anzetteln?

Neue Überlegungen, neue Kampfziele und Kampfformen sind notwendig.

Die gegenwärtigen Gefahren und Krisen brechen nicht von ungefähr über die Menschheit herein. Sie haben ihre Ursachen in den ökonomischen und gesellschaftlichen Formen der Arbeit, in den beiden heute die Welt beherrschenden Produktionsweisen und in ihrer immer schärferen Rivalität. Der Weg, um aus diesen Gefahren und Krisen herauszukommen, kann also nur darin bestehen, die artikulierten Bedürfnisse der arbeitenden Massen und der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen und zur Richtschnur des Handelns zu machen; in der Kritik von Kapitalismus und Staatsmonopolismus die Formen und Wege herauszufinden, unter denen die Menschen ihre Bedürfnisse wirksam artikulieren und befriedigen können.

Da die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus aus der Verwertung des Kapitals als treibender Kraft der Reproduktion der Gesellschaft entspringt, muß den Produktionsmitteln der Kapitalcharakter und der Arbeit ihr Charakter als Lohnarbeit genommen werden, damit die Produzenten über ihre Produktions- und Lebensbedingungen entsprechend ihren Bedürfnissen, den Bedürfnissen der Gesellschaft verfügen können. Das sei in der Sowjetunion schon passiert, behaupten deren Chefs und ihre Nachbeter außerhalb. Ande-

delns zu machen; in der Kritik von Kapitalismus und Staatsmonopolismus die Formen und Wege herauszufinden, unter denen die Menschen ihre Bedürfnisse wirksam artikulieren und befriedigen können.

Da die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus aus der Verwertung des Kapitals als treibender Kraft der Reproduktion der Gesellschaft entspringt, muß den Produktionsmitteln der Kapitalcharakter und der Arbeit ihr Charakter als Lohnarbeit genommen werden, damit die Produzenten über ihre Produktions- und Lebensbedingungen entsprechend ihren Bedürfnissen, den Bedürfnissen der Gesellschaft verfügen können. Das sei in der Sowjetunion schon passiert, behaupten deren Chefs und ihre Nachbeter außerhalb. Ande-

re, die den Kapitalismus als bestmögliche Welt verteidigen, behaupten umgekehrt, daß das nicht gelingen könne, zeige die Sowjetunion am besten, in der es noch schlimmer zugehe als im Kapitalismus.

Sehen wir also näher zu. Tatsächlich sind in der Sowjetunion die Kapitalisten enteignet worden. Aber wer hat sich Produktionsmittel angeeignet? Etwa die Produzenten? Die Produktionsmittel sind aus Kapital in Staatsmonopol verwandelt worden, und angeeignet haben sie sich die Funktionäre dieses Staatsmonopols als herrschende Klasse. Der springende Punkt ist also nicht die Enteignung der Kapitalisten, sondern die Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten.

Damit das geschehen kann, müssen die Arbeiter die kapitalistischen Unternehmen in von den Arbeitern selber verwaltete Unternehmen verwandeln. Damit sich diese selbstverwalteten Unternehmen nicht erneut blindwirkend und blindwütend, d.h. immer noch als

Westdeutsche Krisenzyklen

Mrd. DM in Preisen von 1970 log. Maßstab
750 – 500 – 250 – 0
Die Entwicklung des realen Sozialprodukts
50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
10 – 8 – 6 – 4 – 2 – 0
Zyklen durchschnittliches jährliches Wachstum in %
1. (8,7%) 2. 7,2% 3. 5,6% 4. 3,6% 5. 5,9% 6. 1,8% 7. 2,8%
50er Jahre: 7,9% 60er Jahre: 5,0% 70er Jahre: 3,2%
Alle Daten sind der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes entnommen. Bis 1960 ohne Saarland und Westberlin. 1950 bis 1959 in Preisen von 1962. Angaben für 1981 sind Schätzungen des Sachverständigenrates oder der Wirtschaftsforschungsinstitute

Seit der Krise 1974/75 ist der westdeutsche Kapitalismus in eine neue Phase getreten. Die Prosperität der 60er Jahre ist vorbei. Gewerkschaftliche Politik findet damit neue Bedingungen vor.

Kapitale betätigen und einander gegenübertreten, mit allen spaltenden Wirkungen im Inneren der Unternehmen, und damit die Arbeiterklasse überhaupt eine solche gesellschaftliche Umwälzung in gesellschaftlichem Maßstab durchführen kann, muß offensichtlich der heute von den Arbeitern und den Massen getrennte Staatsapparat durch die Demokratie der Arbeiter und der Volksmassen ersetzt werden, ist eine politische Umwälzung notwendig, durch die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ihre Lebensbedingungen kontrollieren und die Rahmenbedingungen für die selbstverwalteten Unternehmen und ihr Zusammenwirken festlegen kann.

Die Oktoberrevolution hat, auch wenn dann ihr Schwung nicht hinreichte, um die Befreiung der Arbeit zu verwirklichen, immerhin die Formen entdeckt, in denen Selbstverwaltung der Unternehmen (Arbeiterkontrolle und Arbeiterselbstverwaltung) und Demokratie, ausgehend vom Zusammentreten der Arbeiterräte in örtlichen Sowjets, Hand in Hand gehen kann. Wenn sich die gesellschaftlichen Krisen verschärfen, tut man gut daran, zu untersuchen und sich wieder ins Gedächt-

durch die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ihre Lebensbedingungen kontrollieren und die Rahmenbedingungen für die selbstverwalteten Unternehmen und ihr Zusammenwirken festlegen kann.

Die Oktoberrevolution hat, auch wenn dann ihr Schwung nicht hinreichte, um die Befreiung der Arbeit zu verwirklichen, immerhin die Formen entdeckt, in denen Selbstverwaltung der Unternehmen (Arbeiterkontrolle und Arbeiterselbstverwaltung) und Demokratie, ausgehend vom Zusammentreten der Arbeiterräte in örtlichen Sowjets, Hand in Hand gehen kann. Wenn sich die gesellschaftlichen Krisen verschärfen, tut man gut daran, zu untersuchen und sich wieder ins Gedächt-

nis zu rufen, was die Arbeiterklasse in Zeiten höchster Aktivität an Formen der Selbstorganisation bereits entdeckt und verwirklicht hat, auch wenn es ihr schließlich noch verwehrt blieb, diese Formen vollends zu entfalten.

Die Verteidigungskämpfe führen und über Formen der Offensive nachdenken.

Die Lohnkämpfe der beiden letzten Jahre zeigen, wie schwer die Verteidigungskämpfe jetzt werden und wie hinderlich die ideologische Last ist, die die Gewerkschaftsbewegung, Führung wie Opposition, aus den Jahrzehnten der relativen Prosperität des Kapitalismus noch mit sich rumschleppt. Auf keinen Fall will es die Gewerkschaftsführung auf einen definitiven Bruch mit den Kapitalisten und der Regierung ankommen lassen. Das schwächt die Gewerkschaften selbstverständlich in einer Situation, in der die Interessen der Kapitalisten und der Arbeiter bereits in einen offenen Gegensatz getreten sind.

Auf der anderen Seite hat die gewerkschaftliche Opposition in den letzten Jahren ihre Identität vor allem in höheren und anders strukturierten Lohnforderungen oder Forderungen an Arbeitsbedingungen gesucht und es ansonsten bei einer allgemeinen Entlarvung des Kapitalismus belassen. In der wirtschaftlichen Krise, in der schon um Prozente mit den Kapitalisten heftige Konflikte ausgetragen werden müssen, kann das leicht zu einer Lähmung der Gewerkschaftsbewegung insgesamt führen. Die Defensive sollte im übrigen der Vorbereitung der Offensive dienen.

Man muß schauen, wo sich Anhaltspunkte einer neuen Politik ergeben. Solche Anhaltspunkte bietet sicherlich das „Beschäftigungsprogramm" des DGB, wenn es daraufhin debattiert wird, in welchen ökonomischen Formen und unter welchen politischen Bedingungen es Wirksamkeit erlangen kann.

In krisenhaften Situationen stellen sich auch alte Probleme unter neuen Fragestellungen dar. Schon jahrzehn-

wirtschaftlichen Krise, in der schon um Prozente mit den Kapitalisten heftige Konflikte ausgetragen werden müssen, kann das leicht zu einer Lähmung der Gewerkschaftsbewegung insgesamt führen. Die Defensive sollte im übrigen der Vorbereitung der Offensive dienen.

Man muß schauen, wo sich Anhaltspunkte einer neuen Politik ergeben. Solche Anhaltspunkte bietet sicherlich das „Beschäftigungsprogramm" des DGB, wenn es daraufhin debattiert wird, in welchen ökonomischen Formen und unter welchen politischen Bedingungen es Wirksamkeit erlangen kann.

In krisenhaften Situationen stellen sich auch alte Probleme unter neuen Fragestellungen dar. Schon jahrzehn-

telang ist die „Neue Heimat" das beliebteste Thema unter Gewerkschaftern, wenn debattiert wird, wohin es führt, daß sich die Gewerkschaften mit gewerkschaftsfremden Wirtschaftsaufgaben befassen.

In der heutigen Situation wachsender Arbeitslosigkeit und teils schreienden Mangels an Wohnungen und öffentlicher Einrichtungen sollte man das Thema aber wahrscheinlich anders diskutieren und sich an die Ursprünge der Neuen Heimat erinnern, an ihre Ursprünge in Produktivgenossenschaften von Bauarbeitern und Spar- und Kreditgenossenschaften von wohnungssuchenden Arbeitern.

Es kann ja sein, daß sich solche Genossenschaften in langandauernden Prosperitätsphasen des Kapitalismus naturwüchsig in kapitalistische Unternehmungen verwandeln und ihren genossenschaftlichen Charakter verlieren. Aber befinden wir uns heute in einer solchen Phase des Kapitalismus? Im Gegenteil, eine solche Phase des Kapitalismus geht zu Ende, und eine neue Prosperitätsphase ist nicht abzusehen.

Hätten die Produktiv- und sonstigen Genossenschaften, die sich in der Krise des Kapitalismus in den zwanziger Jahren ausbildeten, nicht zu Formen des Übergangs zum Sozialismus werden können, wenn die damalige Situation offenen Klassenkampfes von der Arbeiterklasse statt von der Kapitalistenklasse hätte genutzt werden können?

In dieser Betrachtungsweise erhalten auch die Forderungen nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung und des Sozialversicherungswesens insgesamt umwälzenden Charakter. Welche Hebel hätte die Arbeiterklasse in der Hand, wenn sie und nicht die Kapitalistenklasse und die Regierung über die Mittel verfügen würde, die gemäß Arbeitsförderungsgesetz durch die Bundesanstalt für Arbeit den Kapitalisten bedingungslos in den Hintern geblasen werden!

Hier geht es nicht um idyllisches Nebeneinander von Kapitalismus und Genossenschaftswesen, sondern um die Bedeutung, die Formen von Genossenschaft und Selbstverwaltung unter zugespitzten Klassenverhältnissen als Formen der gesellschaftlichen Umwälzung annehmen können.

Wenn gegenüber den jetzigen Betriebsschließungen und Stillegungen die Belegschaften wieder häufiger zu Betriebs- und Torbesetzungen übergehen, dann sollte man dies nicht einfach als Kampfformen für bessere Sozialpläne oder die Fortführung von Teilproduktionen durch die Kapitalisten begreifen, sondern als Kampfformen, die einem weitergehenden Kampfziel, der Selbstverwaltung der Produktion, entsprechen. Was weitere Forderungen

klasse hätte genutzt werden können?

In dieser Betrachtungsweise erhalten auch die Forderungen nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung und des Sozialversicherungswesens insgesamt umwälzenden Charakter. Welche Hebel hätte die Arbeiterklasse in der Hand, wenn sie und nicht die Kapitalistenklasse und die Regierung über die Mittel verfügen würde, die gemäß Arbeitsförderungsgesetz durch die Bundesanstalt für Arbeit den Kapitalisten bedingungslos in den Hintern geblasen werden!

Hier geht es nicht um idyllisches Nebeneinander von Kapitalismus und Genossenschaftswesen, sondern um die Bedeutung, die Formen von Genossenschaft und Selbstverwaltung unter zugespitzten Klassenverhältnissen als Formen der gesellschaftlichen Umwälzung annehmen können.

Wenn gegenüber den jetzigen Betriebsschließungen und Stillegungen die Belegschaften wieder häufiger zu Betriebs- und Torbesetzungen übergehen, dann sollte man dies nicht einfach als Kampfformen für bessere Sozialpläne oder die Fortführung von Teilproduktionen durch die Kapitalisten begreifen, sondern als Kampfformen, die einem weitergehenden Kampfziel, der Selbstverwaltung der Produktion, entsprechen. Was weitere Forderungen
nach sich ziehen wird, etwa nach Nationalisierung des Kreditwesens etc. Was im normalen Gang der kapitalistischen Produktion illusorisch bleibt, ist nicht illusorisch, wenn sich die Krise des Kapitalismus verschärft und die Arbeiterbewegung selber nach Wegen suchen muß, um die Gesellschaft aus der Krise herauszuführen, in die sie der Kapitalismus hineingeritten hat. Betriebsräten und Gewerkschaften wachsen unter solchen Bedingungen neue Aufgaben zu, über die aber die Debatte erst in Gang kommt.

Die Kräfte bündeln.

Die sich gegenwärtig überschneidenden Krisen sind Krisen der beiden die Welt beherrschenden Ausbeutergesellschaften, des Kapitalismus und des Staatsmonopolismus, und Audruck ihrer wachsenden Rivalität. Entsprechend müssen die Fronten gezogen und die Kräfte gebündelt werden. Der Internationalismus muß die Blockgrenzen sprengen. Im Inneren können sich Gewerkschaftsbewegung, Friedens- und Ökologiebewegungen zu einer gesellschaftlichen Bewegung entwickeln, die an allen wichtigen Fronten kämpft. Daß dahin die Entwicklung geht und daß man sie nur fördern muß, zeigt der 1. Mai. In den Mai-Demonstrationen demonstrieren Gewerkschaftsbewegungen, Teile der Friedensbewegung und Ökologiebewegung auch, daß sie verschiedene Strömungen der Kämpfe der lohnabhängigen Bevölkerung sind, die insgesamt auf soziale Revolution drängen.

Investitionszulage als Beruhigungspille

Die „Gemeinschaftsinitiative“ der Bundesregierung nimmt den Armen und gibt den Reichen. Ihr Kernstück ist die Investitionszulage, die die Unternehmen ganz nach ihrem eigenen Gutdünken verwenden können. Doch sie wird auch sonst zum Schuß in den Ofen.

frb. Vier Milliarden Mark – eine Summe, mit der sich ein halbes Jahr lang alle Arbeitslosengelder finanzieren ließen – hat die Bundesregierung für die neue Investitionszulage bereitgestellt. Sie bildet das Herzstück des von der Bundesregierung als „Beschäftigungsprogramm“ titulierten Maßnahmepakets, das noch zwischen Bundesrat und Bundestag hin- und hergewälzt wird. Obwohl seine Finanzierung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer und einer 1%igen Rentensenkung allseits kritisiert wird, hat es doch immerhin bewirkt, daß der DGB in Sachen Beschäftigungspolitik ziemlich ruhig geworden ist. Und von vielen wird es auch wenigsten als ein Zeichen guten Willens gesehen. Eine Betrachtung der Einzelheiten aber zeigt, daß es nicht mal dies ist.

Eine 10%ige Zulage wird also gewährt für bewegliche Wirtschaftsgüter des betrieblichen Anlagevermögens (Maschinen usw.) und für Betriebsgebäude (nicht für Wohngebäude), die in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1982 bestellt werden oder mit deren Herstellung in dieser Zeit begonnen wird. Die Wirtschaftsgüter müssen vor dem 1. Januar 1984 geliefert oder fertiggestellt werden; bei Betriebsgebäuden verlängert sich die Fertigstellungsfrist bis zum 1. Januar 1985. Einschränkend kommt hinzu, daß die Zulage nur für jenen Teil der Investitionen gewährt wird, der das durchschnittliche Investitionsvolumen des Unternehmens in den drei Jahren 1979–81 übersteigt.

Die Bundesregierung rechnet mit Mehrinvestitionen in Höhe von 40 Mrd. DM, die mit der Zulage zu prämieren wären.

Nun haben alle Unternehmen zusammen in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten 1979 rd. 174 Mrd. DM investiert, 1980 rund 196 Mrd. DM und 1981 ungefähr 200 Mrd. DM. Der maßgebliche Jahresdurchschnitt beläuft sich also auf 190 Mrd. DM; was darüber liegt, wird prämiert.

Im laufenden Jahr 1982, so rechnen die meisten Forschungsinstitute, werden die Investitionen etwa das Niveau des Vorjahres halten. Entfiele also eine Zulage auf rund 10 Mrd. DM Investitionen, die den dreijährigen Durchschnitt von 190 Mrd. DM übersteigen.

Eine 10%ige Zulage wird also gewährt für bewegliche Wirtschaftsgüter des betrieblichen Anlagevermögens (Maschinen usw.) und für Betriebsgebäude (nicht für Wohngebäude), die in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1982 bestellt werden oder mit deren Herstellung in dieser Zeit begonnen wird. Die Wirtschaftsgüter müssen vor dem 1. Januar 1984 geliefert oder fertiggestellt werden; bei Betriebsgebäuden verlängert sich die Fertigstellungsfrist bis zum 1. Januar 1985. Einschränkend kommt hinzu, daß die Zulage nur für jenen Teil der Investitionen gewährt wird, der das durchschnittliche Investitionsvolumen des Unternehmens in den drei Jahren 1979–81 übersteigt.

Die Bundesregierung rechnet mit Mehrinvestitionen in Höhe von 40 Mrd. DM, die mit der Zulage zu prämieren wären.

Nun haben alle Unternehmen zusammen in Ausrüstungen und Wirtschaftsbauten 1979 rd. 174 Mrd. DM investiert, 1980 rund 196 Mrd. DM und 1981 ungefähr 200 Mrd. DM. Der maßgebliche Jahresdurchschnitt beläuft sich also auf 190 Mrd. DM; was darüber liegt, wird prämiert.

Im laufenden Jahr 1982, so rechnen die meisten Forschungsinstitute, werden die Investitionen etwa das Niveau des Vorjahres halten. Entfiele also eine Zulage auf rund 10 Mrd. DM Investitionen, die den dreijährigen Durchschnitt von 190 Mrd. DM übersteigen. Das ist der „Mitnahmeeffekt“ – obwohl ja die Investitionen *real* weniger als 1981 betragen.

Doch nicht nur dies. Schon von der im ersten halben Jahr 1975 gewährten damaligen 7,5%igen Investitionszulage ist bekannt, daß die hauptsächliche Wirkung darin bestand, daß später geplante Investitionen vorzeitig bestellt wurden. So wird es auch diesmal sein. Selbstverständlich ist es den Unternehmen ein leichtes, die Investitionen, die sie für 1983 vorgesehen haben, ebenfalls bereits 1982 zu bestellen oder den Bauantrag einzureichen. Der Finanzminister schießt ja 10% zu.

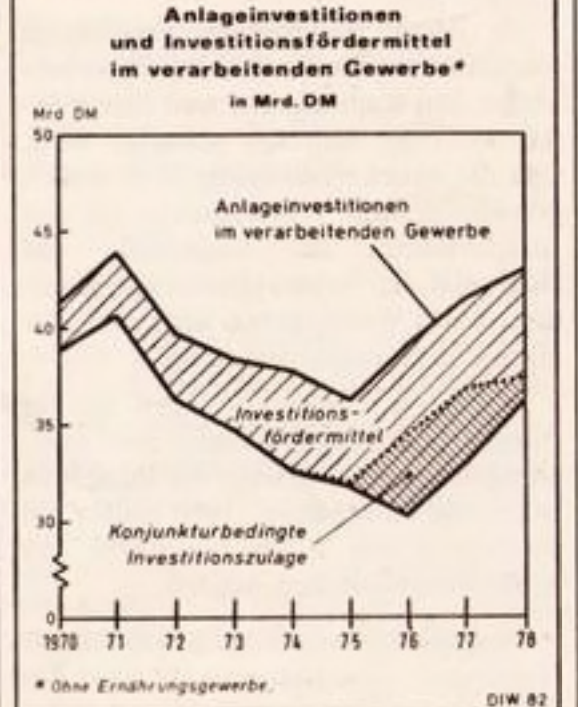
Bei einem jährlichen Investitionsvolumen von rund 200 Mrd. DM wird es ein leichtes sein, aus dem Planjahr 1983 und bei Gebäuden auch noch aus dem Planjahr 1984 insgesamt weitere 30 Mrd. DM Investitionen das Jahr 1982 auf den Bestellzettel zu schreiben. Geliefert werden kann ja noch später, und bei einem Volumen von zweimal 200 Mrd. findet sich bestimmt was, was schon demnächst bestellt werden kann.

Selbst wenn die Unternehmen in diesem und den beiden folgenden Jahren also keinen Pfennig mehr als im Krisenjahr 1981 investieren werden, werden sie die 4 Mrd. DM an Zulagen leicht mitnehmen. An dieser Aussage ändert sich auch nichts durch den Einwand, für die Bemessung der Zulage sei nicht die Gesamtheit der Unternehmen, sondern das einzelne Unternehmen maßgeblich. Entscheidend bleibt, daß ausreichend Investitionen der Jahre 1983 und 84 schon jetzt bestellt werden können. Insofern bleibt die Begrenzung der Zulage schon auf angeblichen *Mehr*investitionen frommer Wunschtraum.

Ohnehin ist der Effekt von Investitionsfördermitteln fragwürdig. Immerhin finanzieren die Unternehmen damit schon ohne die neue Zulage ungefähr 16%, in machen Jahren auch 20% ihrer gesamten Investitionen. So stellt das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“, das ein fast fanatischer Verfechter staatlicher Ausgabenprogramme ist, unter Hinweis auf eine Unternehmensbefragung fest, Fördermittel hätten zwar durchaus eine gewisse Bedeutung für die Investitionsentscheidung, „doch werden sie wohl eher ergänzend in Betracht gezogen. Lassen andere Investitionsdeterminanten, sei es auf der Nachfrage- oder auf der Kostenseite, eine Investition von vonherein als unvorteilhaft erscheinen, kann die Investitionsförderung nicht wirksam werden.“ Und es wird an die Binsenweisheit erinnert, daß ein Unternehmen nur investiert, wenn auch die Absatzchancen für die mit den neu geschaffenen Kapazitäten produzierten Güter vorhanden sind.

Investitionszulagen sind daher besonders dann wirkungslos, wenn die Produktionsanlagen ohnehin nur zum Teil genutzt und die Absatzerwartungen schlecht sind. Und genauso verhält es sich gegenwärtig. Fast ¼ der Industriekapazität liegt bracht und die Nachfrage ist nur deshalb nicht zusammengebrochen, weil im letzten Jahr viel mehr aus dem Ausland bestellt wurde. Hier aber wiederum haben vor allem die OPEC-Länder und die Entwicklungsländer zusätzliche Aufträge erteilt, jene Länder also, die jetzt infolge sinkender Erlöse für ihren Öl- und Rohstoffexport in eine akute Finanzkrise geraten sind. Nigeria z.B., einer der großen Kunden der westdeutschen Wirtschaft, hat vor wenigen Tagen eine Reihe von Importverboten verfügt. In die EG hat der Export schon im letzten Jahr stagniert, und in den USA verbaut die neuerlich vertiefte Krise ebenfalls bessere Absatzchancen.

So gibt es vom Absatzmarkt her keine Veranlassung, zusätzliche Investitionen zu tätigen, trotz Zulage. Vielmehr ist sehr viel wahrscheinlicher, daß – wie auch das DIW schreibt – „es in größerem Umfang wieder zu einem Vorziehen kurzfristig realisierbarer Investitionen kommt und damit eine Investitionslücke für 1983 bereits vorprogrammiert ist.“ Dies ist auch deshalb gefährlich, weil viel dafür spricht, daß es 1983 bereits zu einem neuerlichen Einbruch der westdeutschen Wirtschaft kommen wird – ähnlich der „Doppelkrise“ in den USA. Und dieser Einbruch würde dann durch die jetzt geplante Investitionszulage noch verschärft.



Stellt sich die Frage, weshalb die Bundesregierung eine solche Dummheit in die Welt setzt, zumal die Kapitalistenverbände längst von den Dächern pfeifen, wie man an die Zulage kommt, auch wenn man nur investiert, was man ohnehin investieren wollte.

Offensichtlich ist das Paket als politischer Kompromiß gedacht, nicht zwischen den Regierungsparteien, sondern zwischen gesellschaftlichen Kräften. Als Nebeneffekt dürfte daran gedacht sein, kleinen Unternehmern und Selbständigen mit der 10%-Prämie etwas Honig zu reichen. Vor allem aber sollen die Lohnabhängigen, denen ja in der Operation 82 die gesamte Last der „Konsolidierung der öffentlichen Finanzen“ zusätzlich zur fortdauernden Arbeitslosigkeit aufgeladen wurde, besänftigt werden. Und tatsächlich hat ja der DGB seine zu Jahresanfang forcierte Initiative für ein Beschäftigungsprogramm gestoppt.

Andererseits hat die Bundesregierung mit der Investitionszulage eine Steueränderung – Verlagerung von den direkten zu den indirekten Steuern – verbunden, die ganz in die langfristigen Vorstellungen der Kapitalistenklasse paßt. So sollten beide Seiten bedient werden. Die Gewerkschaften sollen besänftigt werden, den Unternehmen soll die Durchsetzung ihrer Interessen zugesichert werden, allerdings unter Vermeidung eines Konfrontationskurses mit der Arbeiterbewegung.

Daß die Kapitalistenverbände die Investitionszulage ablehnen, liegt weniger an ihrer Wirkungslosigkeit, als daran, daß sie diesen Kompromiß nicht wollen, sondern eine Konfrontation. Sie wollen Zeichen sehen. Sie wollen die Lohnfortzahlung ansägen, sie wollen das Arbeitslosengeld auf das Niveau einer Armenhilfe drücken, sie wollen die Gesundheitsversorgung eingeschränkt sehen, sie wollen nicht Kindergärten, Hallenbäder oder Schulen gebaut, sondern ihren Maschinenpark erneuert sehen. Davon werden sie nicht ablassen, ob nun die „Gemeinschaftsinitiative“ verabschiedet wird oder nicht.



men maßgeblich. Entscheidend bleibt, daß ausreichend Investitionen der Jahre 1983 und 84 schon jetzt bestellt werden können. Insofern bleibt die Begrenzung der Zulage schon auf angeblichen *Mehr*investitionen frommer Wunschtraum.

Ohnehin ist der Effekt von Investitionsfördermitteln fragwürdig. Immerhin finanzieren die Unternehmen damit schon ohne die neue Zulage unge-

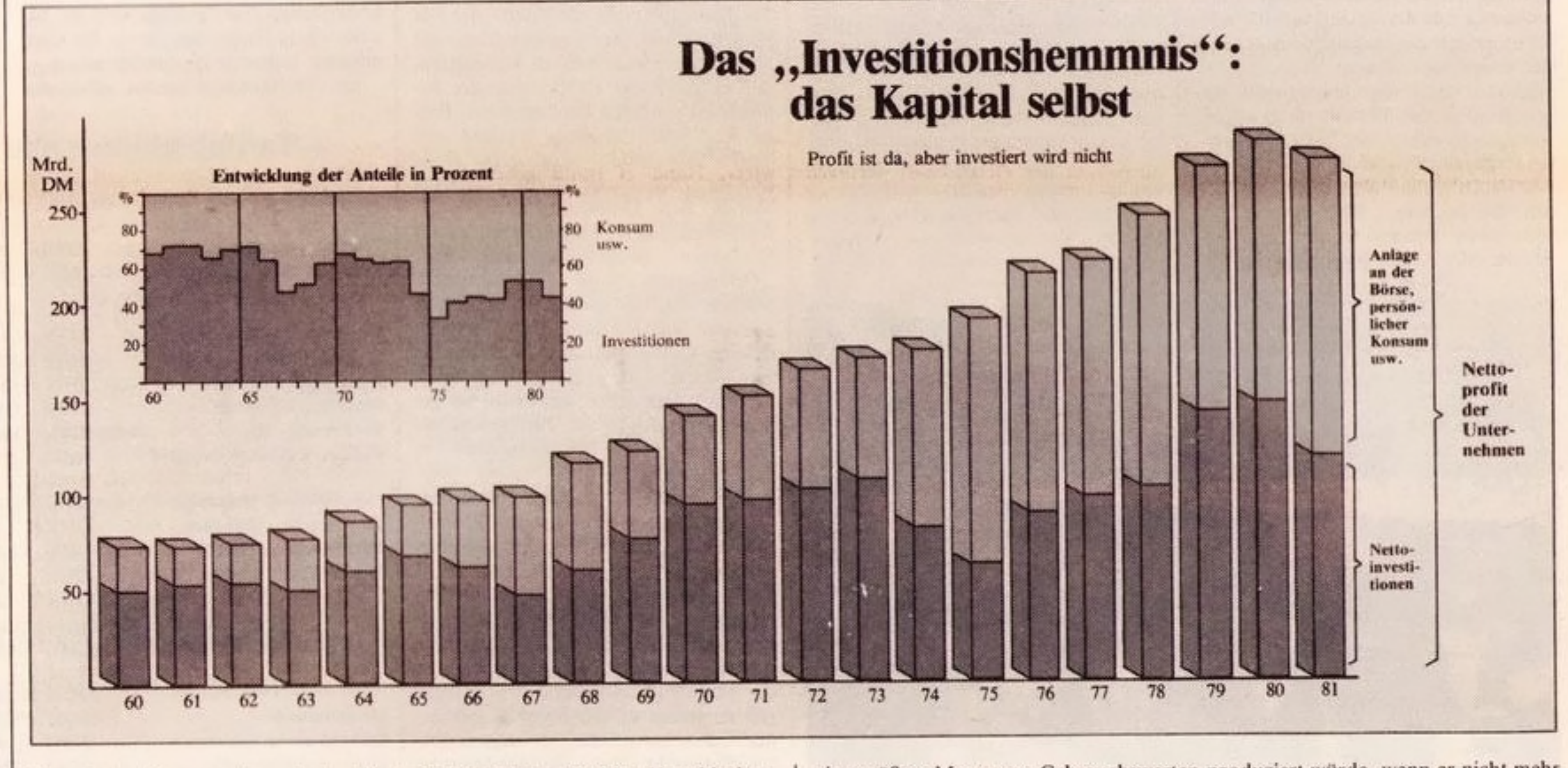
ge sinkender Erlöse für ihren Öl- und Rohstoffexport in eine akute Finanzkrise geraten sind. Nigeria z.B., einer der großen Kunden der westdeutschen Wirtschaft, hat vor wenigen Tagen eine Reihe von Importverboten verfügt. In die EG hat der Export schon im letzten Jahr stagniert, und in den USA verbaut die neuerlich vertiefte Krise ebenfalls bessere Absatzchancen.

So gibt es vom Absatzmarkt her kei-

ähnlich der „Doppelkrise“ in den USA. Und dieser Einbruch würde dann durch die jetzt geplante Investitionszulage noch verschärft.

Stellt sich die Frage, weshalb die Bundesregierung eine solche Dummheit in die Welt setzt, zumal die Kapitalistenverbände längst von den Dächern pfeifen, wie man an die Zulage kommt, auch wenn man nur investiert, was man ohnehin investieren wollte.

die Lohnfortzahlung ansägen, sie wollen das Arbeitslosengeld auf das Niveau einer Armenhilfe drücken, sie wollen die Gesundheitsversorgung eingeschränkt sehen, sie wollen nicht Kindergärten, Hallenbäder oder Schulen gebaut, sondern ihren Maschinenpark erneuert sehen. Davon werden sie nicht ablassen, ob nun die „Gemeinschaftsinitiative“ verabschiedet wird oder nicht.



Die gängige Propaganda, mit der die gezielt betriebene allseitige Verschlechterung der Lebensbedingungen als Ausfluß höherer Einsicht gepriesen werden soll, lautet: Ohne Investitionen keine Arbeitsplätze – und ohne Gewinne keine Investitionen – also ohne Gewinne keine Arbeitsplätze. Dagegen läßt sich vieles einwenden. Zum Beispiel: ohne Arbeitsplätze keine Gewinne. Oder daß eine Gesellschaft, in der alles von der Entwicklung der Gewinne abhängt, an sich unmenschlich ist. Tatsächlich ist es ja so, daß zahlreiche Produktionsmittel unbenutzt sind, nicht weil die Arbeitskräfte fehlen und schon gar nicht, weil es nichts Sinnvolles herzustellen gäbe – sondern weil eben jeder Besitzer der Produktionsmittel bloß produzieren läßt, wenn dadurch sein Profit vermehrt wird. Obwohl ja auch dann eine größere Masse von Gebrauchswerten produziert würde, wenn er nicht mehr Profit macht. Ein absolutes Märchen ist es, daß der Gesamtprofit in den letzten Jahre so sehr geschrumpft sei, daß jetzt das Geld fehlt, um Investitionen zu finanzieren. Tatsache ist, daß seit der letzten Krise ein immer geringerer Anteil des gesamtgesellschaftlichen Profits investiert wird (s. Schaubild). Vor allem weil ein immer größerer Teil des Gesamtprofits für Zinszahlungen drauf geht. Wahr ist bloß, daß die Profit*rate* der Unternehmen in den letzten Jahren gefallen ist. Und sie ist der Dreh- und Angelpunkt der kapitalistischen Ökonomie. Stößt ihre Entwicklung an die inneren Grenzen, so müssen alle äußeren Schranken fallen. Insbesondere das Lebensniveau muß fallen.

Diese Tarifrunde hat das Scheitern des bisherigen Tarifkonzepts besiegelt

Nach wie vor liegt die Schlüsselrolle bei der Lohnpolitik. Allein durch maßvolle Tarifabschlüsse, die deutlich unter der aktuellen Verbraucherpreisrate blieben und eine nachhaltige Korrektur der verzerrten Verteilungsrelation ermöglichten, sei eine Wende zu erreichen, so bestimmte Anfang Februar Arbeitgeber-Präsident Esser das Ziel der Kapitalisten in dieser Tarifrunde: „Entzerrung" durch mehr Profit für die Kapitalisten und weniger Geld zum Leben für die von ihnen Ausgebeuteten.

Die bisherigen Lohnabschlüsse pendeln zwischen 3,6 und 4,75%. Die Mehrzahl gruppiert sich um den Metallabschluß von 4,2%. 4,2% mehr Lohn und Gehalt, damit haben die Kapitalisten ihr Ziel erreicht. Ganz in der Vorfreude auf die „Entzerrung" tönt es dieser Tage aus dem Hause Lambsdorf: „Anlaß zu vorsichtigem Optimismus bieten vor allem die ersten Lohnabschlüsse im Rahmen der diesjährigen Lohnrunde." Dies muß schrill in den Ohren der Tarifkommissionsmitglieder, nicht nur in der Metallindustrie geklungen haben.

Die Bedingungen, unter denen diese Tarifrunde stattfand, waren von vornherein für die Arbeiter schlecht. Da waren rund 2000000 Arbeitslose. Rechnet man die „stille Reserve" noch hinzu, sind es sicher noch ein Viertel mehr. 2,5 Mio. Arbeitslose und -suchende, das ist jeder 10. Lohnabhängige. Vergleichbar ist die Arbeitslosigkeit nicht mal mit der Krise 1966/67, sondern nur mit der Arbeitslosenquote in den ersten 50er Jahren. Nur, da nahm sie ab – heute aber immer noch saisonbereinigt zu. Besteht auch gegenwärtig nicht die Gefahr, daß Arbeitslose direkt als Streikbrecher eingesetzt werden, so wirken sich jedoch 2 Millionen, die höchstens 68% ihres letzten Nettolohns bekommen und zur Annahme jeder Arbeit gezwungen werden können, schlecht auf die Kampfbedingungen aus.

In Zeiten rückläufiger Produktion verschärfen sich die Widersprüche zwischen den Kapitalisten, weil ihre Konkurrenz um Aufträge schärfer wird. Für die Arbeiterbewegung ist es jedoch schwierig, diese Widersprüche für sich auszunutzen. Im Gegenteil, das Schicksal der Arbeit scheint um so enger an das Wohlergehen des jeweiligen Kapitalisten gebunden zu sein.

Vor diese Tarifrunde lagen die der Jahre '80 und '81 und damit zwei Jahr, in denen es nicht gelang, die Reallöhne auch nur zu erhalten. 1980 mußte ein Rückgang um 0,4% und 1981 um 1,5% hingenommen werden.

Angesichts dieser Lage gab es vor der Tarifrunde Überlegungen für neue Tarifkonzepte. Gerade in der Krise, wenn die Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt die beste Arbeitskraft aussuchen können, werden die Arbeiter auf den Verschleiß ihrer Arbeitskraft gestoßen. Überlegungen werden angestellt, um dem Verschleiß Grenzen zu setzen, ihn zu mildern, dennoch die Arbeitskraft verkaufen zu können oder welche Forderungen aus dem Verschleiß der Arbeitskraft zu ziehen sind. Das sind die Gründe für Forderung nach mehr Freizeit für die alten Lohnabhängigen, mehr Freizeit für besonders Beanspruchte und für die 35-Stunden-Woche. Dies wurde von den Gewerkschaften Nahrung- und Genuß, Gaststätten und der IG Chemie so aufgenommen, daß für die Arbeitszeitverkürzung und die Tarifrente Zugeständnisse in der Lohnfrage offeriert wurden. In Kritik daran entstand die Position der „Konzentration auf die Lohnfrage", die sich bei der IG Metall gegen ähnliche Pläne durchsetzen konnte.

So entstand nicht nur eine Spaltung zwischen den einzelnen Gewerkschaften über die verschiedenen Forderungen, sondern auch gleichzeitig die unfruchtbare Alternative Lohn *oder* Arbeitsbedingungen.

Trotz dieser insgesamt schwierigen Kampfbedingungen entwickelte sich in einigen kleinen Bereichen der Widerstand gegen die Verschlechterung des Lebensniveaus bis zu längeren Streikaktionen. Mit einer Reihe von Kurzstreiks konnte in der Holzindustrie die Marke 4,2% überschritten werden, in der Gastronomie wurden die Kapitalisten mit Warnstreiks wieder gezwungen, über ihre 2,7%-Angebote weitere Angebote zu machen. Es waren Branchen, in denen seit Jahren zum ersten Mal gestreikt wurde. Für viele Arbeiter und Angestellte war es überhaupt das erstemal. NGG und Schornsteinfeger setzten ihre Aktionen weiter fort.

In den großen und entscheidenden Tarifgebieten zielte die Taktik der Kapitalisten und ihre Entsprechung auf Staatsseite darauf hin zu verhindern, daß es überhaupt zu Aktionen der Arbeiter im größeren Umfang kam. Frühe Angebote, Scheitern erklären und dann Schlichtung erzwingen, einen Spruch erzielen, das war die Taktik bei Metall, Bau, Druck und auch im öffentlichen Dienst. Entwaffnend, dieses Verfahren. Schlichtung, das heißt „Orientierung aufs Gemeinwohl", Schlichtung, das sind meist Schlichter aus dem Staatsapparat: Landesarbeitsrichter, Landeszentralbankpräsidenten etc. Vielmehr als es die „Konzertierte Aktion" vermochte, bekommt so der Staat Einfluß auf die Tarifabschlüsse und geht die Tarifautonomie in Schlichtungsdruck über.

Dazu paßte es, daß die Führer der Gewerkschaften nicht nur ihre Positionen eines „Beschäftigungspolitischen Programms", so wie sie vom DGB 1977 und wieder 1981 vorgeschlagen waren, gänzlich aufgaben. Sie versprachen für das Linsengericht „Gemeinschaftsinitiative" Zurückhaltung in der Lohnfrage. So war denn der Weg frei zu einem 4,2%-Abschluß, der damit noch unter der im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vom Februar angepeilten Marke von 4½% Bruttolohnsteigerung pro Beschäftigtem liegt.

Macht man also die Bilanz der bisherigen Tarifkämpfe auf, so stehen auf der Soll-Seite:

– Weder wurden die Arbeitsbedingungen verbessert,
– Noch konnte der Reallohn, auch nicht für die Beschäftigten mit niedrigen Einkommen, erhalten werden.
– Der Anteil des Einkommens der Lohnabhängigen wird, gemessen am geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum, nochmals zurückgehen.
– Die Hoffnung, mit dem Lohnopfer wenigstens die Zahl der Arbeitslosen gesenkt zu haben, wird sich auch nicht erfüllen. „. . . . dürfte dies allerdings kaum eine rasche Entlastung des Arbeitsmarkts bringen", lautet die kalte Dusche aus dem Wirtschaftsministerium.

Auf der Haben-Seite kann lediglich verbucht werden:

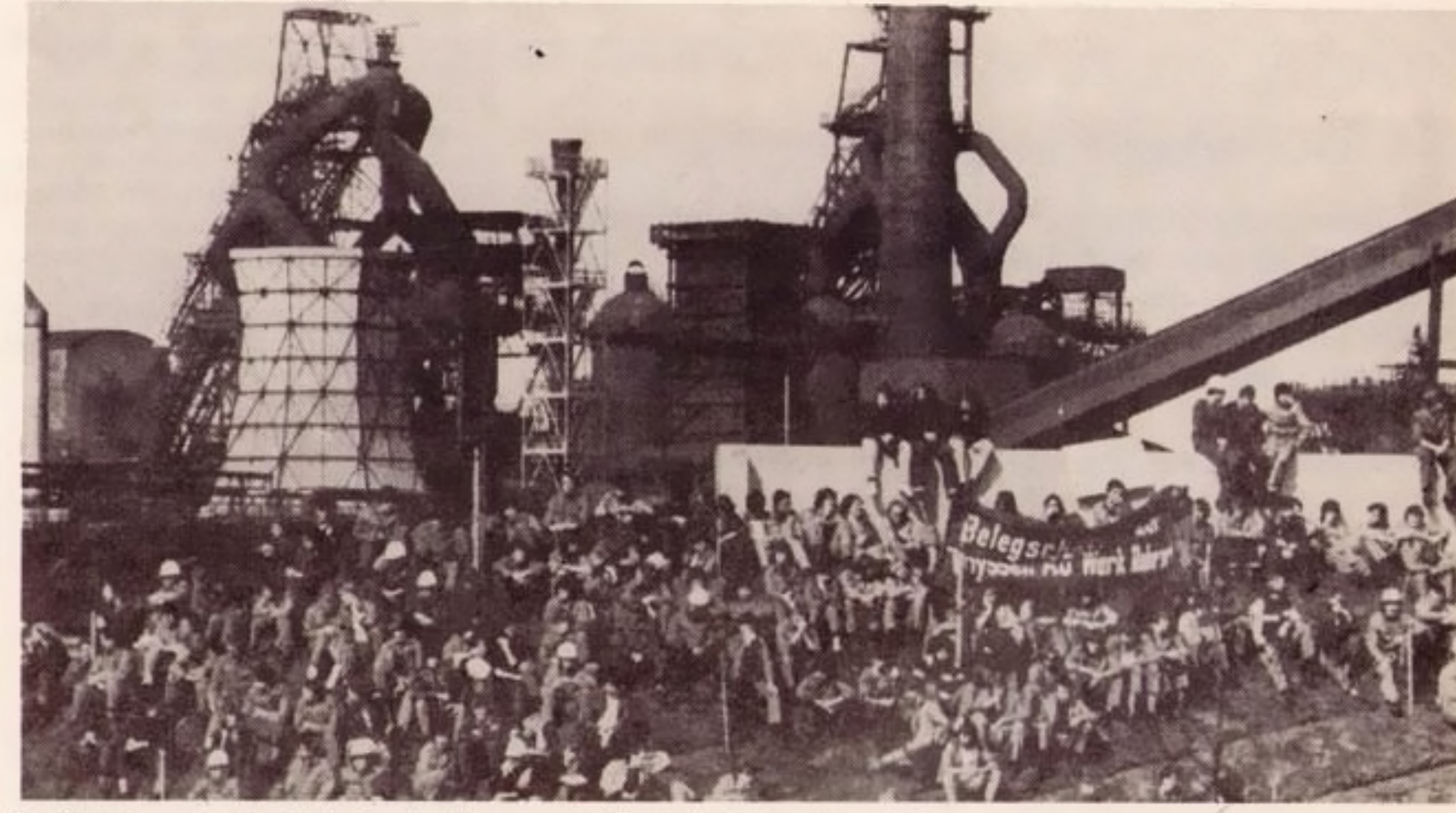
– Der Angriff auf die Tarifautonomie durch die staatlich verordneten Kürzungen der Zulagen im öffentlichen Dienst konnte zurückgeschlagen werden.

Die bisherige Lohnrunde ist der „Beweis" für das Scheitern der herkömmlichen Tarifpolitik, und es besteht wenig Hoffnung, dies in der Chemischen Industrie zu durchbrechen.

Ein Tarifkonzept müßte neben der Verteidigung des Lohns auch die Arbeitsbedingungen erfassen. Es müßte den Lohn zumindest insoweit verteidigen, daß keine qualitative Verschlechterung der Reproduktionsbasis hingenommen werden müßte. Eine solche Verschlechterung der Lebenslage könnte vermutlich auf lange Zeit nicht aufgeholt werden. Bei den Arbeitsbedingungen wäre neben dem Schutz vor Rationalisierung vor allem die 35-Stunden-Woche im Zentrum zu nennen.

Ein solches Tarifkonzept müßte *einheitlich* von allen Gewerkschaften – auch bei der Prioritätensetzung – verfolgt werden. Aber ohne daß die Gewerkschaften den Schutz der Arbeitslosen wieder verbessern, wird eine solche Tarifstrategie immer wieder ausgehebelt werden. Dazu gehört auch eine gewerkschaftliche Strategie für ein Programm, was, wo, und wie produziert wird, und das gegenüber den Kapitalisten durchgesetzt werden kann.

geh



Streikaktionen der Stahlarbeiter der Thyssen AG für mehr Lohn, März 1982

Tarifabschlüsse und Schlichtungen 1982

Bereich	Gewerk.	Betr.	Ergebnis
Textilreinigungsgewerbe	GTB	34200	4,2%, Erhöhung des Urlaubsg.
Hauswirtschaft, Bayern	NGG	30000	4,5%, Erweiterung der Altersstaffel, Verkürzung der tarifl. Arbeitszeit von 42 auf 40 Std.
Deutsche Seeschiffahrt	ÖTV	31700	4,3%, Erhöhg. d. Verpflegungsg.
Priv. Bankgewerbe	HBV	316000	4,2%, Verlängerung d. Urlaubs
Einzelhandel, Hessen	HBV	124000	4,35%
Großhandel, Hessen	HBV	100000	4,35%
Großhandel, Bayern	HBV/ÖTV	180000	4,2%
Fleischerhandwerk, Nieders.	NGG	19100	7,0% einschl. Lohnausgleich f. Arbeitszeitverkürz. (4,4% f. Ang.)
Fleischerhdw., Hessen	NGG	11300	4,1%
Tischlerhdw., Südbaden	GHK	1500	3,02%; 1,85% Stferh. ab 1.12.82
Tischlerhdw., Schl-H.	GHK	4000	3,34%; 1,55% Stferh. ab 1.5.82
Tischlerhdw., Rh-Pflz	GHK	8700	2,86%; 1,9% Stferh. ab 1.10.82
Tischlerhdw., Saar	GHK	2400	3,18%; 1,59% Stferh. ab 1.11.82
Papier- u. Pappeverarb.	Drupa	108500	4,2%
Holzverarb. Ind., Nieders.	GHK	15400	4,7% i. Durchschn., Neuregelung d. Akkordarb., bez. Pause 15 min/Sch.
Holzverarb. Ind., Nordrh.	GHK	6500	4,75%
Metallindustrie	IGM	3933300	4,2%, f. d. Mon. Februar 120 DM
Feinstblechind. Nieders.	IGM	4500	4,5%
Eisen- und Stahlind.	IGM	200200	4,2%, Laufzeit 14 Monate
Sägeindustrie, NRW	GHK	12100	3,99%, Stuferh. 0,66% ab 1.11.82
Bauindustrie*	BSE		3,5%, Stuferh. 0,7% ab 1.10.82
Druckindustrie	Drupa		4,2%
Öffentlicher Dienst*	ÖTV		3,6%, Einmalzahlung 40 DM
Versicherungen	HBV	200000	4,2%
Bäckerhandwerk, Nieders.	NGG	25000	4,52%, Arbeitszeit f. Verkäuferinnen von 41 auf 40 Std.

* Bisher erst Schlichtungssprüche, denen aber die Gewerkschaftsvertreter zugestimmt haben.



Auch die Einzelhandelsangestellten gingen im Sommer 1981 auf die Straße

geklungen haben.
Die Bedingungen, unter denen diese Tarifrunde stattfand, waren von vornherein für die Arbeiter schlecht. Da waren rund 2000000 Arbeitslose. Rechnet man die „stille Reserve" noch hinzu, sind es sicher noch ein Viertel mehr. 2,5 Mio. Arbeitslose und -suchende, das ist jeder 10. Lohnabhängige. Vergleichbar ist die Arbeitslosigkeit nicht mal mit der Krise 1966/67, sondern nur mit der Arbeitslosenquote in den ersten 50er Jahren. Nur, da nahm sie ab – heute aber immer noch saisonbereinigt zu. Besteht auch gegenwärtig nicht die Gefahr, daß Arbeitslose direkt als Streikbrecher eingesetzt werden, so wirken sich jedoch 2 Millionen, die höchstens 68% ihres letzten Nettolohns bekommen und zur Annahme jeder Arbeit gezwungen werden
zu mildern, dennoch die Arbeitskraft verkaufen zu können oder welche Forderungen aus dem Verschleiß der Arbeitskraft zu ziehen sind. Das sind die Gründe für Forderung nach mehr Freizeit für die alten Lohnabhängigen, mehr Freizeit für besonders Beanspruchte und für die 35-Stunden-Woche. Dies wurde von den Gewerkschaften Nahrung- und Genuß, Gaststätten und der IG Chemie so aufgenommen, daß für die Arbeitszeitverkürzung und die Tarifrente Zugeständnisse in der Lohnfrage offeriert wurden. In Kritik daran entstand die Position der „Konzentration auf die Lohnfrage", die sich bei der IG Metall gegen ähnliche Pläne durchsetzen konnte.
So entstand nicht nur eine Spaltung zwischen den einzelnen Gewerkschaften über die verschiedenen Forderun-
sten mit Warnstreiks wieder gezwungen, über ihre 2,7%-Angebote weitere Angebote zu machen. Es waren Branchen, in denen seit Jahren zum ersten Mal gestreikt wurde. Für viele Arbeiter und Angestellte war es überhaupt das erstemal. NGG und Schornsteinfeger setzten ihre Aktionen weiter fort.
In den großen und entscheidenden Tarifgebieten zielte die Taktik der Kapitalisten und ihre Entsprechung auf Staatsseite darauf hin zu verhindern, daß es überhaupt zu Aktionen der Arbeiter im größeren Umfang kam. Frühe Angebote, Scheitern erklären und dann Schlichtung erzwingen, einen Spruch erzielen, das war die Taktik bei Metall, Bau, Druck und auch im öffentlichen Dienst. Entwaffnend, dieses Verfahren. Schlichtung, das heißt „Orientierung aufs Gemeinwohl", Schlichtung, das sind meist Schlichter aus dem Staatsapparat: Landesarbeitsrichter, Landeszentralbankpräsidenten etc. Vielmehr als es die „Konzertierte Aktion" vermochte, bekommt so der Staat Einfluß auf die Tarifabschlüsse und geht die Tarifautonomie in Schlichtungsdruck über.
Dazu paßte es, daß die Führer der Gewerkschaften nicht nur ihre Positionen eines „Beschäftigungspolitischen Programms", so wie sie vom DGB 1977 und wieder 1981 vorgeschlagen waren, gänzlich aufgaben. Sie verspra-
markts bringen", lautet die kalte Dusche aus dem Wirtschaftsministerium.
Auf der Haben-Seite kann lediglich verbucht werden:
– Der Angriff auf die Tarifautonomie durch die staatlich verordneten Kürzungen der Zulagen im öffentlichen Dienst konnte zurückgeschlagen werden.
Die bisherige Lohnrunde ist der „Beweis" für das Scheitern der herkömmlichen Tarifpolitik, und es besteht wenig Hoffnung, dies in der Chemischen Industrie zu durchbrechen.
Ein Tarifkonzept müßte neben der
den-Woche im Zentrum zu nennen.
Ein solches Tarifkonzept müßte *einheitlich* von allen Gewerkschaften – auch bei der Prioritätensetzung – verfolgt werden. Aber ohne daß die Gewerkschaften den Schutz der Arbeitslosen wieder verbessern, wird eine solche Tarifstrategie immer wieder ausgehebelt werden. Dazu gehört auch eine gewerkschaftliche Strategie für ein Programm, was, wo, und wie produziert wird, und das gegenüber den Kapitalisten durchgesetzt werden kann.
geh
Tarifabschlüsse und Schlichtungen 1982
Bereich | Gewerk. | Betr. | Ergebnis
Textilreinigungsgewerbe GTB 34200 4,2%, Erhöhung des Urlaubsg.
Hauswirtschaft, Bayern NGG 30000 4,5%, Erweiterung der Altersstaffel, Verkürzung der tarifl. Arbeitszeit von 42 auf 40 Std.
Deutsche Seeschiffahrt ÖTV 31700 4,3%, Erhöhg. d. Verpflegungsg.
Priv. Bankgewerbe HBV 316000 4,2%, Verlängerung d. Urlaubs
Einzelhandel, Hessen HBV 124000 4,35%
Großhandel, Hessen HBV 100000 4,35%
Großhandel, Bayern HBV/ÖTV 180000 4,2%
Fleischerhandwerk, Nieders. NGG 19100 7,0% einschl. Lohnausgleich f. Arbeitszeitverkürz. (4,4% f. Ang.)
Fleischerhdw., Hessen NGG 11300 4,1%
Tischlerhdw., Südbaden GHK 1500 3,02%; 1,85% Stferh. ab 1.12.82
Tischlerhdw., Schl-H. GHK 4000 3,34%; 1,55% Stferh. ab 1.5.82
Tischlerhdw., Rh-Pflz GHK 8700 2,86%; 1,9% Stferh. ab 1.10.82
Tischlerhdw., Saar GHK 2400 3,18%; 1,59% Stferh. ab 1.11.82
Papier- u. Pappeverarb. Drupa 108500 4,2%

Regierungskrise in Frankreich wegen „Sicherheit & Freiheit"

cof. Mit einem Kompromiß in der Sache und einer breiten Debatte über den Regierungsstil einer sozialistischen „Mehrheit" wurde vorläufig eine ziemlich schwerwiegende Krise innerhalb der französischen Regierung beendet. Bei den Vorarbeiten zur projektierten Justizreform, die in großen Teilen bereits im Sommer/Herbst 1981 in Angriff genommen wurde, entzündete sich an dem „Gesetz zum Schutz der Sicherheit und der persönlichen Freiheit" vom 3.2.1981, kurz „Sicherheit und Freiheit" oder nach dem wesentlichen Urheber und damaligen Justizminister „Gesetz Peyrefitte" genannt, ein Streit zwischen dem Innenminister Defferre, seit Jahrzehnten Bürgermeister von Marseille und seit einem Jahr oberster Chef der Polizei, und dem neuen Justizminister Badinter, bekanntgeworden durch seinen Widerstand gegen die Todesstrafe und die Einschränkungen der Rechte der Verteidigung. In seiner Regierungserklärung hatte Premier Mauroy u.a. bereits die Aufhebung dieses seinerzeit von den Sozialisten wie von zahlreichen betroffenen Berufsvereinigungen (Richter, Rechtsanwälte, Sozialarbeiter, Professoren) heftig bekämpften Gesetzes in Aussicht gestellt. Das Gesetz bezieht sich vor allem auf die Einführung neuer Straftatbestände, die Beschleunigung der Voruntersuchung bzw. die völlige Beseitigung zwecks Beschleunigung des Verfahrens, eine Anhebung der Mindeststrafen für Taten, die mit Gewalt begangen wurden, die Einschränkung der mildernden Umstände und Einschränkung von Strafen zur Bewährung sowie auf die Verschlechterung der Haftbedingungen durch Einschränkung von Urlaub und verschärfte Bestrafung von Rückfalltätern – ein Gesetz so recht für Zeiten von wirtschaftlichen und politischen Krisen (vgl. Rote Robe 1981, S. 33 ff. und S. 106 ff.). Es soll nun in der laufenden Frühjahrssitzungsperiode des Parlaments aufgehoben werden – nicht ersatzlos, und darum geht der Streit. Defferre hatte vor zwei Wochen vor einer Versammlung höherer Polizeibeamter erklärt, daß jeder Polizist das Recht haben solle, ohne Ermächtigung der Justiz Identitätskontrollen vorzunehmen, und daß Polizisten künftig von der Schußwaffe Gebrauch machen dürften, wenn Warnungen ohne Beachtung blieben. Nach dem Machtwort des Premiers, der die Unterstützung Mitterrands fand, soll nun der Schußwaffengebrauch nicht erweitert werden – die Frage der Identitätskontrollen aber blieb in der Schwebe. Mauroy versuchte die Form der öffentlich geführten Auseinandersetzung nun unter dem Titel „Anders regieren" langatmig als Kampf- und Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Regierung wie zwischen den verschiedenen „Strömungen" der PS zu rechtfertigen, womit er sich aber scharfe Kritiken führender Parteimenschen einhandelte.

Reagan zögert Offenbarungseid noch hinaus

kvz. Nur wenig Zeit bleibt dem US-Präsidenten noch für unausweichliche Korrekturen an seiner Wirtschaftspolitik. Laut Gesetz muß der Kongreß bis zum 15. Mai die erste Haushaltsresolution für das am 1. Oktober beginnenden Haushaltsjahr 1983 verabschieden. Doch noch können sich die Akteure von Kongreß und Regierung auf die mit jeder Woche drängender werdenden Abstriche an ihren bisherigen Plänen nicht einigen. Reagan, der Mann, der die hohen Steuern und Haushaltsdefizite als eigentlichen Grund der amerikanischen Wirtschaftskrise ausgemacht hatte, kämpft jetzt gegen ein Loch im Bundeshaushalt, wie es das Land der unbegrenzten Möglichkeiten noch nicht gesehen hat. Man ist bescheiden geworden. Es ist jetzt schon die Rede davon, selbst der härteste Sparkurs könne das Defizit nicht mehr unter 100 Mrd. $ drücken. Im Gespräch ist eine Kürzung bei den Renten oder bei den Rüstungsprogrammen sowie die Rücknahme der geplanten Einkommensteuersenkungen. Auch eine Sonderabgabe für Höherverdienende ist im Gespräch. Und über diesem ganzen Schauspiel beginnt bereits der Wahlkampf, der im September eine neue Zusammensetzung des Kongresses bringt. Reagan könnte dabei eine Abfuhr erleiden.

SU erweitert Waffenarsenal in Afghanistan?

chm. Die Sowjetunion scheint ihr Waffenarsenal in Afghanistan zu erweitern mit Material, das über die unmittelbare Bekämpfung der Widerstandskämpfer hinaus andere Absichten offenbart. MIG-23 Jäger und SAM-8-Raketen mit jeweils einer Reichweite von über 1000 km gehören dazu. Nach Berichten des Pentagon – deshalb mit Vorsicht zu genießen, aber sicher nicht ganz aus den Fingern gesogen – sollen auch die „Antiguerillatruppen" verstärkt worden sein, vor allem in der Gegend um Kabul, wo die Operationen der Widerstandskämpfer unvermindert heftig sind. Die Zahl der in Afghanistan stationierten sowjetischen Truppen soll inzwischen auf 100000 angestiegen sein. Hinzu kommen noch 30000, die unmittelbar an der sowjetisch-afghanischen Grenze stationiert sind. – Die französische Hilfsorganisation „médecins sans frontières" (Mediziner ohne Grenzen) gab bekannt, daß vier der fünf Dörfer, in denen sie Gesundheitseinrichtungen aufgebaut habe, von sowjetischen Flugzeugen so schwer bombardiert worden seien, daß sämtliche Einrichtungen nicht mehr zu gebrauchen seien.

„Commandante Cero" ruft zur zweiten Revolution auf

Gegen Verwicklung Nicaraguas in die Ost-West-Konfrontation / Wer „verrät" die Revolution?

G.K. Die sandinistische Führung Nicaraguas steht vor einer neuen, womöglich ernsteren Herausforderung, als dies die bisherigen innenpolitischen Krisen und die äußeren Erpressungsversuche der USA bedeuteten.

Von Costa Rica aus – also von dort, wo er im Krieg gegen das Somoza-Regime die „Südfront" der FSLN aufgebaut hatte –, hat Edén Pastora, der legendäre „Commandante Cero" der Sandinisten, vormals stellvertretender Verteidigungsminister und als solcher Kommandierender der Volksmilizen, zu einer neuen Revolution in Nicaragua aufgerufen. Pastora – der vor einigen Monaten ohne nähere Erklärung außer Landes gegangen war – hat seinen früheren Mitkämpfern ein eindrucksvolles Sündenregister vorgehalten:

– Sie hätten gleich nach dem Sieg „kubanische Uniformen angezogen, sich in den Häusern der früheren Großbürger und Vertreter der Oligarchie eingenistet und damit die Originalität unserer Revolution verraten".

– Sie hätten den Weg einer echten Blockfreiheit verlassen. „Unser Sandinismus kann sich nicht erlauben, in den Ost-West-Konflikt hineingezogen zu werden." Mit ihrer Blockausrichtung beschwören die Kommandanten die Gefahr einer Intervention der USA herauf. Pastora definierte seine Revolution als Kampf „für ein authentisches Nicaragua mit dem Ziel, die sowjetische Basis aus Mittelamerika zu vertreiben".

– Innenpolitisch beschuldigte Pastora die sandinistische Führung einer Politik der systematischen Ausschaltung der Opposition und Außerkraftsetzung der demokratischen Freiheiten, so der gewerkschaftlichen Rechte und der Pressefreiheit. Die Wirtschaftspolitik laufe auf den Ruin des Landes hinaus.

– Einer besonderen Unterdrückung seien die Miskito-Indianer an der Atlantik-Küste unterworfen, die Opfer von „Verfolgungen, Inhaftierungen und Morden" würden.

Pastora faßte seine innenpolitischen Vorstellungen in sieben Punkten zusammen:

1. Ein System der gemischten Wirtschaft in einem Klima, das Produktivität und Investitionstätigkeit fördere. 2. Tatsächlicher ideologischer Pluralismus, statt der Erhebung des „Marxismus-Leninismus" zur Staatsdoktrin. 3. Mittelfristig freie und demokratische Wahlen. 4. Respektierung der Rechte der Individuen und der Kollektivrechte ohne Einschränkung, so der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter. 5. Völlige Religionsfreiheit. 6. Wirkliche Pressefreiheit. 7. Ein Grundrechtsstatut für jeden Nicaraguenser.

Pastora hat eine klare Trennungslinie gegenüber den von den USA ausgehaltenen Ex-Somoza-Gardisten gezogen. Er will stattdessen selbst nach Nicaragua zurückkehren und von dort aus den Kampf organisieren. Nicht ausgeschlossen wird ein Bündnis mit dem nach Honduras geflüchteten Führer der Indianer-Organisation „Misurasata", Steadman Fagoth. Selbst sieht sich Pastora als ein „authentischer Sandinist"; er präsentiert sich unter der schwarz-roten Fahne und den Initialen einer „Revolutionären Sandinistischen Front" (FRS), die er schaffen will.

Die Regierung in Managua reagierte mit Massenaufmärschen, bei denen die von Pastora ausgestellten Pässe der Miliz rituell verbrannt wurden und er selbst als Agent der USA verurteilt wurde. Das ist mit Sicherheit eine Dummheit. Wenngleich in vieler Hinsicht demagogisch übertrieben, sind Pastoras Vorwürfe nicht von der Hand zu weisen. Sie beschreiben zumindest den Weg, auf den sich die sandinistische Junta mit ihren mechanischen, von Verschwörungstheorien geprägten Reaktionen auf die innere und äußere Konterrevolution begeben hat.

Ebensowenig können wir mit einer solchen Aufnahme eines neuerlichen bewaffneten Kampfes in Nicaragua zu einer Zeit, wo die Hauptbedrohung vom US-Imperialismus ausgeht, sympathisieren, zumal die Möglichkeiten einer politischen Opposition nicht ausgeschöpft sind. Wir können unsererseits nicht denselben Fehler machen und das Abgleiten der Revolution in Nicaragua ins Bündnislager der Sowjetunion als bloße Beschwörung und Manipulation abtun. Man muß die inneren Beweggründe noch sehr viel besser begreifen lernen, die die von bestimmten, revolutionären Teilen des städtischen Kleinbürgertums geführten antiimperialistischen Bewegungen, vor allem in Lateinamerika, dem Nahen Osten und dem südlichen Afrika, zu einer bedingten Einheit mit der Weltmacht Sowjetunion bringen.

Der Einfluß, den die Sowjetunion, teils vermittels Kuba, teils direkt, heute in Managua hat – und der sich an den Stellungnahmen zu Afghanistan, Kampuchea und zuletzt Polen sehr deutlich ablesen läßt –, wird außenpolitisch nur noch in gewissem Umfang durch die Beziehungen einiger europäischer Regierungen und der „Sozialistischen Internationale" zu den regierenden Kommandanten begrenzt. Pastora hatte während der Revolution zu den „Terceristas", den Verfechtern eines dritten, blockfreien Weges unter den Sandinisten gehört. Er wird jetzt diese Kontakte wiederzubeleben versuchen. Viel Erfolg kann man ihm fürs erste nicht prohpezeien.



die mit Gewalt begangen wurden, die Einschränkung der mildernden Umstände und Einschränkung von Strafen zur Bewährung sowie auf die Verschlechterung der Haftbedingungen durch Einschränkung von Urlaub und verschärfte Bestrafung von Rückfalltätern – ein Gesetz so recht für Zeiten von wirtschaftlichen und politischen Krisen (vgl. Rote Robe 1981, S. 33 ff. und S. 106 ff.). Es soll nun in der laufenden Frühjahrssitzungsperiode des Parlaments aufgehoben werden – nicht ersatzlos, und darum geht der Streit. Defferre hatte vor zwei Wochen vor einer Versammlung höherer Polizeibeamter erklärt, daß jeder Polizist das Recht haben solle, ohne Ermächtigung der Justiz Identitätskontrollen vorzunehmen, und daß Polizisten künftig von der Schußwaffe Gebrauch machen dürften, wenn Warnungen ohne Beachtung blieben. Nach dem Machtwort des Premiers, der die Unterstützung Mitterrands fand, soll nun der Schußwaffengebrauch nicht erweitert werden – die Frage der Identitätskontrollen aber blieb in der Schwebe. Mauroy versuchte die Form der öffentlich geführten Auseinandersetzung nun unter dem Titel „Anders regieren" langatmig als Kampf- und Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Regierung wie zwischen den verschie-

SU erweitert Waffenarsenal in Afghanistan?

chm. Die Sowjetunion scheint ihr Waffenarsenal in Afghanistan zu erweitern mit Material, das über die unmittelbare Bekämpfung der Widerstandskämpfer hinaus andere Absichten offenbart. MIG-23 Jäger und SAM-8-Raketen mit jeweils einer Reichweite von über 1000 km gehören dazu. Nach Berichten des Pentagon – deshalb mit Vorsicht zu genießen, aber sicher nicht ganz aus den Fingern gesogen – sollen auch die „Antiguerillatruppen" verstärkt worden sein, vor allem in der Gegend um Kabul, wo die Operationen der Widerstandskämpfer unvermindert heftig sind. Die Zahl der in Afghanistan stationierten sowjetischen Truppen soll inzwischen auf 100000 angestiegen sein. Hinzu kommen noch 30000, die unmittelbar an der sowjetisch-afghanischen Grenze stationiert sind. – Die französische Hilfsorganisation „médecins sans frontières" (Mediziner ohne Grenzen) gab bekannt, daß vier der fünf Dörfer, in denen sie Gesundheitseinrichtungen aufgebaut habe, von sowjetischen Flugzeugen so schwer bombardiert worden seien, daß sämtliche Einrichtungen nicht mehr zu gebrauchen seien.

den Ost-West-Konflikt hineingezogen zu werden." Mit ihrer Blockausrichtung beschwören die Kommandanten die Gefahr einer Intervention der USA herauf. Pastora definierte seine Revolution als Kampf „für ein authentisches Nicaragua mit dem Ziel, die sowjetische Basis aus Mittelamerika zu vertreiben".
– Innenpolitisch beschuldigte Pastora die sandinistische Führung einer Politik der systematischen Ausschaltung der Opposition und Außerkraftsetzung der demokratischen Freiheiten, so der gewerkschaftlichen Rechte und der Pressefreiheit. Die Wirtschaftspolitik laufe auf den Ruin des Landes hinaus.
– Einer besonderen Unterdrückung seien die Miskito-Indianer an der Atlantik-Küste unterworfen, die Opfer von „Verfolgungen, Inhaftierungen und Morden" würden.
Pastora faßte seine innenpolitischen Vorstellungen in sieben Punkten zusammen:
1. Ein System der gemischten Wirtschaft in einem Klima, das Produktivität und Investitionstätigkeit fördere. 2. Tatsächlicher ideologischer Pluralismus, statt der Erhebung des „Marxismus-Leninismus" zur Staatsdoktrin.

wurde. Das ist mit Sicherheit eine Dummheit. Wenngleich in vieler Hinsicht demagogisch übertrieben, sind Pastoras Vorwürfe nicht von der Hand zu weisen. Sie beschreiben zumindest den Weg, auf den sich die sandinistische Junta mit ihren mechanischen, von Verschwörungstheorien geprägten Reaktionen auf die innere und äußere Konterrevolution begeben hat.

Regierungen und der „Sozialistischen Internationale" zu den regierenden Kommandanten begrenzt. Pastora hatte während der Revolution zu den „Terceristas", den Verfechtern eines dritten, blockfreien Weges unter den Sandinisten gehört. Er wird jetzt diese Kontakte wiederzubeleben versuchen. Viel Erfolg kann man ihm fürs erste nicht prohpezeien.



Robert Havemann: Unterstützt den „Berliner Appell"!

Den nachfolgenden Aufruf „an unsere Friedensfreunde im Westen" zur Unterstützung der Friedensbewegung in der DDR richtete Robert Havemann kurz vor seinem Tode an einige westliche Zeitungen.

*

„Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten ..."

So lautet die erste These des von Pfarrer Eppelmann initiierten „Berliner Appells". Pfarrer Eppelmann ist in der DDR schon seit längerem durch die „Blues-Messen" bekannt, die er gemeinsam mit anderen kirchlichen Mitarbeitern organisiert. Tausende von Jugendlichen aus dem Gesamtgebiet der DDR kommen seit zwei Jahren regelmäßig nach Berlin, um an ihnen teilzunehmen. Weil sich in diesen Jugendgottesdiensten auch die Friedenssehnsucht und der Antimilitarismus der Jugend in dem durch die Kirche noch gesicherten Freiraum artikulieren können, ohne von staatlichen Organen und Parteiinstanzen gegängelt zu werden, waren sie der erste bedeutende Schritt zu einer freien Friedensbewegung in der DDR.

Nach anfänglichen Versuchen der staatlichen Stellen, diese Gottesdienste zu verhindern, wobei ein starker Druck auf die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg ausgeübt wurde, hat man sich schließlich doch bereit gefunden, auch diese Gottesdienste zu tolerieren. Man kann eben nicht jeden Tag in allen Medien der DDR über die großen Erfolge der vielen Friedensinitiativen in den westlichen Staaten und besonders in der BRD mit geradezu überschwenglichem Lob berichten und gleichzeitig jeden Keim einer Friedensbewegung im eigenen Land mit Brachialgewalt unterdrücken. Dies Einlenken der staatlichen Organe war vernünftig und zeugte von einer echten Bereitschaft zur Verantwortung für die Entwicklung und Stärkung der Friedenskräfte in Deutschland.

Auch die Durchführung des von Stephan Hermlin organisierten Friedenstreffens der Schriftsteller in Ost-Berlin ... lag auf dieser Linie.

Aber man erinnere sich, was damals alles innerhalb von 24 Stunden zwischen dem 11. und 12. Dezember geschah: Eben war das Treffen am 11. Dezember eröffnet, da kam am 12. die niederschmetternde Nachricht von der Errichtung des Kriegszustandes in Polen und der massenweisen Internierung von Schriftstellern und Funktionären und Mitgliedern der Gewerkschaft „Solidarität".

Es ist erstaunlich, wie relativ schwach die Schriftsteller – mit wenigen Ausnahmen – auf dieses Ereignis reagierten. Es mußte doch eigentlich allen klar sein, daß mit der Errichtung des Militärregimes in Polen der Friedensbewegung in Westeuropa und besonders auch in der Bundesrepublik enormer Schaden zugefügt wurde. (...)

Am selben Abend jenes denkwürdigen 12. Dezember 81 verabschiedete sich Kanzler Helmut Schmidt von Erich Honecker in Güstrow, wobei die Umstände dieses Abschieds, noch am gleichen Abend über die Stationen des westdeutschen Fernsehens auch in der DDR verbreitet, dem Namen dieses mecklenburgischen Städtchens einen politischen Sinn angehängt haben, der nicht so schnell in Vergessenheit geraten dürfte.

Eins aber, wenn vielleicht auch nicht beabsichtigt, wurde durch das Schriftstellertreffen bewirkt: Die Forderung nach einer unabhängigen DDR-Friedensbewegung analog der westdeutschen war auf die Tagesordnung gesetzt. Der „Berliner Appell" des Pfarrers Eppelmann, in gewisser Weise ein Pendant zum Krefelder Appell der BRD, war der konsequente nächste Schritt. Heute kann man sagen: Die freie Friedensbewegung in der DDR ist tatsächlich Wirklichkeit geworden. Sie hat ihren, hoffentlich, unaufhaltsamen Lauf angetreten. Die Unterschriftensammlung, zu der Pfarrer Eppelmann aufrief, ist innerhalb der ganzen DDR weiter in vollem Gange.

Die erste Reaktion der DDR-Obrigkeit auf den „Berliner Appell" war – wie bei den Blues-Messen – schroff feindselig. Rainer Eppelmann wurde verhaftet, nach 24 Stunden Haftbefehl erlassen und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Schon vor der Festnahme Eppelmanns wurden die Genossen in den Ministerien von den eingeleiteten Maßnahmen gegen Eppelmann durch ein persönliches Telegramm Erich Honeckers unterrichtet, ein Vorgang, der bisher einmalig in der DDR ist. Es hieß darin: Um die Genossen schon zu informieren, bevor sie durch die westlichen Massenmedien davon erfahren.

Aber bereits am nächsten Tag, bevor irgendein westliches Medium auch nur das Geringste über Eppelmanns Verhaftung berichtet hatte, ließ der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren wieder einstellen ... Aber auf die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg wurde ein sehr starker Druck ausgeübt, sie solle sich nicht nur nicht mit dem Appell identifizieren, sondern in einem Rundschreiben von der Sammlung von Unterschriften abraten.

Das Rundschreiben der Kirchenleitung nimmt zunächst sehr positiv zu dem Appell Stellung. „Der Appell wirft eine Reihe von Fragen auf, die im Gespräch über die christliche Friedensverantwortung ihren Ort haben. Alle Synoden des Bundes haben zu einer Reihe von diesen Fragen Stellung genommen. Viele Aussagen des Appells gehören in dieses Gespräch." Aber dann heißt es: „Genauer als in dem Appell muß die politische und militärische Konstellation bedacht werden. Er zeichnet zugleich ein Zerrbild der politisch Verantwortlichen. Er arbeitet mit Unterstellungen, für die es in der Nachfolge Jesu Christi keinen Raum geben darf. Die Kirchenleitung rät nachdrücklich von einer Sammlung von Unterschriften ab", und zwar, wie es dann weiter heißt, „weil dadurch Mißverständnisse und Gefährdungen hervorgerufen werden, die das notwendige sachliche Gespräch nicht fördern".

Wenn man diese Sätze liest, die noch dazu ohne jede konkrete Begründung in einer Sprache formuliert sind, die in ihrer Grobheit und Härte mehr ist als nur ein formaler Stilbruch, dann möchte man fast einen Schrecken bekommen. Aber ich denke, diese Formulierungen sind zustandgekommen, als noch nicht allen Beteiligten klargeworden war, daß man mit dem „Berliner Appell" in dieser Weise nicht verfahren kann, ohne sich um jede Glaubwürdigkeit in der internationalen Arena der Friedensbewegung zu bringen.

Der „Berliner Appell" ist keine staatsfeindliche Hetze, er ist keine „Plattform" zur Vorbereitung eines politischen Umsturzes. Er ist – man möchte sagen – von alledem das Gegenteil. (...)

Aus: DIE GRÜNEN, Ausgabe 14, 3. April 1982



Zimbabwe: Landreform, Ersatzlösung oder was sonst? Teil II

Von Thomas Frank

Der erste Teil dieser Untersuchung, den wir in der letzten KVZ, S. 8 f. abgedruckt hatten, befaßte sich vor allem mit der Entwicklung der Landwirtschaft unter der Herrschaft der weißen Siedler sowie mit Reformvorschlägen aus dieser Zeit. – Die nachfolgende Fortsetzung vermittelt nun einen Eindruck von der aktuellen Lage der schwarzen Landbevölkerung und von den Schwierigkeiten bei der Durchsetzung einer gerechteren Bodenverteilung. Berichtet wird auch über die außerordentlichen Probleme, die sich der ZANU-Führung dabei stellen, und über die Gefahr, daß die Bauern, einst leidenschaftlichste Träger des Befreiungskampfes, die Initiative verlieren.



Vorweg: Zu bedenken ist hier nicht nur der Lancaster-Kompromiß, sondern auch die besondere Struktur der Siedlergesellschaft: Weil die weißen Arbeiter und Farmer ein Interesse an der einseitigen Unabhängigkeit hatten, um ihre rassistischen Privilegien zu sichern, kann eine Landreform überhaupt nicht für sich gesehen werden. Eine Enteignung der Farmer würde gleichzeitig das qualifizierte weiße Personal der Städte aus dem Land treiben. Was sich jetzt nach und nach verzieht, wäre in einem solchen Falle womöglich konzentriert ausgewandert mit katastrophalen Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft. Das spricht nicht gegen eine Landreform, bedeutet aber, daß sie in einer Weise durchgeführt werden muß, die keine allzu plötzliche Fluchtbewegung auslöst.

Zum anderen hat die weiße Farmwirtschaft zum Teil eine hohe Produktivität entwickelt, die unbedingt beibehalten werden muß. 1980 machte die landwirtschaftliche Produktion 13% des Bruttosozialprodukts aus. Mit 42% Anteil am Export sind landwirtschaftliche Produkte die zweitwichtigsten Devisenbringer. Innerhalb der SADCC, in der sich neun Länder des südlichen Afrika zusammengeschlossen haben, um einen gemeinsamen Markt zu bilden, ist Zimbabwe für ein Ernährungssicherstellungsprogramm verantwortlich. In seiner Neujahrsansprache 1980 nach Abschluß des Lancaster-Abkommens erklärte Mugabe das Jahr zum „Jahr der Volksmacht", „1. weil ZANU als regierende Kraft die beständige Forderung des Volkes nach Land erfüllen wird, ebenso wie es mit den nötigen organisatorischen und technischen Mitteln für eine produktive Landwirtschaft auszurüsten ist. ZANU weiß um die hervorragende Rolle, die die Bauern in der bewaffneten Revolution gespielt haben, und wird alles zu Ermöglichende tun, um die Wünsche der Bauern zu befriedigen, während sie weiterhin helfen wird, eine kollektive Landwirtschaft zu entwickeln. ZANU wird auch den privaten Sektor der Landwirtschaft unterstützen."

Im ZANU-Wahlmanifest versprach die ZANU, soviel Land wie nötig für die Bauernschaft ohne oder mit schlechtem Land anzukaufen; auf dem erworbenen Land kollektive Dörfer und kollektive Landwirtschaft zu fördern; sicherzustellen, daß das für das Notprogramm genutzte Land aus folgenden Kategorien des prviaten Sektors kommt: a) ungenutztes oder verlassenes Land, b) untergenutztes Land, c) Land von abwesenden Eigentümern. Weiterhin werde der Staat große Farmen einrichten, um die Produktion bestimmter Schlüsselprodukte in großem Maßstab zu sichern; der private Sektor der Landwirtschaft werde weiterbestehen, aber beschränkt auf effiziente Farmer. Die Produkte dieses Sektors müssen nicht nur auf den lokalen Markt abgestimmt sein, sondern auch und hauptsächlich auf den internationalen Markt; die Arbeitsbedingungen der Farmarbeiter würden eines der Hauptanliegen des Staates sein, sowohl in bezug auf ihre Erträglichkeit als auch auf die Möglichkeit, Qualifikationen zu erwerben.

Ersichtlich wird hier nicht, was durch den Lancaster-Kompromiß erzwungene taktische Schritte und was die Vorstellungen der ZANU über das Ergebnis einer Landreform sind. In seiner Neujahrsansprache ein Jahr später geht Mugabe auf das abgegebene Versprechen, denen, die Land brauchen, Land zu geben, nicht mehr ein. Gemessen an dem oben zitierten Punkt 1 hätte das Jahr der Volksmacht zur kompletten Pleite erklärt werden müssen. 1500 Familien waren zu dem Zeitpunkt nach dem Umsiedlungsprogramm auf angekauften Farmen angesiedelt worden.

Im Frühjahr 1981 werden zwei wichtige Dokumente veröffentlich: das die Regierungspolitik grundsätzlich erläuternde Papier „Wachstum und Gleichheit" und nach der „Konferenz über Wiederaufbau und Entwicklung" die Konferenzdokumente, im folgenden Zimcord-Dokumente.

In „Wachstums und Gleichheit" verspricht die Regierung: „Ein Programm der Landreform ... Mobilisierung von Ressourcen, sowohl interne als auch externe, um die Landreform und Entwicklungsprogramme zu finanzieren ... Einrichtung und Förderung einer Reihe von Produktionssystemen entsprechend unterschiedlichen Bedingungen, namentlich: a) gemeinsame Landwirtschaft und Kooperativen, b) private Familien und gemeinsame Farmen in unterschiedlichen Größen und c) Staatsfarmen ..." In den Zimcord-Dokumenten werden dann eine Reihe von Projekten festgelegt, die durch die Hilfe der Spenderstaaten finanziert werden sollen. Das betrifft Infrastrukturmaßnahmen, alle Bereiche der Wirtschaft und das Umsiedlungsprogramm. In bezug auf das Umsiedlungsprogramm werden drei Modell vorgestellt: „a) Dorfsiedlung mit individuellen Ackerstücken und kommunalem Weideland, b) Siedlungen mit kommunalem Leben und kooperativer Landwirtschaft, c) individuelles Ackerland mit kommunalem Weideland und einem Kernstück Land, das auf kommunaler Basis bearbeitet wird". Gewicht wird in den Zimcord-Dokumenten auf die auch in „Wachstum und Gleichheit" angesprochenen Wachstumspunkte in den ländlichen Gebieten gelegt. 1,3 Mrd. Dollar wurden auf der Zimcord-Konferenz an Entwicklungshilfe versprochen, davon 103,5 Millionen für das Umsiedlungsprogramm. Roger Riddell schätzt, daß die schlechtesten 75% des weißen Farmlandes nach Preisen von 1980 733 Millionen Dollar kosten würden und der Rest noch einmal das gleiche.

In seiner Neujahrsbotschaft 1982 geht Mugabe nicht sehr konkret auf das Landproblem ein. Er stellt fest, daß der größte Teil immer noch angeschafft werden müßte. In seiner Aufgabenstellung für 1982 heißt es: „1. daß weiteres Land vom kommerziellen Sektor 1982 erworben werden muß für die Vergabe an Bauern auf einer geplanten geographischen, systematischen und wissenschaftlichen Basis, einschließlich der Schaffung weiterer landwirtschaftlicher Kooperativen; 2. daß der Staat wie folgt in allen Bereichen der Ökonomie teilhaben soll: a) in der Landwirtschaft, durch Staatsfarmen und landwirtschaftliche Forschungsinstitute ..."

Bisherige Veränderungen

Bis Februar 1982 waren 5844 Familien umgesiedelt, davon 954 in Kooperativen. Legt man das hierzu gekaufte Land auf die Familien um, kommt eine Durchschnittsgröße von 55 ha heraus. Jede Familie bekommt 0,25 ha für ein Haus und um die 5 ha für Ackerbau zur Verfügung gestellt. Außerdem bekommt sie Weiderechte für 4 – 10 Stück Vieh. Das Land gehört dem Staat und wird an die Bauern unter gewissen Auflagen vergeben, es muß z.B. tatsächlich bearbeitet werden. Im Januar verkündet der Minister für Umsiedlung und ländliche Entwicklung, die Regierung werde in den nächsten drei Jahren 162000 Familien umsiedeln, das wäre neunmal mehr, als mit den von der Zimcord-Konferenz für konkrete Projekte versprochenen Geldern finanziert werden könnte, und fünfmal mehr, als für Umsiedlung insgesamt vorgesehen ist.

Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und der Bedingungen in den kommunalen Gebieten (dem früheren afrikanischen Stammesland) sind angelaufen. In den nächsten drei Jahren soll erreicht werden, daß niemand mehr als vier Kilometer entfernt von einem Telefon wohnt. Bewässerungssysteme werden über das ganze Land geschaffen. Die Ausbildung der Bauern wird über verschiedene Programme verbessert. Demnächst soll eine Kampagne gegen das Analphabetentum starten. Die Bauern haben jetzt leichteren Zugang zu Krediten, auch die Vermarktung ihrer Produkte ist ihnen erleichtert worden.

Sie werden zur Kooperation in verschiedenen Bereichen ermutigt. Es gibt auch einige Produktionsgenossenschaften von Ex-Guerillas, wenngleich nahezu ohne Beteiligung lokaler Bauern und aufs ganze gesehen noch ohne große Bedeutung.

Für die Farmarbeiter wurde erst im Dezember der Mindestlohn erneut angehoben, um 66% auf 50 Dollar monatlich. Die Regierung übernimmt die Farmschulen, um den Kindern eine wirkliche Schulbildung zu ermöglichen. Auch das Land, auf dem die Siedlungen der Farmarbeiter stehen, will die Regierung aufkaufen. Durch, wo eben möglich, Zusammenfassung der Siedlungen will die Regierung ihre Entwicklung realisieren. Auch verbesserter Hausbau und verbesserte sanitäre Bedingungen werden dadurch sicherlich ermöglicht. Die Farmarbeiter werden ermutigt, auf ihren immer noch spärlichen Rechten zu bestehen, insbesondere was den Mindestlohn angeht, der von einer ganzen Reihe von Farmern mit verschiedenen Begründungen nicht gezahlt wird.

Umsiedlung oder Landreform?

Ist das Umsiedlungsprogramm die Landreform oder ist es das gegenwärtig Machbare, um die Zeit des Lancaster-Abkommens zu überbrücken. Dazu will ich zunächst die Frage erörtern, ob es als Landreform ausreichend wäre. Zur Unabhängigkeit waren 780000 Familien im afrikanischen Stammesland. Es wird geschätzt, daß auf dem Land 325000 Familien wirtschaften könnten: Vorausgesetzt, daß die 235000 Familien, die zum Teil vom Einkommen eines Lohnarbeiters aus der Familie abhängen, ganz von diesem Lohn ernährt werden könnten (was ein Ziel der Regierungspolitik ist) bleiben 219000 Familien umzusiedeln. In den nächsten drei Jahren will die Regierung noch 162000 Familien umsiedeln. Mit den Zimcord-Geldern kann die Regierung die Umsiedlung von ca. 34000 Familien bezahlen, vorausgesetzt das Geld gelangt in dieser Zeit über die bürokratischen und sonstigen Hindernisse. Die britische Regierung läßt zum Beispiel alles Land von einem eingeflogenen Team untersuchen, bevor sie zugesagtes Geld für ein Umsiedlungsschema überweist. Vorausgesetzt, alles läuft nach Plan, wären nach drei Jahren immer noch 57000 Familien ohne Land. Damit würde der kommunale Boden 17% mehr zu tragen haben als er kann. Und dieses „kann" bezieht sich auf ein angestrebtes Einkommen von jährlich 400 Dollar für alle Bauern.

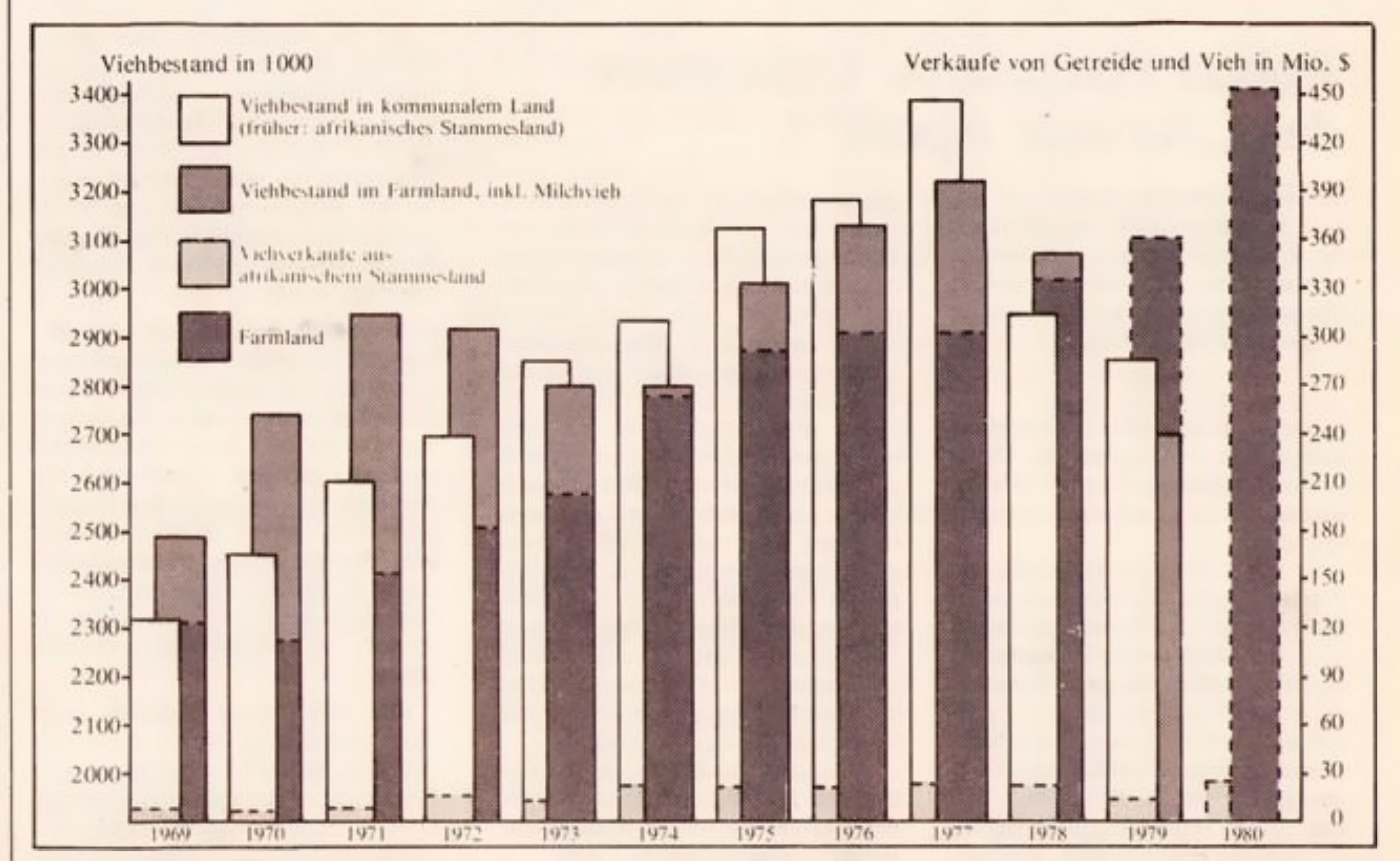
In den Zimcord-Dokumenten werden ferner Wachstumspunkte in den ländlichen Gebieten eingeplant, die eine große Anzahl Arbeitskräfte absorbieren sollen. Wie auch immer, diese Wachstumspunkte werden kurzfristig kaum einen größeren Effekt haben. Doch nehmen wir den günstigsten Fall an, dann hieße das, daß ca. 170000 Familien auf ehemals weißen Farmland angesiedelt waren. Die bisherige Durchschnittsgröße genommen, würde das heißen, daß dazu 9,4 Millionen ha angekauft worden wären. Angenommen, es gäbe dann immer noch die 5400 weißen Farmen, bliebe für diese eine Durchschnittsgröße von 1148 ha. Das wäre noch mehr als zehnmal soviel Land für die weißen Farmen, als sie 1976 unter dem Pflug hatten.

Das beste Farmland dürfte danach weiterhin bei den weißen Farmen zu finden sein. Von dem Land, das für die ersten 1500 Familien aufgekauft worden war, fallen 66% in die Kategorien IV und V, das heißt geeignet ist das Land für halbintensive und extensive Viehzucht. Gleichzeitig hat die Regierung versichert, daß nicht alle Farmgegenden in Umsiedlungsprogrammen erfaßt werden, sondern nur diejenigen, die an überbevölkerte Gebiete grenzen. Das sichert, wie aus den Karten zu sehen ist, den weißen Farmern gutes Land.

In diesem günstigen Fall gäbe es also hunderttausende afrikanische Bauern mit einem Jahreseinkommen von ca. 400 Dollar und eine kapitalistische Farm- und Plantagenwirtschaft, die in ihrem weiteren Aufblühen beschränkt wäre nur durch garantierte Mindestbedingungen für die Arbeiter und die Unmöglichkeit, einmal im Umsiedlungsprogramm verteiltes Land aufzukaufen. Trotz der Kreditverstrickungen, in die die afrikanischen Bauern wahrscheinlich in kurzer Zeit geraten, ist ein solcher Zustand wohl für einige Zeit haltbar: Die kapitalistische Farmwirtschaft wird ermutigt, für den Export zu produzieren, den afrikanischen Bauern wird ein Markt garantiert. Da der Staat die Preise festsetzt und in den Vertrieb verwickelt ist, hat er ziemlich direkte Einflußmöglichkeiten.

Doch gegen diese günstigste Annahme gibt es gewichtige Einwände: Alle Pläne gehen von einem realen jährlichen Wachstum des Bruttosozialproduktes von 8% aus, für dieses Jahr werden aber nur noch 6% erwartet. Für den Fall von 8% Wachstum rechnet das Zimcord-Dokument mit jährlich 85000 neuen Stellen. 187500 junge Menschen kommen aber jedes Jahr ins arbeitsfähige Alter. Dies läßt ernsthaft bezweifeln, ob in absehbarer Zeit erreicht werden kann, daß die 235000 Familien, die gegenwärtig zum Teil von einem Lohneinkommen abhängig sind, es gänzlich werden.

Weiter: Mehr als das Fünffache der Zimcord-Gelder müßte aufgebracht werden, um das Umsiedlungsprogramm zu finanzieren. Zimcord ist allgemein erfolgreicher als erwartet eingeschätzt worden. Insbesondere in der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage dürften sich kaum mehr Geber finden lassen. Lord Carrington hat jedenfalls im Februar in Zimbabwe klargestellt, daß von der englischen Regierung mehr Geld nicht zu erwarten sei. Ein Vorstoß gegen das Lancaster-Abkommen aber würde alle zugesagten Gelder auch gefährden und ist im Augenblick kaum denkbar.



Schwierigkeiten mit dem Umsiedlungsprogramm

Auch von anderen Seiten stehen dem Umsiedlungsprogramm eine Reihe Schwierigkeiten und Hindernisse entgegen: Die mit der Landwirtschaft befaßten staatlichen Behörden und Gesellschaften haben bei den afrikanischen Bauern einen schlechten Namen und genießen kaum Vertrauen. Sie

Fortsetzung Seite 9

ben. Was sich jetzt nach und nach verzieht, wäre in einem solchen Falle womöglich konzentriert ausgewandert mit katastrophalen Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft. Das spricht nicht gegen eine Landreform, bedeutet aber, daß sie in einer Weise durchgeführt werden muß, die keine allzu plötzliche Fluchtbewegung auslöst.
Zum anderen hat die weiße Farmwirtschaft zum Teil eine hohe Produktivität entwickelt, die unbedingt beibehalten werden muß. 1980 machte die landwirtschaftliche Produktion 13% des Bruttosozialprodukts aus. Mit 42% Anteil am Export sind landwirtschaftliche Produkte die zweitwichtigsten Devisenbringer. Innerhalb der SADCC, in der sich neun Länder des südlichen Afrika zusammengeschlossen haben, um einen gemeinsamen Markt zu bilden, ist Zimbabwe für ein Ernährungssicherstellungsprogramm verantwortlich. In seiner Neujahrsansprache 1980 nach Abschluß des Lancaster-Abkommens erklärte Mugabe das Jahr zum „Jahr der Volksmacht", „1. weil ZANU als regierende Kraft die beständige Forderung des Volkes nach Land erfüllen wird, ebenso wie es mit den nötigen organisatorischen und technischen Mitteln für eine produktive Landwirtschaft auszurüsten ist. ZANU weiß um die hervorragende Rolle, die die Bauern in der bewaffneten Re-
Regierungspolitik grundsätzlich erläuternde Papier „Wachstum und Gleichheit" und nach der „Konferenz über Wiederaufbau und Entwicklung" die Konferenzdokumente, im folgenden Zimcord-Dokumente.
In „Wachstums und Gleichheit" verspricht die Regierung: „Ein Programm der Landreform ... Mobilisierung von Ressourcen, sowohl interne als auch externe, um die Landreform und Entwicklungsprogramme zu finanzieren ... Einrichtung und Förderung einer Reihe von Produktionssystemen entsprechend unterschiedlichen Bedingungen, namentlich: a) gemeinsame Landwirtschaft und Kooperativen, b) private Familien und gemeinsame Farmen in unterschiedlichen Größen und c) Staatsfarmen ..." In den Zimcord-Dokumenten werden dann eine Reihe von Projekten festgelegt, die durch die Hilfe der Spenderstaaten finanziert werden sollen. Das betrifft Infrastrukturmaßnahmen, alle Bereiche der Wirtschaft und das Umsiedlungsprogramm. In bezug auf das Umsiedlungsprogramm werden drei Modell vorgestellt: „a) Dorfsiedlung mit individuellen Ackerstücken und kommunalem Weideland, b) Siedlungen mit kommunalem Leben und kooperativer Landwirtschaft, c) individuelles Ackerland mit kommunalem Weideland und einem Kernstück Land, das auf kommu-
dern finanziert werden könnte, und fünfmal mehr, als für Umsiedlung insgesamt vorgesehen ist.
Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und der Bedingungen in den kommunalen Gebieten (dem früheren afrikanischen Stammesland) sind angelaufen. In den nächsten drei Jahren soll erreicht werden, daß niemand mehr als vier Kilometer entfernt von einem Telefon wohnt. Bewässerungssysteme werden über das ganze Land geschaffen. Die Ausbildung der Bauern wird über verschiedene Programme verbessert. Demnächst soll eine Kampagne gegen das Analphabetentum starten. Die Bauern haben jetzt leichteren Zugang zu Krediten, auch die Vermarktung ihrer Produkte ist ihnen erleichtert worden.
Sie werden zur Kooperation in verschiedenen Bereichen ermutigt. Es gibt auch einige Produktionsgenossenschaften von Ex-Guerillas, wenngleich nahezu ohne Beteiligung lokaler Bauern und aufs ganze gesehen noch ohne große Bedeutung.
Für die Farmarbeiter wurde erst im Dezember der Mindestlohn erneut angehoben, um 66% auf 50 Dollar monatlich. Die Regierung übernimmt die Farmschulen, um den Kindern eine wirkliche Schulbildung zu ermögli-
Familien im afrikanischen Stammesland. Es wird geschätzt, daß auf dem Land 325000 Familien wirtschaften könnten: Vorausgesetzt, daß die 235000 Familien, die zum Teil vom Einkommen eines Lohnarbeiters aus der Familie abhängen, ganz von diesem Lohn ernährt werden könnten (was ein Ziel der Regierungspolitik ist) bleiben 219000 Familien umzusiedeln. In den nächsten drei Jahren will die Regierung noch 162000 Familien umsiedeln. Mit den Zimcord-Geldern kann die Regierung die Umsiedlung von ca. 34000 Familien bezahlen, vorausgesetzt das Geld gelangt in dieser Zeit über die bürokratischen und sonstigen Hindernisse. Die britische Regierung läßt zum Beispiel alles Land von einem eingeflogenen Team untersuchen, bevor sie zugesagtes Geld für ein Umsiedlungsschema überweist. Vorausgesetzt, alles läuft nach Plan, wären nach drei Jahren immer noch 57000 Familien ohne Land. Damit würde der kommunale Boden 17% mehr zu tragen haben als er kann. Und dieses „kann" bezieht sich auf ein angestrebtes Einkommen von jährlich 400 Dollar für alle Bauern.
In den Zimcord-Dokumenten werden ferner Wachstumspunkte in den ländlichen Gebieten eingeplant, die ei-
Vertrieb verwickelt ist, hat er ziemlich direkte Einflußmöglichkeiten.
Doch gegen diese günstigste Annahme gibt es gewichtige Einwände: Alle Pläne gehen von einem realen jährlichen Wachstum des Bruttosozialproduktes von 8% aus, für dieses Jahr werden aber nur noch 6% erwartet. Für den Fall von 8% Wachstum rechnet das Zimcord-Dokument mit jährlich 85000 neuen Stellen. 187500 junge Menschen kommen aber jedes Jahr ins arbeitsfähige Alter. Dies läßt ernsthaft bezweifeln, ob in absehbarer Zeit erreicht werden kann, daß die 235000 Familien, die gegenwärtig zum Teil von einem Lohneinkommen abhängig sind, es gänzlich werden.
Weiter: Mehr als das Fünffache der Zimcord-Gelder müßte aufgebracht werden, um das Umsiedlungsprogramm zu finanzieren. Zimcord ist allgemein erfolgreicher als erwartet eingeschätzt worden. Insbesondere in der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage dürften sich kaum mehr Geber finden lassen. Lord Carrington hat jedenfalls im Februar in Zimbabwe klargestellt, daß von der englischen Regierung mehr Geld nicht zu erwarten sei. Ein Vorstoß gegen das Lancaster-Abkommen aber würde alle zugesagten Gelder auch gefährden und ist im Augenblick kaum denkbar.

heh. Es ist wenig bekannt, daß 14% aller Entwicklungshilfe der reichen kapitalistischen Länder (1977) aus Nahrungsmittelhilfe bestand. Bei den USA war der Anteil sogar 32%. Ebenso wie im Weltgetreidehandel ist die Stellung der USA in der internationalen Nahrungshilfe absolut vorherrschend, auch wenn inzwischen andere Überschußproduzenten, wie die EG, große Mengen Nahrungsmittelhilfe vergeben.

Prozentualer Anteil an aller Nahrungsmittelhilfe

	1963	1975
USA	96%	58%
Kanada	4%	13%
EG		20%
Andere		9%

Die Weizenwaffe in Aktion

Nahrungsmittelhilfe als internationales Druckmittel

Für sechs Milliarden Dollar lieferten die USA während des 2. Weltkrieges Lebensmittel an ihre europäischen Verbündeten. Hohe (staatlich garantierte) Erzeugerpreise begleitet von einer technologischen Revolution in der Landwirtschaft kurbelten die Nahrungsmittelproduktion an. Die hohe Nachfrage wurde nach Kriegsende zunächst durch die Lieferungen unter dem Marshallplan an die vom Krieg verwüsteten europäischen Länder aufrechterhalten, anschließend durch den Korea-Krieg. Als Anfang der 50er Jahre jedoch die Getreideüberschüsse mit jeder Ernte hochschnellten, verabschiedete 1954 der Kongreß das Gesetz PL 480, mit dessen Hilfe die Nahrungsmittelexporte der USA von 449 Mio. Dollar (1952) auf 1,9 Milliarden Dollar gesteigert werden konnten.

Die Getreideüberschüsse bedeuteten für die USA ein doppeltes Dilemma: Ihre Lagerung kostete die Regierung ungeheure Summen. Würde man dagegen versuchen, das Getreide um jeden Preis auf dem Weltmarkt loszuwerden, würde das Überangebot die Preise ruinieren.

Die Lösung des Problems lag in einem Hilfsprogramm, mit dessen Hilfe man sich der Überschüsse entledigte, ohne den Markt zu verderben und mit dem man gleichzeitig neue Märkte erschloß. Mit der Nahrungsmittelhilfe ging oft eine Änderung der Eßgewohnheiten einher. Viele Länder, in denen bis dahin hauptsächlich andere Getreidesorten konsumiert wurden (Reis, Hirse, Sorghum etc.), steigerten den Weizenkonsum enorm. Und in vielen Entwicklungsländern wurden die Regierungen durch die relativ billigen Weizenangebote der USA davon abgehalten, die notwendigen Investitionen und Anstrengungen zu unternehmen, um die nationale Getreideproduktion zu steigern. Bitter rächte sich dies, als die Getreidepreise auf dem Weltmarkt stiegen und die USA nur noch Bezahlung in Dollars akzeptierten.

Das Gesetz PL 480 enthält drei Titel (Abschnitte):

Titel 1 ermächtigt den US-Präsidenten, Lebensmittel zu der Währung des



Empfängerlandes zu verkaufen, und die Erlöse für Entwicklungshilfe, die Entwicklung neuer Märkte für die US-Landwirtschaft, die Versorgung der Empfängerländer mit Militärgütern, den Ankauf von strategischen Gütern für die USA usw. zu verwenden.

Titel 2 regelt Nahrungsmittelhilfe als Hilfeleistung ohne Bezahlung und

Titel 3 regelt die Vergabe von Lebensmitteln an nicht staatliche Hilfsorganisationen wie CARE zur Verteilung in den USA oder im Ausland.

War am Anfang der Gesichtspunkt der Beseitigung der Getreideüberschüsse absolut vorherrschend, so trat in den folgenden Jahren der Gesichtspunkt der Nahrungsmittelhilfe als eines wirksamen Instrumentes amerikanischer Außenpolitik immer mehr in den Vordergrund. Eine Reihe von Entwicklungen trugen dazu bei.

1961 war die Kennedy-Administration mit dem größten Getreideüberschuß aller Zeiten konfrontiert, 115 Mio. Tonnen. Zugleich stiegen die Bestände an Währung vieler Entwicklungsländer, die aus dem Verkauf unter dem Gesetz PL 480 verdient worden waren, so an, daß sie nicht vor dem Jahr 2000 von den USA verbraucht werden konnten.

Dies führte einmal zu einer Änderung der amerikanischen Agrarpolitik. Es wurden sowohl die hohen Erzeugerpreise gekürzt, als auch Prämien an die Farmer gezahlt, wenn sie einen Teil ihres Landes brach liegen ließen.

J.F. Kennedy war es dann auch, der 1961 ein Büro „Food for Peace" (Nahrung für Frieden) einrichtete und der die amerikanische Nahrungsmittelhilfe als ein Instrument zur Verfolgung der außenpolitischen Interessen definierte. 1966 wird das Gesetz PL 480 überarbeitet und Nahrungsmittelhilfe an alle Länder untersagt, die Handel mit Kuba oder Nordvietnam betreiben. Die Nahrungsmittelhilfe für Südvietnam unter Titel 1 stieg von 1972 88 Mio. Dollar bis 1974 auf 459 Mio. Dollar. Präsident Nixon nutzte das Gesetz, um die wachsende Opposition gegen den Indochinakrieg zu umgehen, die sich auch im Kongreß niederschlug, der sich der Bewilligung von Militärhilfe an Südvietnam widersetzte. Die Nahrungsmittelhilfe hatte den Vorteil, nicht vom Kongreß genehmigt werden zu müssen. 69% der Hilfe unter Titel 1 ging 1974, d.h. auf dem Höhepunkt der Welternährungskrise, alleine an Südvietnam und Kambodscha. Die Erlöse in lokaler Währung wurden für Waffenkäufe und Bezahlung der Söldnerarmeen verwandt. Zwar verabschiedete der Kongreß 1973 einen Zusatz, der die Verwendung der Erlöse für militärische Zwecke der Zustimmung des Kongresses unterwarf. Dies blieb jedoch wirkungslos, da das Geld in das südvietnamesische Budget floß und damit weiterer Kontrolle entzogen war.

Der Indochinakrieg ist nur ein Beispiel der amerikanischen Politik, die Nahrungsmittelhilfe in ihr strategisches Konzept einzubeziehen. Das jüngste Beispiel dürfte die Streichung der Hilfe für Polen sein.

Die Vernachlässigung der Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern und Dürrekatastrophen in verschiedenen Teilen der Erde führten zu einer weltweiten Verknappung von Getreide. Erstmals trat die Sowjetunion als Großeinkäufer amerikanischen Getreides auf den Weltmarkt, während umgekehrt die Landwirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung, die Produktion zu bremsen und den Export zu fördern, seit Ende der 60er Jahre Früchte trug.

Erstmals stand die amerikanische Regierung vor der Situation, daß die Nachfrage nach amerikanischem Getreide größer war als das Angebot. Dies verstärkte die Tendenz nach politischer Auswahl der Empfänger und die nach Reorganisation des Getreidehandels. Die staatlichen Getreidereserven fielen von 7365 Mio. Litern auf 666 Mio. Liter, die aus der Produktion genommene Anbaufläche fiel von 8 Mio. ha auf Null und die Erzeugerpreise verdoppelten sich, ebenso wie die Menge des exportierten Getreides. Die Zahlung amerikanischen Getreides in lokaler Währung war schon seit 1971 nicht mehr akzeptiert.

1972 waren die Exporte, die unter dem Gesetz PL 480 finanziert wurden, 1,1 Mrd. Dollar wert, die kommerziellen Exporte 6,9 Mrd. 1975 waren die Exporte unter PL 480 immer noch 1,1 Mrd., die kommerziellen Exporte jedoch 21,8 Mrd. Obwohl in vielen Teilen der Welt Hungersnöte ausbrachen, ging der größte Teil der amerikanischen Nahrungsmittelhilfe zur Finanzierung des Krieges nach Indochina. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, das hauptsächlich von amerikanischen Getreidezuteilungen abhängt, mußte seine Hilfe von 1973 auf 1974 um 34% kürzen.

1977 wurde die Zahlung von Prämien für das Brachliegenlassen von Land wieder eingeführt. Die amerikanische Nahrungsmittelhilfe ist sowohl den außenpolitischen Interessen der Regierung als auch den ökonomischen Interessen der Nahrungsmittelkonzerne und der Farmer unterworfen, viel hängt von dem Umfang der vorhandenen Getreideüberschüsse ab.

In jedem Fall aber zeigt die Geschichte, daß die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und die Selbstversorgung der Länder der Dritten Welt unabdingbar ist für ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit.

Fortsetzung von Seite 8

Zimbabwe ...

sind zu einem großen Teil immer noch mit den alten rhodesischen Beamten besetzt. Diese Beamten sehen bei dem Umsiedlungsprogramm ihre Aufgabe durchaus schon mal darin, die weißen

beschränken, und die Bauern verlieren an Initiative. Und was ist mit den tausenden junger Kader, für die die Landfrage ein entscheidender Punkt in ihrer Politisierung und ihrer Motivation für den bewaffneten Kampf war?

Ihnen hilft eine Entpolitisierung von großen Teilen der Partei über die neue Taktik hinweg. Das Ansehen der „Jun-

Stadt und Land gegenwärtig ein fast aussichtsloses Unterfangen.

Mir scheint diese All-Klassen-Koalition sich auflösen zu müssen, ungeachtet der gegenwärtigen Anstrengungen, die Einheit zu betonen und zum Ein-Parteien-Staat zu kommen. Dabei wird die Entwicklung, wie gesagt, weniger

te der USA von 449 Mio. Dollar (1952) auf 1,9 Milliarden Dollar gesteigert werden konnten.

Die Getreideüberschüsse bedeuteten für die USA ein doppeltes Dilemma: Ihre Lagerung kostete die Regierung ungeheure Summen. Würde man dagegen versuchen, das Getreide um jeden Preis auf dem Weltmarkt loszuwerden, würde das Überangebot die Preise ruinieren.

Die Lösung des Problems lag in einem Hilfsprogramm, mit dessen Hilfe man sich der Überschüsse entledigte, ohne den Markt zu verderben und mit dem man gleichzeitig neue Märkte erschloß. Mit der Nahrungsmittelhilfe ging oft eine Änderung der Eßgewohnheiten einher. Viele Länder, in denen bis dahin hauptsächlich andere Getreidesorten konsumiert wurden (Reis, Hirse, Sorghum etc.), steigerten den Weizenkonsum enorm. Und in vielen Entwicklungsländern wurden die Regierungen durch die relativ billigen



Empfängerlandes zu verkaufen, und die Erlöse für Entwicklungshilfe, die Entwicklung neuer Märkte für die US-Landwirtschaft, die Versorgung der Empfängerländer mit Militärgütern, den Ankauf von strategischen Gütern für die USA usw. zu verwenden.

Titel 2 regelt Nahrungsmittelhilfe als Hilfeleistung ohne Bezahlung und

Titel 3 regelt die Vergabe von Lebensmitteln an nicht staatliche Hilfsorganisationen wie CARE zur Verteilung in den USA oder im Ausland.

War am Anfang der Gesichtspunkt der Beseitigung der Getreideüberschüsse

lungsländer, die aus dem Verkauf unter dem Gesetz PL 480 verdient worden waren, so an, daß sie nicht vor dem Jahr 2000 von den USA verbraucht werden konnten.

Dies führte einmal zu einer Änderung der amerikanischen Agrarpolitik. Es wurden sowohl die hohen Erzeugerpreise gekürzt, als auch Prämien an die Farmer gezahlt, wenn sie einen Teil ihres Landes brach liegen ließen.

J.F. Kennedy war es dann auch, der 1961 ein Büro „Food for Peace" (Nahrung für Frieden) einrichtete und der die amerikanische Nahrungsmittel-

Waffenkäufe und Bezahlung der Söldnerarmeen verwandt. Zwar verabschiedete der Kongreß 1973 einen Zusatz, der die Verwendung der Erlöse für militärische Zwecke der Zustimmung des Kongresses unterwarf. Dies blieb jedoch wirkungslos, da das Geld in das südvietnamesische Budget floß und damit weiterer Kontrolle entzogen war.

Der Indochinakrieg ist nur ein Beispiel der amerikanischen Politik, die Nahrungsmittelhilfe in ihr strategisches Konzept einzubeziehen. Das jüngste Beispiel dürfte die Streichung der Hilfe für Polen sein.

ging der größte Teil der amerikanischen Nahrungsmittelhilfe zur Finanzierung des Krieges nach Indochina. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, das hauptsächlich von amerikanischen Getreidezuteilungen abhängt, mußte seine Hilfe von 1973 auf 1974 um 34% kürzen.

1977 wurde die Zahlung von Prämien für das Brachliegenlassen von Land wieder eingeführt. Die amerikanische Nahrungsmittelhilfe ist sowohl den außenpolitischen Interessen der Regierung als auch den ökonomischen Interessen der Nahrungsmittelkonzerne und der Farmer unterworfen, viel hängt von dem Umfang der vorhandenen Getreideüberschüsse ab.

In jedem Fall aber zeigt die Geschichte, daß die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und die Selbstversorgung der Länder der Dritten Welt unabdingbar ist für ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit.

Fortsetzung von Seite 8

Zimbabwe ...

sind zu einem großen Teil immer noch mit den alten rhodesischen Beamten besetzt. Diese Beamten sehen bei dem Umsiedlungsprogramm ihre Aufgabe durchaus schon mal darin, die weißen Farmer zu beraten, wie sie den Verkauf verzögern und den höchsten Preis herausschinden können. Auch die Verbreitung von Kooperativen stößt auf Widerstände. Die Bauern stehen Kooperativen generell sehr skeptisch gegenüber, und das Personal der angesprochenen Stellen lehnt sie ab. Das geht soweit, daß ein afrikanischer Angestellter gegenüber der Riddell-Kommission seine Unterstützung für die Regierungsinitiativen in bezug auf Kooperativen nur zu äußern wagte, weil seine Vorgesetzten nicht dabei waren.

Diese bürokratischen Hindernisse nehmen den Bauern Initiative und werden wiederum begünstigt durch fehlende Initiative der Bauern: Es gibt keine auf das neue Land drängende Flut von Bauern; die Reglementierungen z.B. hinsichtlich der Beschränkung der Anzahl des Viehs sind den Bauern vom Smith-Regime her verhaßt und auch heute nicht verständlich angesichts der Tatsache, daß große Teile weissen Farmlandes immer noch brachliegen. Auch konnte sich die ZANU nach dem Lancaster-Abkommen nicht auf die während des Krieges aufgebauten Strukturen stützen, obwohl diese die Bauern in bisher nicht gekanntem Maße in die Politik einbezogen hatten. Stattdessen mußte sie die verfassungsmäßigen rhodesischen Strukturen übernehmen, die freilich reformiert wurden. Trotzdem hat das gebietsweise zum Austausch der örtlichen Führungskräfte zugunsten von Geschäftsleuten usw. geführt, und das ging gebietsweise auch nur über die Unterdrückung der örtlichen Bauernorgane, denen solches nicht einsichtig zu machen war.



Maisanbau nach Brandrodung

Die Vorstellungen der ZANU

Die ZANU ist auf diesen Kurs ohne wirkliche Diskussion eingeschwenkt. Es kann gar nicht anders sein, als daß sich in einer solchen All-Klassen-Koalition die verschiedensten Zukunftskonzeptionen entwickeln. Das Bestreben, die Einheit aufrechtzuerhalten, führt aber dazu, diese Fragen nicht offen zu diskutieren. Dabei gehört kein großes politisches Gespür dazu, widersprüchliche Aussagen auszumachen. In verschiedenen Papieren des Ministeriums für ökonomische Planung und Entwicklung, dessen Minister Chidzero jetzt auch das Finanziministerium übernommen hat, tauchen die jetzigen Vorgänge schlicht als Landreform auf. Auf der anderen Seite hat Zvobgo im letzten Jahr, zu dem Zeitpunkt noch Minister im innenpolitisch zentralen Ministerium für lokale Regierungen und Wohnen, in einem Interview gegenüber der Nachrichtenagentur in Mosambik erklärt, die Duldung der Landbesetzung durch die Regierung sei ein Weg, das Lancaster-Abkommen zu unterlaufen. Ohne an dieser Stelle darauf eingehen zu wollen, welche Klasseninteressen sich in welchen Persönlichkeiten wiederfinden könnten: Allein die politische Geschichte verschiedener Minister muß offensichtlich verschiedene Ansichten in der Regierung verbürgen: Chidzero z.B. war bei den Genfer Verhandlungen 1976 als ökonomischer Berater auch von Muzorewa und Nkomo geladen; der jetzige Landwirtschaftsminister (für die Farmwirtschaft) war Vorsitzender des rhodesischen Farmerverbandes.

Tatsächlich muß diese Situation eine moralische und politische Zerreißprobe für die revolutionäre ZANU sein, und das selbst für den Fall, daß die jetzige Politik, die in Teilen direkt deckungsgleich mit Muzorewas „Landreform" ist, als taktische Notwendigkeit in einen strategischen Rahmen klar ersichtlich eingeordnet wäre. Nicht daß die ZANU die Unterstützung der Bauern verlöre, das ist auf Jahre hinaus unwahrscheinlich, aber diese Unterstützung kann sich schnell aufs Wählen beschränken, und die Bauern verlieren an Initiative. Und was ist mit den tausenden junger Kader, für die die Landfrage ein entscheidender Punkt in ihrer Politisierung und ihrer Motivation für den bewaffneten Kampf war?

Ihnen hilft eine Entpolitisierung von großen Teilen der Partei über die neue Taktik hinweg. Das Ansehen der „Jungen und Mädchen aus dem Busch" dürfte heute bei Besuchen in den Heimatdörfern kaum noch dazu genutzt werden, für die Vorhaben der Regierung zur ländlichen Entwicklung zu werben. Es gibt keine in der öffentlichen Meinung fest verankerte Konzeption für die ländliche Entwicklung, auch wenn seit einiger Zeit verstärkt wieder für Kooperativen geworben wird.

Ein öffentliches Bewußtsein über die Entwicklung des Landes ist aber Voraussetzung für die einfachsten und beschränktesten Vorhaben. Das fängt damit an, daß Kader und Lehrer, die einmal Stadtluft geschnuppert haben, dafür gewonnen werden müssen, wieder aufs Land zu gehen – bei dem unvorstellbaren Widerspruch der Lage in Stadt und Land gegenwärtig ein fast aussichtsloses Unterfangen.

Mir scheint diese All-Klassen-Koalition sich auflösen zu müssen, ungeachtet der gegenwärtigen Anstrengungen, die Einheit zu betonen und zum Ein-Parteien-Staat zu kommen. Dabei wird die Entwicklung, wie gesagt, weniger über das Abfallen der Bauern von der ZANU gehen als vielmehr darüber, daß der Kreditverlust der ZANU als Partei des Volkes, der um so rascher fortschreitet, je schleppender die Landfrage gelöst wird, die Arbeiter weiter ermutigen wird, ihre Interessen selbständig und auch gegen die Regierung zur Geltung zu bringen. Dabei scheinen mir revolutionäre, gründliche Maßnahmen auch für die Lösung der Landfrage unverzichtbar. Daß vom kalten Blickwinkel der Geschichte alle gegenwärtigen Maßnahmen und Reformen fortschrittlich sind und in gewisser Weise eine Landreform auch erst möglich machen, ist dabei wohl unstrittig – strittig sein wird die Rolle der ZANU und welche Kräfte in ihr die Oberhand bekommen werden.



Und immer so weiter?

geh. Die Ex-Innenminister, der Bundes-, Höcherl (CSU), und der Landesinnenminister Krause (SPD), haben für den öffentlichen Dienst einen Schlichtungsspruch gefällt. Dem haben die Arbeitgeber- wie auch die Arbeitnehmervertreter zugestimmt. Danach sollen die Arbeiter und Angestellten ab dem 1.5.82 3,6% mehr Lohn und Gehalt erhalten. Für die Monate März und April wird keine Lohnerhöhung gezahlt, sondern eine Einmalzahlung von 40 DM. Die Laufzeit des Vertrages ist 12 Monate, bis Ende Februar 83. Arbeiter und Angestellte, die noch keine 30 Tage Urlaub haben, bekommen einen Tag mehr Urlaub. Am Donnerstag werden die Verhandlungen über diesen Schlichtungsspruch noch einmal aufgenommen. Da alle ÖTV-Vertreter und die öffentlichen Arbeitgeber dem Schlichtungsspruch zugestimmt haben, gilt die Annahme als wahrscheinlich.

Rechnet man das 40 DM-Pflästerchen mit ein, so liegt das Volumen der Lohnerhöhung aufs Jahr berechnet bei 3,15%. Gemessen an der 4,2%-Marke bei Metall und Druck, also um etwas mehr als 1% darunter. Langfristig ist der Abstand zur Industrieentwicklung jedoch 0,6%. Das Ergebnis bedeutet also doch ein „Sonderopfer" und liegt kurzfristig sogar über dem geplanten 1%-Abschlag, der ja, weil nur auf die Grundbeträge und -zuschläge bezogen, rd. 0,7% ausmachte. Langfristig ist er leicht besser.

Der Angriff auf die Tarifautonomie konnte endgültig zurückgeschlagen werden. Dem Vernehmen nach soll bereits verabredet sein, daß die Zulagenverträge nicht nur verlängert, sondern auch jetzt die „Nachwirkungsregel" aufgenommen wird.

Daß dennoch ein Sonderopfer hingenommen werden mußte, liegt neben der vielleicht zu spät aufgestellten Lohnforderung daran, daß es nicht gelang, die Beschäftigten für Kampfaktionen zu mobilisieren. Die Beschäftigten konnten nicht mobilisiert werden, weil die ÖTV keine ausreichende Antwort hatte, wie bei steigenden Löhnen die sozialen Leistungen erhalten werden können und weitere Einstellungen im öffentlichen Dienst möglich sind.

Darüberhinaus stellt sich für den öffentlichen Dienst die Frage, ob das so weitergehen kann mit den laufenden *niedrigen Prozentabschlüssen.* Entsteht nicht dadurch wieder die Einkommenstruktur, die mit den Abschlüssen der frühen 70er Jahre zugunsten einer Anhebung der unteren Einkommen korrigiert wurde?

Kneipiersrechnung geht nicht auf

Kneipenbeschäftigte für mehr Lohn und gewerkschaftliche Rechte

ilh. Bis weit über die Göttinger Stadtgrenzen hinaus hat die „Thekenversammlung" Schlagzeilen gemacht. Am 8. Februar trafen sich ca. 80 Beschäftigte aus Göttinger Kneipen und Discos, vorwiegend Studenten, die darüber ihr Studium finanzieren oder einfach auch nur das Geld für ihren Lebensunterhalt aufbessern wollen. Diese Versammlung ist zumindest für Göttingen die erste, wo studentische Beschäftigte dieser Branche sich treffen, um ihre Erfahrungen auszutauschen, gemeinsam sich für ihre Rechte am Arbeitsplatz einzusetzen.

Ausgangspunkt dieser Initiative war die Ankündigung einer bis zu 20%igen Lohnkürzung in einer Kneipe in einem Studentenheim. Begründung des Kneipiers: ab 1.10.81 traten Preiserhöhungen in Kraft und das verschlechtere seine Kostensituation. Was ist da naheliegender, als den Kostenfaktor Lohn zu kürzen? Doch die Rechnung des Wirtes wurde ohne seine Beschäftigten gemacht. Sie forderten von ihm eine Konkretisierung seiner Kürzungsbegründung. Dieses Papier wurde ausgehängt und 8 von 22 Beschäftigten wurden vom Kneipier zu einem Gespräch eingeladen. Doch statt auf diese Auswahl einzugehen, trafen sich alle 22 ohne den Chef, um das weitere Vorgehen zu beraten. Dieses als „konspirative Versammlung" bezeichnete Treffen verlangte eine Versammlung mit allen Mitarbeitern und nicht nur mit ausgewählten Personen. Die Reaktion darauf hin kam prompt. Innerhalb weniger Tage wurden 5 Kündigungen ausgesprochen. Doch die Studenten ließen sich das nicht bieten, traten der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) bei und erfuhren bei der Gewerkschaft zum ersten Mal, daß sie in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis mit dem Kneipenwirt stehen (wenn es auch meistens keinen schriftlichen Vertrag gibt) und wenn er schon kündigt, zumindest die Kündigungsfristen einhalten muß. Weiterhin: sie haben Anspruch auf bezahlten Urlaub, Zulagen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. Die Beschäftigten dieser Kneipe bleiben nicht dabei stehen, vor dem Arbeitsgericht gegen die Kündigungen zu klagen, sondern sind dabei, einen Betriebsrat aufzubauen.

Diese Erfahrungen veranlaßten die in der NGG organisierten Studenten zusammen mit dem Gewerkschaftssekretär, die „Thekenversammlung" einzuberufen. Die folgenden Beispiele (entnommen aus einem Artikel in der „Göttinger Stadtzeitung") erinnern eher an frühkapitalistische Ausbeutungsmethoden:

„... Vielmehr war bei den Arbeitgebern Angst und Schrecken schon im Vorfeld der Thekenversammlung zu verzeichnen. So wurde zum Beispiel über die ohnehin schon existierenden Repressalien hinaus bei Teilnahme an Diskussionszirkeln und der Thekenversammlung massiv mit Kündigungsandrohungen gearbeitet. In diesem Zusammenhang ist vor allen anderen Herr Wehner zu nennen, Besitzer der fünf Kneipen: ‚Clichy', ‚Brasserie', ‚Marktstübchen', ‚Börse' und ‚Kulisse', somit einer der größten und markantesten Vertreter dieser Spezies. Hier hielt er sich bisher schon nicht an geltendes Recht ... so gedenkt er, nach Aussagen von Mitarbeitern, dies auch in Zukunft nicht zu tun und tarifvertragliche Vereinbarungen ... zu ignorieren. Schweinerei a): War das ‚Marktstübchen' letztes Jahr ausgebrannt, so behielt Herr Wehner zwar löblicherweise das Personal, zahlte ihnen aber nicht den durch seine Versicherung gedeckten Lohnausfall in voller Höhe aus, sondern nur zu ⅔. Schweinerei b): Arbeitnehmern, die ohne Lohnsteuerkarte bei ihm arbeiten, werden sage und schreibe 10% Lohnsteuer und dazu noch 6% Kirchensteuer abgezogen ... Schweinerei c): Je nach dem Bewußtseinsstand der Einzelnen in den genannten Kneipen durften diese darüber ‚demokratisch' abstimmen, wieviel sie anteilsmäßig von den Kosten des Gesundheitszeugnisses selbst tragen sollten, wollten, durften. Merke auf: ein Gesundheitszeugnis ist immer vom Arbeitgeber zu bezahlen! Schweinerei d): Die Löhne liegen wie bei vielen anderen Kneipen natürlich unter Tarif. So liegt in den genannten Kneipen der Grundlohn bei 5 DM pro Stunde. Der Tariflohn kann nur erreicht werden, wenn die Beschäftigten ordentlich Umsatz machen. Merke: Das Risiko tragen die Beschäftigten, den Profit steckt Herr Wehner ein. Denn bei 1000 DM Umsatz bekommt jeder der 2 Beschäftigten noch mal 3,5% ‚drauf', das macht dann für 8,5 Stunden den stolzen Verdienst von 77,50 DM ...

Beispiel ‚Onkel Toms Hütte': Hier arbeiten die Hausfrauen, Schülerinnen und Studenten voll auf Risiko. Einen Grundlohn gibt es nicht, nur prozentuale Umsatzbeteiligung ...

Beispiel ‚Unicum': Hier wurde den Beschäftigten erzählt, sie bekämen 12 DM brutto und 7 DM netto. Die Differenz von 5 DM pro Stunde bekämen sie mit dem Lohnsteuerjahresausgleich Anfang nächsten Jahres vom Vater Staat zurück. Es ist bloß so, daß ein Lohnsteueranteil in dieser Höhe bei den dortigen Verdiensten niemals erreicht wird ..."

Eine Schlußfolgerung dieser ersten Thekenversammlung war, eine breite Aufklärung über die Rechte der Kneipenbeschäftigten zu betreiben. So entstand das „Thekenradio". Es sollen in regelmäßigen Abständen Tonbandcassetten erstellt werden über Themen wie Arbeitsrecht, Berichte über den letzten Stand der Tarifverhandlungen, Neues aus Göttinger Kneipen usw. Die erste Ausgabe des „Thekenradios" ist bereits mit Unterstützung der NGG erschienen. Gemischt mit Musik geht es um Themen wie: wer ist Teilzeit-, wer Aushilfskraft, wie organisiert man einen Betriebsrat usw. Eines ist jedenfalls jetzt schon sicher, die Göttinger Kneipenwirte werden es in der Ausbeutung nicht mehr so leicht haben wie vor ein paar Monaten. Die „Thekenversammlung" hat inzwischen auch schon Nachahmer in Hannover und Braunschweig gefunden.

„Vorbildlicher" Solidaritätsvertrag in Amiens (Frankreich)

cof. Mit Zustimmung der CGT wurde am 23. April bei SAB (Hersteller von Widerstandsmeßgeräten im Eisenbahnbau, der zur schwedischen Gruppe Sonessons gehört) ein „Solidaritätsvertrag" abgeschlossen, der sich nicht nur auf die vorzeitige Verrentung, sondern auch auf die Verkürzung der Arbeitszeit *ohne* entsprechenden Lohnausgleich erstreckt. Niemanden erstaunt, daß Monsieur Auroux, der Arbeitsminister, darin ein exemplarisches Beispiel aktiver und verantwortlicher Solidarität" sieht. In einer Region wie der Picardie, (zwischen Paris und Calais) wo die Arbeitslosigkeit in einem Jahr um 15% gestiegen ist, hat SAB mit 185 Beschäftigten einige Bedeutung. In dieser Fabrik, 1966 mit Steuererleichterungen gebaut, ist Streik seit 1968 unbekannt. Fast alle sind Facharbeiter. – Doch was besagt dieser wunderbare Vertrag? Freiwillige Verrentung zwischen 55 und 60 Jahren, für 15 Leute. Und: Verkürzung der Arbeitszeit: Die 51 Arbeiter im Zwei-Schichtbetrieb (2×8) sollen nach und nach in ein Drei-Schicht-System überführt werden: 9 Stunden am Tag für 2 Wochen mit 4 Tagen (verteilt auf 6 Wochentage, einschl. samstags), die dritte Woche soll nur an 3 Tagen gearbeitet werden, d.h. 27 statt 36 Stunden frü-

Ausgabe und auf Seite 4 dieser Ausgabe noch Leserbriefe zur Auseinandersetzung um die Lohnpolitik der IG Drupa.

Protest gegen Streichung des Dienstausgleichs

kvz. 3000 Soldaten haben am 27.4. in Koblenz an einer Veranstaltung gegen die faktische Streichung des Dienstausgleichs teilgenommen. Aushänge von Plakaten und Flugblättern dazu hatte das Verteidigungsministerium verboten. Die Einladung stifte die Soldaten zu „treuewidrigem Verhalten" und zu „Ungehorsam" an, weil der Bundeswehrverband aufgerufen hatte: „Soldaten lassen sich nicht alles gefallen – Nicht mit uns – Wir müssen uns wehren!" Erst durch eine Gerichtsentscheidung konnte die Werbung in den Kasernen betrieben werden. Nach dem Bundesbesoldungsgesetz steht Soldaten, die im Jahresdurchschnitt mehr als 56 Stunden wöchentlich Dienst tun, eine Vergütung zu. Sie beträgt 90 DM für Zeit- und Berufssoldaten und 45 DM für Wehrpflichtige. 82% der Soldaten im Heer hatten im Frühjahr 1981 diesen Dienstausgleich erhalten. Nun hat das Bundesverteidigungsministerium seit dem 1.3. die Dienstzeit um vier Wochenstunden verkürzt. Zusammen mit weiteren Dienstzeitberechnungstricks werden so die Dienstausgleichs-

Die Arbeitslosigkeit entwertet Zug um Zug den Rahmentarifvertrag der Bauarbeiter

Der Bezirksverband Ostfriesland der IG BSE bereitet den Gewerkschaftstag im Oktober vor

wem. Die Arbeitslosigkeit in Ostfriesland war im Vergleich mit dem Bun-

Lande, lieber die Arbeiter entlassen, anstatt Schlechtwetter zu beantragen,

den Hammer gekommen und von den Banken aufgekauft worden. Wenn die

„Vorbildlicher" Solidaritätsvertrag in Amiens (Frankreich)

cof. Mit Zustimmung der CGT wurde am 23. April bei SAB (Hersteller von Widerstandsmeßgeräten im Eisenbahnbau, der zur schwedischen Gruppe Sonessons gehört) ein „Solidaritätsvertrag" abgeschlossen, der sich nicht nur auf die vorzeitige Verrentung, sondern auch auf die Verkürzung der Arbeitszeit *ohne* entsprechenden Lohnausgleich erstreckt. Niemanden erstaunt, daß Monsieur Auroux, der Arbeitsminister, darin ein exemplarisches Beispiel aktiver und verantwortlicher Solidarität" sieht. In einer Region wie der Picardie, (zwischen Paris und Calais) wo die Arbeitslosigkeit in einem Jahr um 15% gestiegen ist, hat SAB mit 185 Beschäftigten einige Bedeutung. In dieser Fabrik, 1966 mit Steuererleichterungen gebaut, ist Streik seit 1968 unbekannt. Fast alle sind Facharbeiter. – Doch was besagt dieser wunderbare Vertrag? Freiwillige Verrentung zwischen 55 und 60 Jahren, für 15 Leute. Und: Verkürzung der Arbeitszeit: Die 51 Arbeiter im Zwei-Schichtbetrieb (2×8) sollen nach und nach in ein Drei-Schicht-System überführt werden: 9 Stunden am Tag für 2 Wochen mit 4 Tagen (verteilt auf 6 Wochentage, einschl. samstags), die dritte Woche soll nur an 3 Tagen gearbeitet werden, d.h. 27 statt 36 Stunden früher in der gleichen Zeit. Im Durchschnitt würden die Schichtmannschaften 33 Stunden arbeiten. Wenn das alles klappt, will man ab dem 1.4.82 sage und schreibe 28 Arbeitsplätze schaffen.

Der Abschluß in der Druckindustrie

kvz. Viele Proteststreiks zur Durchsetzung der Forderungen der IG Druck und Papier waren in den Betrieben durchgeführt worden. Aber irgendwie muß das die Verhandlungs- und Tarifkommission wohl kalt gelassen haben, denn sie stimmten einem Abschluß zu, der kaum nötig sein dürfte. Daß der Lohn nicht über 4,2% erhöht wurde, darüber war man sich schon lange klar. Daß aber in Sachen Lohnstruktur ein solches Verhandlungsergebnis herauskommt, wie im folgenden im Wortlaut wiedergegeben, das war nicht einfach klar. „Die Tarifvertragsparteien treten in Verhandlungen über einen neuen Lohnrahmentarifvertrag ... der Druckindustrie ein, welcher am 1.1.84 in Kraft tritt. Die Verhandlungen beginnen Mitte Februar 1983. Die Eingruppierungen nach der neuen Lohnstruktur sind innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten vorzunehmen. Die sich daraus ergebenden materiellen Ansprüche der einzelnen Arbeitnehmer bestehen ab dem 1.4.84." – Zwar besteht mit diesem akzeptierten Schlichtungsspruch keine direkte Verbindung mehr zwischen MTV- und Lohnstrukturverhandlungen, aber zeitlich haben die Kapitalisten jetzt fast alle Trümpfe in der Hand – einschließlich der durch dieses Vertragswerk abgesegneten Friedenspflicht. – Zu den Folgen mehr in der nächsten Ausgabe und auf Seite 4 dieser Ausgabe noch Leserbriefe zur Auseinandersetzung um die Lohnpolitik der IG Drupa.

Protest gegen Streichung des Dienstausgleichs

kvz. 3000 Soldaten haben am 27.4. in Koblenz an einer Veranstaltung gegen die faktische Streichung des Dienstausgleichs teilgenommen. Aushänge von Plakaten und Flugblättern dazu hatte das Verteidigungsministerium verboten. Die Einladung stifte die Soldaten zu „treuewidrigem Verhalten" und zu „Ungehorsam" an, weil der Bundeswehrverband aufgerufen hatte: „Soldaten lassen sich nicht alles gefallen – Nicht mit uns – Wir müssen uns wehren!" Erst durch eine Gerichtsentscheidung konnte die Werbung in den Kasernen betrieben werden. Nach dem Bundesbesoldungsgesetz steht Soldaten, die im Jahresdurchschnitt mehr als 56 Stunden wöchentlich Dienst tun, eine Vergütung zu. Sie beträgt 90 DM für Zeit- und Berufssoldaten und 45 DM für Wehrpflichtige. 82% der Soldaten im Heer hatten im Frühjahr 1981 diesen Dienstausgleich erhalten. Nun hat das Bundesverteidigungsministerium seit dem 1.3. die Dienstzeit um vier Wochenstunden verkürzt. Zusammen mit weiteren Dienstzeitberechnungstricks werden so die Dienstausgleichszahlungen unterlaufen. 30 Mio. DM sollen so im Jahr eingespart werden. Dagegen richtet sich der Protest.

Besatzer verstoßen gegen Tarifverträge und Truppenstatut

kvz. Am 21.4. fanden die ersten Verhandlungen über die Tarife für die rd. 110000 Beschäftigten bei den ausländischen NATO-Streitkräften statt. ÖTV und DAG lehnten das 3,2%-Angebot des Bundesfinanzministeriums, das für die Besatzer verhandelt, als unzureichend ab. Die ÖTV hatte 7% gefordert und eine Anhebung der unteren Lohngruppen. Immer noch gibt es hier Probleme, weil die ausländischen Truppen zu wenig zahlen. Nach dem NATO-Truppenstatut müssen die Löhne und Gehälter denen bei der Bundeswehr entsprechen. Sie liegen aber beispielsweise in Berlin bei den Engländern um 35% und bei den Amerikanern um 10% unter dem vergleichbaren Einkommen. Zunehmend werden Arbeitsplätze mit US-Bürgern, vorwiegend Familienangehörige und teilweise auch US-Bürger mit Touristen-Visum besetzt. Von 70000 Beschäftigten waren schon 1980 14000 Familienangehörige und 2800 „Touristen". Sie werden nach amerikanischen Vorschriften beschäftigt und entlohnt. So beträgt der Jahresurlaub für Amerikaner nur 13 Tage. Die Lohnfortzahlung für Amerikaner endet bei 13 Tagen im Jahr, ist aber von Jahr zu Jahr übertragbar. Urlaubsgeld wird an die Yankees ebenso wie Weihnachtsgeld nicht gezahlt. Ihre Kündigungsfrist beträgt nur zwischen 7 und 30 Tagen. Diese Verhältnisse erschweren auch die Wahrnehmung der Rechte für die Deutschen. Dies ist ebenfalls ein Verstoß gegen das Truppenstatut.

wahl einzugehen, trafen sich alle 22 ohne den Chef, um das weitere Vorgehen zu beraten. Dieses als „konspirative Versammlung" bezeichnete Treffen verlangte eine Versammlung mit allen Mitarbeitern und nicht nur mit ausgewählten Personen. Die Reaktion darauf hin kam prompt. Innerhalb weniger Tage wurden 5 Kündigungen ausgesprochen. Doch die Studenten ließen sich das nicht bieten, traten der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) bei und erfuhren bei der Gewerkschaft zum ersten Mal, daß sie in einem ordentlichen Arbeitsverhältnis mit dem Kneipenwirt stehen (wenn es auch meistens keinen schriftlichen Vertrag gibt) und wenn er schon kündigt, zumindest die Kündigungsfristen einhalten muß. Weiterhin: sie haben Anspruch auf bezahlten Urlaub, Zulagen, Lohnfortzahlung im Krankheits-

nach Aussagen von Mitarbeitern, dies auch in Zukunft nicht zu tun und tarifvertragliche Vereinbarungen ... zu ignorieren. Schweinerei a): War das ‚Marktstübchen' letztes Jahr ausgebrannt, so behielt Herr Wehner zwar löblicherweise das Personal, zahlte ihnen aber nicht den durch seine Versicherung gedeckten Lohnausfall in voller Höhe aus, sondern nur zu ⅔. Schweinerei b): Arbeitnehmern, die ohne Lohnsteuerkarte bei ihm arbeiten, werden sage und schreibe 10% Lohnsteuer und dazu noch 6% Kirchensteuer abgezogen ... Schweinerei c): Je nach dem Bewußtseinsstand der Einzelnen in den genannten Kneipen durften diese darüber ‚demokratisch' abstimmen, wieviel sie anteilsmäßig von den Kosten des Gesundheitszeugnisses selbst tragen sollten, wollten, durften. Merke auf: ein Gesundheits-

Thekenversammlung war, eine breite Aufklärung über die Rechte der Kneipenbeschäftigten zu betreiben. So entstand das „Thekenradio". Es sollen in regelmäßigen Abständen Tonbandcassetten erstellt werden über Themen wie Arbeitsrecht, Berichte über den letzten Stand der Tarifverhandlungen, Neues aus Göttinger Kneipen usw. Die erste Ausgabe des „Thekenradios" ist bereits mit Unterstützung der NGG erschienen. Gemischt mit Musik geht es um Themen wie: wer ist Teilzeit-, wer Aushilfskraft, wie organisiert man einen Betriebsrat usw. Eines ist jedenfalls jetzt schon sicher, die Göttinger Kneipenwirte werden es in der Ausbeutung nicht mehr so leicht haben wie vor ein paar Monaten. Die „Thekenversammlung" hat inzwischen auch schon Nachahmer in Hannover und Braunschweig gefunden.

Die Arbeitslosigkeit entwertet Zug um Zug den Rahmentarifvertrag der Bauarbeiter

Der Bezirksverband Ostfriesland der IG BSE bereitet den Gewerkschaftstag im Oktober vor

wem. Die Arbeitslosigkeit in Ostfriesland war im Vergleich mit dem Bundesgebiet immer überproportional. Um zu verstehen, welches Ausmaß die Arbeitslosigkeit jetzt angenommen hat, seien hier einige Zahlen angeführt: Die Arbeitslosigkeit ist hier z.Zt. dreimal so groß wie im übrigen Niedersachsen bzw. der Bundesrepublik. Jeder fünfte Arbeitsfähige hat keine Arbeit mehr. Für die Bauarbeiter stellt sich das noch schärfer. Am Jahresende sind über 50% aller ostfriesischen Bauarbeiter (ca. 9000) arbeitslos gewesen, in Norden und Leer sogar 80%. Die Krise am Baumarkt trifft ebenfalls den Bauarbeiternachwuchs. Von 520 Schülern, die jetzt noch das BGJ Bau absolvieren, haben höchstens 100 Aussicht auf einen Ausbildungsplatz.

Die Verschärfung der ABM-Maßnahmen in der Operation 82 – etwa, daß die ABM-Förderung sich auf Arbeitslose beschränkt, die mindestens 6 Monate arbeitslos waren – wirkt sich für die ostfriesischen Tiefbauarbeiter, deren Beschäftigung zu 100% von öffentlichen Aufträgen, häufig ABM-gebunden, abhängt, verheerend aus. Die Baukapitalisten drängen jetzt ebenfalls ihr Stammpersonal auf den Arbeitsmarkt, um sie über ABM wiederzuholen. Die Betriebsräte stehen so gegenwärtig enorm unter Druck. Um den Bauarbeitern für die Bausaison einen Arbeitsplatz zu sichern, stimmen sie im September der Entlassung zu, jedoch ohne Gewißheit, daß im März ein Auftrag vorliegt. Für den Einzelnen bedeutet dies: kein Weihnachtsgeld, kein Lohnausgleich zwischen Weihnachten und Neujahr, eventuell Fortfall der innerbetrieblichen Zuwendungen für langjährige Betriebszugehörigkeit. Insgesamt ist es gegenwärtig so, daß die Baukapitalisten, besonders auf dem Lande, lieber die Arbeiter entlassen, anstatt Schlechtwetter zu beantragen, da sie im letzten Fall die Sozialversicherungsbeiträge allein zahlen müßten. Immer mehr Bauarbeiter laufen durch die Neufassung des §104 AFG Gefahr, die Bedingungen für die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld nicht zu erreichen.

Entsprechend fordert der Bezirksverband Ostfriesland der IG BSE, „daß der §104 Abs. 1 des AFG in seine ursprüngliche Fassung zurückversetzt wird". Aus den Anträgen zu diesem Bezirksverbandstag wird deutlich, daß etliche Bestimmungen des BRTV nur bei wirtschaftlichen „Schönwetterlagen" für die Bauarbeiter wirksam sind, d.h., daß die Arbeitslosigkeit Teile des BRTV außer Kraft setzt. So ist z.B. die verlängerte Kündigungsfrist für ältere Arbeitnehmer mit längerer Betriebszugehörigkeit (BRTV §12 Abs. 1.2) von folgender Festlegung abhängig: „Zeiten *ununterbrochener* Betriebszugehörigkeit werden zusammengerechnet, wenn die Unterbrechung nicht vom Arbeitnehmer veranlaßt wurde und wenn sie nicht länger als *6 Monate* gedauert hat."

Die Kollegen der IG BSE Ostfriesland wollen bei den nächsten Verhandlungen den möglichen Unterbrechungszeitraum auf 12 Monate ausdehnen.

Sehr verbittert haben die IG BSE und andere DGB-Gewerkschaften auf die neuen „Zumutbarkeiten" reagiert, da ein Ende der Arbeitslosigkeit am Bau vorerst nicht abzusehen ist. „Das ostfriesische Baugewerbe lebt vom ‚Einfamilienhäuslebau'. Durch die Zinserhöhung seien inzwischen zu viele noch im Bau befindliche oder gerade fertiggestellte Einfamilienhäuser unter den Hammer gekommen und von den Banken aufgekauft worden. Wenn die Zinsen wieder sinken, dann würde der Markt mit fertigen Häusern überschwemmt und das Baugewerbe stünde immer noch mit leeren Händen da", so die Analyse auf einer Baukonferenz in Aurich. Einstweilen ist der ostfriesische Arbeitgeberverband Feuer und Flamme für die Herabstufungsfristen: „... Die Frist von vier bis sechs Monaten, die dem Arbeitslosen zur Findung einer gleichwertigen Arbeit zur Verfügung stünde, (sei) ‚lang genug', da die durchschnittliche Arbeitslosigkeit nur 3,7 Monate betrage." Da interessiert es auch nicht, daß hierzulande 7,6% der Arbeitnehmer länger als zwei Jahre, 11,9 bis zwei Jahre und 24,9% länger als sechs Monate arbeitslos sind, so der DGB Emden-Norden in seiner Stellungnahme. Es wird aber ein Rätsel der Gewerkschaftsführer bleiben, warum sie bei der Zumutbarkeitsregelung letztlich doch auf die Einsicht der Kapitalisten setzen: „... jede Verschärfung der Zumutbarkeitsdefinition ... wohl auch die Arbeitgeberseite nicht begrüßen kann." Gleichzeitig wird auch noch auf die Bundesregierung gesetzt, die angeblich den „arbeitsmarktpolitischen und rechtlichen Bedenken des DGB gefolgt sei, was ja nun wirklich nicht stimmt. Die Frage, wie die Arbeiter und ihre Gewerkschaften Einfluß auf die Entscheidungen in den Sozialversicherungen bekommen, muß erneut aufgeworfen werden – auf dem Bezirksverbandstag der IG BSE geschah dies noch nicht – und mit Sicherheit in Richtung Stärkung der Selbstverwaltungsrechte der Versicherten beantwortet werden. Die neuen „Zumutbarkeiten" werden wohl auf dem 1. Mai in Emden scharf zurückgewiesen werden.

Nach dem OVG-Urteil Münster: Wie weiter mit der vds?

klb. Im Oktober vergangenen Jahres ist es dem AStA der Uni Münster durch Urteil des Oberverwaltungsgerichtes (OVG Münster, Urteil vom 16. Oktober 1981 – 5 A 238/79) untersagt worden, ,,Beiträge an die VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften, d. Verf.) abzuführen oder die VDS anderweitig finanziell zu unterstützen. Hiervon ausgenommen sind Zuschüsse zur Förderung konkreter Einzelprojekte, die im Rahmen der Aufgaben nach §71 WissHG (Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen, d. Verf.) liegen und von den beigeladenen VDS ausschließlich hochschul- oder studentenbezogen betrieben und begründet werden. Die Zuschüsse dürfen nur ausgezahlt werden, wenn durch Rechnung nachgewiesen wird, daß die Ausgaben sich auf die vorgenannten Projekte beziehen.'' Das Verbot der Beitragsabführung zielt auf das von den VDS nach Interpretation des Gerichtes unzulässig wahrgenommene politische Mandat. In der Urteilsbegründung finden sich lange Auflistungen dessen, was nach Auffassung des Gerichtes im Arbeitsprogramm der VDS von 1981 alles eine unzulässige Wahrnehmung des politischen Mandats sei: es reicht vom Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen über die Unterstützung des Kampfes gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens bis zur Forderung nach einer Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus.

Nach seiner Verkündung ist das Urteil des OVG Münster vom Wissenschaftsministerium allen nordrhein-westfälischen Rektoren, die ja die Rechtsaufsicht über die Studentenschaft laut WissHG auszuüben haben, zur Kenntnis gebracht worden, um sie damit zur Ausübung dieser Rechtsaufsicht anzuhalten, d.h. ihren Studentenschaften Beitragszahlungen an die VDS zu untersagen. Bislang ist mir aber noch kein Fall bekannt, wo sie das direkt durchgesetzt hätten. Für den AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf allerdings hat der RCDS vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht Klage auf Unterlassung von Beitragszahlungen an die VDS eingereicht und bis zur Entscheidung darüber eine einstweilige Anordnung erwirkt. In der Begründung der einstweiligen Anordnung beruft sich das Düsseldorfer Verwaltungsgericht auf das Urteil des OVG Münster.

Hängt also die finanzielle und damit auch die politische Existenz der VDS nur noch an einem seidenen Faden, der jederzeit von den Wissenschafts- und Kultusministerien, den westdeutschen Rektoren oder gar vom RCDS durch gerichtliche Klagen durchtrennt werden kann? Können die VDS als Dachverband der westdeutschen Studentenschaften in ihrer gegenwärtigen Struktur verteidigt werden? Oder ist es an der Zeit, daß sich die Fachschaften und ASten Gedanken über einen gänzlich anders strukturierten und finanzierten Dachverband Gedanken machen? Auf all diese Fragen hat es vor und während der letzten Mitgliederversammlung der VDS keine befriedigenden Antworten gegeben.

Nicht erst durch das OVG-Urteil Münster, sondern bereits mit der vorausgegangenen Rechtsprechung sind die juristischen Voraussetzungen geschaffen, um den einzelnen Studentenschaften, die ja Zwangsverbände mit gesetzlicher Aufgabenzuweisung sind, grundsätzlich Beitragszahlungen an einen Dachverband, der ausdrücklich das politische Mandat wahrnimmt, zu untersagen. (Nebenbei ist es natürlich auch den einzelnen Studentenschaften untersagt, das politische Mandat wahrzunehmen.) Insofern hängt es tatsächlich von Gesichtspunkten politischer Opportunität ab, ob und wann der Staatsapparat das Verbot des politischen Mandats gegen die Studentenschaften durchsetzt. Zugleich wirkt der gegenwärtige Schwebezustand auch in Richtung Selbstdisziplinierung: freiwilliger Verzicht auf die Wahrnehmung des politischen Mandats, um die Finanzierung eines Dachverbandes nicht zu gefährden. Zumindest in Juso-Kreisen ist – wenn auch hinter vorgehaltener Hand – dahingehend diskutiert worden. Ob es sich dabei um zielgerichtete Bemühungen aus der Bonner SPD-Baracke oder um ein unnötiges Zurückweichen vor staatlichem Druck handelt, sei einmal dahingestellt.

Meines Erachtens zielen das OVG-Urteil Münster und die Aktivitäten verschiedener Wissenschafts- und Kultusminister derzeit in die Richtung, über den Hebel der Beitragszahlungen den VDS die Wahrnehmung des politischen Mandats unmöglich zu machen und sie darüber zur Selbstbeschränkung auf studenten- und hochschulbezogene Themen zu zwingen. Für recht zweifelhaft halte ich die dem Geschäftsführer der Jungsozialisten, Rudolf Hartung, zugeschriebene Äußerung, ,,das Bundesstudentenparlament komme sowieso in den nächsten zwei Jahren'' (aus: Fünf-Punkte-Erklärung des MSB Spartakus gegenüber den Juso-Hochschulgruppen zur derzeitigen Lage und Perspektive der VDS, ohne Datum), denn außer dem RCDS und dem SLH verficht kein einziger Studentenverband derzeit ein solches Modell. In einem Bundesstudentenparlament, das aus allgemeinen Wahlen an allen Hochschulen hervorgehen sollte, wären die einzelnen Studentenverbände – nach den Vorstellungen des RCDS – dann entsprechend ihrem Stimmanteil repräsentiert. Mag sein, daß sich einzelne Jungsozialisten angesichts ihres rasch sinkenden Einflusses an den einzelnen Hochschulen und damit auch in den VDS von allgemeinen Wahlen und einem Bundesstudentenparlament mehr Einfluß versprechen, eine Mehrheit gibt es dafür bei den Jusos aber nicht. Wie gesagt, ich halte es für zweifelhaft, daß die Wissenschafts- und Kultusminister der Länder gegenwärtig ein solches Modell verfolgen, aber ausgeschlossen ist das natürlich nicht.

Bleibt die Frage, ob es durch politischen Kampf gelingen kann, die VDS in ihrer jetzigen Struktur gegen die staatlichen Angriffe zu verteidigen? Darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben. Zum einen zeugt schon eine Wahlbeteiligung von durchschnittlich nur gut 30% zu den Studentenparlamenten von einem Desinteresse eines Großteils der Studenten an den Organen der Verfaßten Studentenschaft. Zum andern hat die Dominanz des MSB Spartakus in den VDS, dessen Benutzung der VDS als Transmissionsriemen für seine Politik das Desinteresse vieler Studenten wie die bewußte politische Abwendung zahlreicher ASten befördert. Ein deutliches Beispiel dafür sind die Diskussionen im AStA der Uni Düsseldorf, wo trotz der anhängigen Klage des RCDS auf Unterlassung von Beitragszahlungen an die VDS der Austritt aus den VDS aus den genannten Gründen wahrscheinlich im Mai beschlossen werden wird. Ich halte einen solchen Schritt für falsch, da die Existenz eines Dachverbandes, in dem die einzelnen ASten Mitglieder sind und nicht, wie bei einem Bundesstudentenparlament, Mitglieder von Studentenverbänden oder nur ihrem Gewissen verantwortlichen Individuen, der trotz gegenteiliger Rechtssprechung das politische Mandat wahrnehmen konnte, prinzipiell verteidigenswert ist. Ein anderes Paar Stiefel ist, ob einem die politische Richtung des Verbandes paßt oder nicht. Aber darum sollte mit politischen Mitteln gekämpft werden und nicht mit dem Mittel des Austritts, zumal ein solcher Austritt es der Reaktion gegewärtig erleichtert, die VDS ans Gängelband zu nehmen oder ganz zu zerschlagen. Und das trifft längerfristig nicht nur den MSB Spartakus.

Dennoch, konkret sind die Bedingungen zur Verteidigung der VDS denkbar schlecht, sie hängen tatsächlich an einem seidenen Faden, der jederzeit durchschnitten werden kann. Zu Recht weisen zwar MSB Spartakus und SHB darauf hin, daß das Urteil des OVG Münster ja kein generelles Zahlungsverbot enthält, sondern ausdrücklich Zahlungen für hochschul- und studentenbezogene Projekte bei Vorlage entsprechender Rechnungen erlaubt. Außerdem würde schon seit Jahren der Großteil der Beitragsgelder für hochschul- und studentenbezogene Projekte ausgegeben. Auf diesem Wege aber erhält der Staat eine umfassende Kontrolle der Tätigkeit der VDS, kann er letztlich bei jeder Einzelausgabe entscheiden, ob sie rechtens ist oder nicht. Entspricht ein derart eingeschnürter, kontrollierter Dachverband noch den Interessen der ASten und Fachschaften? Spätestens dann wäre zu überlegen, ob nicht der Aufbau staatsunabhängiger Strukturen mit freiwilliger Mitgliedschaft und auch Beitragszahlung vorzuziehen ist.



Schwiers Liquidierungsplan für NRW
Die ,,Wende" in der Hochschulpolitik soll perfekt gemacht werden

Zum Monatsbeginn hat NRW-Wissenschaftsminister Schwier (SPD) einen Entwurf zur ,,Konzentration und Neuordnung von Studienangeboten/Studiengängen'' vorgelegt. Bereits seit einiger Zeit wird vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise von einer gesamtgesellschaftlichen, sich in Richtung Konservativismus bewegenden, politischen Wende gesprochen. Die Politik der Bundesregierung, die sich oftmals

ßungen von Studiengängen an allen Gesamthochschulen.
– Verminderung der Standorte und damit Fachbereiche für Sozialpädagogik und Sozialarbeit an den Fachhochschulen.
– weitere Rationalisierung und Ökonomisierung bestimmter Studiengänge in den ,,Orchideenfächern'' und Naturwissenschaften der Universitäten und einiger ingenieurswissenschaftlicher

drängen und die Konkurrenz um nicht akademische Ausbildungsplätze gegenüber Nichtabiturienten noch mehr verschärft, was die Jugendarbeitslosigkeit fördern wird. Das Gerede des Wissenschaftsministers von nicht ausgelasteten Kapazitäten erweist sich also als schlichte Lüge, selbst wenn man von den ministeriellen Berechnungen ausgeht.
Einschneidend wird für die – wie es

denten allein, mal Schulen zu haben, wo ein Lehrer mit 15 oder 20 Schülern sich beschäftigen kann, von den anderen materiellen Bedingungen ganz abgesehen?
,,Der Minister hat mit seinem Plan eine Protestwelle von Professoren, Mitarbeitern und Studenten losgetreten'', vermelden die ,,Hochschulpolitischen Informationen'' vom 23.4.. An den Hochschulen beginnt es offenbar tatsächlich zu gären. Hier sind es vor allem Studenten und Wissenschaftliche Mitarbeiter, die Protest äußern, teilweise auch größere Teile der Professorenschaft. Die Reaktion der Studenten ist auf Grund des gerade begonnenen

zulässig wahrgenommene politische Mandat. In der Urteilsbegründung finden sich lange Auflistungen dessen, was nach Auffassung des Gerichtes im Arbeitsprogramm der VDS von 1981 alles eine unzulässige Wahrnehmung des politischen Mandats sei: es reicht vom Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen über die Unterstützung des Kampfes gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens bis zur Forderung nach einer Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus.
Nach seiner Verkündung ist das Urteil des OVG Münster vom Wissenschaftsministerium allen nordrhein-

jederzeit von den Wissenschafts- und Kultusministerien, den westdeutschen Rektoren oder gar vom RCDS durch gerichtliche Klagen durchtrennt werden kann? Können die VDS als Dachverband der westdeutschen Studentenschaften in ihrer gegenwärtigen Struktur verteidigt werden? Oder ist es an der Zeit, daß sich die Fachschaften und ASten Gedanken über einen gänzlich anders strukturierten und finanzierten Dachverband Gedanken machen? Auf all diese Fragen hat es vor und während der letzten Mitgliederversammlung der VDS keine befriedigenden Antworten gegeben.

VDS die Wahrnehmung des politischen Mandats unmöglich zu machen und sie darüber zur Selbstbeschränkung auf studenten- und hochschulbezogene Themen zu zwingen. Für recht zweifelhaft halte ich die dem Geschäftsführer der Jungsozialisten, Rudolf Hartung, zugeschriebene Äußerung, ,,das Bundesstudentenparlament komme sowieso in den nächsten zwei Jahren'' (aus: Fünf-Punkte-Erklärung des MSB Spartakus gegenüber den Juso-Hochschulgruppen zur derzeitigen Lage und Perspektive der VDS, ohne Datum), denn außer dem RCDS und dem SLH verficht kein einziger

an den einzelnen Hochschulen und damit auch in den VDS von allgemeinen Wahlen und einem Bundesstudentenparlament mehr Einfluß versprechen, eine Mehrheit gibt es dafür bei den Jusos aber nicht. Wie gesagt, ich halte es

nen hingeben. Zum einen zeugt schon eine Wahlbeteiligung von durchschnittlich nur gut 30% zu den Studentenparlamenten von einem Desinteresse eines Großteils der Studenten an den Organen der Verfaßten Studentenschaft. Zum andern hat die Dominanz des MSB Spartakus in den VDS, dessen Benutzung der VDS als Transmissionsriemen für seine Politik das Desinteresse vieler Studenten wie die bewußte politische Abwendung zahlreicher ASten befördert. Ein deutliches Beispiel dafür sind die Diskussionen im AStA der Uni Düsseldorf, wo trotz der anhängigen Klage des RCDS auf Unterlassung von Beitragszahlungen an die VDS der Austritt aus den VDS aus den genannten Gründen wahrscheinlich im Mai beschlossen werden wird. Ich halte einen solchen Schritt für falsch, da die Existenz eines Dachverbandes, in dem die einzelnen ASten Mitglieder sind und nicht, wie bei einem Bundesstudentenparlament, Mitglieder von Studentenverbänden oder



Schwiers Liquidierungsplan für NRW

Die ,,Wende" in der Hochschulpolitik soll perfekt gemacht werden

Zum Monatsbeginn hat NRW-Wissenschaftsminister Schwier (SPD) einen Entwurf zur ,,Konzentration und Neuordnung von Studienangeboten/Studiengängen'' vorgelegt. Bereits seit einiger Zeit wird vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise von einer gesamtgesellschaftlichen, sich in Richtung Konservativismus bewegenden, politischen Wende gesprochen. Die Politik der Bundesregierung, die sich oftmals nur in Nuancen von der Opposition unterscheidet, bezeugt das durch ihr sogenanntes Beschäftigungsprogramm, durch ihre rigorosen Haushaltskürzungen im Bildungs- und Sozialbereich, so z.B. ihrer Bafög-Politik. Für den einen oder anderen mag dies bisher vielleicht alles etwas abstrakt, ,,papierhaft'' und einen nicht direkt betreffend erscheinen. Sollte Schwier mit seinem Plan durchkommen, wird sich dies rasch ändern und die ,,Wende in der Bildungspolitik'' für fast jeden krasse und unmittelbar verspürbare Formen annehmen. Dieser Umstrukturierungsplan der sozialdemokratischen Landesregierung dürfte das endgültige Ende sozialdemokratischer Bildungsreform einläuten, deren Scheitern sich seit längerem abzeichnet, was auch die CDU schon hämisch konstatierte.

Schwiers Plan sieht vor

– landesweite Kürzungen der Ausbildungskapazitäten in Anglistik, Mathematik und Physik von 30%, in Sozialwissenschaften um 15%, in Wirtschaftswissenschaften um 10%, in Germanistik, Geschichte, Sozialarbeit und Sozialpädagogik um 25%. Des weiteren behält sich Schwier Kürzungen in Biologie und Psychologie vor.

– weitgehende Liquidierung der Lehrerausbildung in NRW, vor allem der Primarstufe (Kürzung der Ausbildungskapazität insgesamt um 25%) und der Sekundarstufe I (um 30%). Schließung von lehrerausbildenden Fachbereichen in größerem Ausmaß und Zusammenlegung auf wenige Orte, so die Schwerpunkte für Primarstufe und Sekundarstufe I an den Universitäten Köln und Dortmund. Schließungen von Studiengängen an allen Gesamthochschulen.

– Verminderung der Standorte und damit Fachbereiche für Sozialpädagogik und Sozialarbeit an den Fachhochschulen.

– weitere Rationalisierung und Ökonomisierung bestimmter Studiengänge in den ,,Orchideenfächern'' und Naturwissenschaften der Universitäten und einiger ingenieurswissenschaftlicher Studiengänge an den Fachhochschulen, ansonsten dort keine Kürzungen.

– noch genauer zu planende Kürzungen im Bereich der Kunst- und Musikhochschulen.

– größere Sachmittel- und Personalkürzungen im Bereich Hochschulverwaltung und zentraler Hochschuleinrichtungen (Bibliotheken z.B.)

– sofortiger, unbefristeter Einstellungsstop an den Hochschulen. Auf einer Dienstbesprechung am 1.4. hat Schwier die Rektoren unter Drohungen aufgefordert, jetzt freiwerdende Stellen nicht mehr zu besetzen, auch wenn dieser Plan noch nicht rechtskräftig ist!

– hinzu kommt die Einstellung des Hochschulbaus sowie auch Pläne für die Aufgabe angemieteter Flächen im Hochschulbereich.

Die Folgen des Abbaus von Studienplätzen wird neben der noch weiter voranschreitenden Überfüllung im inneren NC-Hürden, Eingangstests für Anfänger u.ä. bestehen. Das ist jetzt schon absehbar! Eine weitgehende Ausdehnung des NC hält Schwier derzeit nicht für angebracht, dann wird es auf diese Weise ,,gelöst''.

Das Wissenschaftsministerium rechnet für die nächsten Semester mit jährlich 20000 Anfängern, derzeit stehen in NRW 219000 Studienplätzen 358000 Studenten gegenüber bzw. auf einem Platz drängeln sich (nicht bloß statistisch gesehen) ungefähr 2 Studenten. Da den Abiturienten in letzter Zeit ein besonders sensibles Reagieren für die Ausbildungssituation nachgesagt wird, kann die Umsetzung des Schwier-Planes auch dazu führen, daß noch mehr Abiturienten auf den Arbeitsmarkt drängen und die Konkurrenz um nicht akademische Ausbildungsplätze gegenüber Nichtabiturienten noch mehr verschärft, was die Jugendarbeitslosigkeit fördern wird. Das Gerede des Wissenschaftsministers von nicht ausgelasteten Kapazitäten erweist sich also als schlichte Lüge, selbst wenn man von den ministeriellen Berechnungen ausgeht.

Einschneidend wird für die – wie es so schön heißt – ,,Aufgabenerfüllung der Hochschulen'' der drastische Stellenabbau sein, den dieser Plan vorsieht. So ungefähr 2600 Stellen, eingeschlossen 700 nichtwissenschaftliche Stellen, stehen zur Disposition. Ein Drittel davon sollen an die Großkliniken Aachen, Düsseldorf und Münster. Was aus dem Rest wird, ist zumindest unklar. Jedenfalls tauchen die Stellen in Schwiers Plan nirgendwo mehr auf, somit ist es auch einer seiner Beschwichtigungslügen, wenn er behauptet, den Hochschulen ginge nichts verloren.

Soweit im groben Überblick der Entwurf Schwiers, wobei in bezug auf die Folgen noch gar nicht die soziale Betroffenheit der Studenten und auch der zukünftigen abzusehen ist: Wer kann es sich leisten, den Studienort zu wechseln, wieviele können es sich leisten, statt am Heimatort (was in der Regel billiger ist) in weit entfernten Orten zu studieren? Wo sollen demnächst die noch hinzugekommenen ,,umstrukturierten'' Studenten z.B. in Köln wohnen? ...

Und nicht zuletzt: Diese ,,Umstrukturierung der Hochschullandschaft hat weitreichende gesellschaftliche Folgen, die sich nicht bloß darin erschöpfen, daß durch Stellenkürzungen noch einige hundert wenn nicht mehr Arbeitslose produziert werden. Die Lehrerausbildung wird drastisch reduziert, aber ist es so, daß kein gesellschaftlicher Bedarf existierten würde an Lehrern? Sind die Schulverhältnisse nicht miserabel genug? Soll demnächst ein Lehrer vor einer Klasse mit 50 oder 60 Schülern stehen oder umgekehrt, ist es nicht nur das Interesse der Lehrerstudenten allein, mal Schulen zu haben, wo ein Lehrer mit 15 oder 20 Schülern sich beschäftigen kann, von den anderen materiellen Bedingungen ganz abgesehen?

,,Der Minister hat mit seinem Plan eine Protestwelle von Professoren, Mitarbeitern und Studenten losgetreten'', vermelden die ,,Hochschulpolitischen Informationen'' vom 23.4.. An den Hochschulen beginnt es offenbar tatsächlich zu gären. Hier sind es vor allem Studenten und Wissenschaftliche Mitarbeiter, die Protest äußern, teilweise auch größere Teile der Professorenschaft. Die Reaktion der Studenten ist auf Grund des gerade begonnenen Semesters insgesamt noch nicht absehbar. Ungewohntes spielt sich ab: Professoren rufen mit zu Studentenvollversammlungen auf, gemeinsame Protesterklärung, vom Student über den Professor bis zu den Nichtwissenschaftlichen Beschäftigten werden veröffentlicht. Trotz allem stellen sich jedoch einige komplizierte Probleme. Kann man sich durchsetzen, und vor allem: mit welcher Perspektive kann der Kampf geführt werden? Mit dem Einklagen der Sozialdemokratischen Bildungsreform wird es nicht gehen. Vom Standpunkt eines beengten, ständischen Interesses, wie es teilweise bei Professoren und Rektoren deutlich wird, geht es auch nicht. Der an Schematismus kaum zu überbietende Vorschlag der DKP-orientierten Landesastenkonferenz auf ,,Aktionswoche vom 24.–28. Mai und landesweiter Demonstration als Semesterhöhepunkt'' stößt schon jetzt auf Skepsis und teils auf Ablehnung, weil man die Wirkungslosigkeit und abnehmende Teilnahme von Studenten aus den letzten Semestern her kennt. Ensprechend wenig wird von der landesweiten Beratung der LAK am 6.5. zu erwarten sein. Positiv ist jedoch die beginnende Herausbildung von Aktionseinheiten aller Hochschulangehörigen, manchmal unter Einschluß der Nichtwissenschaftlich-Beschäftigten. Genügen wird dies indes nicht. Vielmehr sind Aktionseinheiten über die Hochschule hinaus nötig, wobei die Frage in den Vordergrund tritt, welche Interessen die Mehrheit der Gesellschaft, d.h. im Kern die Arbeiterklasse, an Hochschule und Wissenschaft hat.

Jörg Frank, Köln

Reds – Zwischen Schönheit und Erstarrung

Warren Beattys Widmung auf John Reed, Louise Bryant, amerikanische Arbeiterbewegung und Oktoberrevolution

Von Michael Ackermann



Unter den Klängen der Internationale konnte kürzlich Warren Beatty die dreifache Oskarauszeichnung für seinen Film „Rote" entgegennehmen – ein seltsames Bild.

Mit begleitendem Verriß, wohlmeindendem Applaus oder gar überschwenglichem Lob gibt „Reds" nun in den westdeutschen Kinos seinen Einstand.

Eine neuer „Schmachtfetzen", dreieinhalbstündiger Mammutfilm oder Hollywoodschinken in der Tradition von „Vom Winde verweht" und seinesgleichen?

Ja, ein Mammutfilm, ein Melodrama ist „Reds" auf jeden Fall. Denn wer vielleicht die Verfilmung von John Reeds Buch „10 Tage, die die Welt erschütterten" erwartete, darf sich getäuscht fühlen. „Reds" ist vielmehr die in epischer Breite erzählte Geschichte vom Leben John Reeds und seiner Partnerin Louise Bryant. Also eine „Lovestory"? Ja, auch das. Nur ist der Film in der Beschreibung der Lebensphase Reeds von 1915 bis zu seinem Tode 1920 in Moskau zugleich eine Widmung für einen revolutionären Journalisten, bedeutenden Mann der amerikanischen Arbeiterbewegung und Kämpfers gegen den imperialistischen Krieg.

Für einen Hollywood-Film ist es frappierend, wenn er die Verschlingung von Dokumentation und Fiktion aufweist. Der Film beginnt, wird begleitet und endet mit den Kommentaren und Statements von 32 Freunden, Weggefährten, Nachbarn und bedeutenden Zeitgenossen John Reeds. Da erreicht einen Einfältiges und Privates über Reed und Bryant, aber auch die Stimmung der amerikanischen Arbeiterbewegung zu Zeiten der Oktoberrevolution, die Hoffnungen der Massen auf eine revolutionäre Umwälzung. Es ist beeindruckend – ja lebendig – wenn eine 80jährige amerikanische Dame Teile eines revolutionären Liedes der Arbeiterbewegung vorträgt, sich Feministinnen des Aufbruchs der Frauenbewegung in den USA erinnern. Typisch für einen Hollywood-Schinken?

Ausnehmend historisch ist der Film immer dann, wenn er Situationen und Stationen John Reeds in seiner Bedeutung für die amerikanische Arbeiterbewegung schildert: Als Reporter *und* gewerkschaftlicher Organisator in Streiks – und seine Verhaftungen. Als Führer und Opponent gegen den reformistischen Kurs in der Sozialistischen Partei der USA – und seine Rolle als Kämpfer für die Einheit der Partei unter revolutionärem Vorzeichen. Als lebendiger Widerspruch zwischen Parteiführer und recherchierendem Journalisten und Literaten. All das mit einem Dialog, der politische Widersprüche, ja Einzelheiten rüberkommen läßt – wo selbst Redeschlachten noch Atmosphäre besitzen.

Auch das Umfeld von John Reed, Louise Bryant und Freunden – Greenwich Village in New York – kommt

gleitet und endet mit den Kommentaren und Statements von 32 Freunden, Weggefährten, Nachbarn und bedeutenden Zeitgenossen John Reeds. Da erreicht einen Einfältiges und Privates über Reed und Bryant, aber auch die Stimmung der amerikanischen Arbeiterbewegung zu Zeiten der Oktoberrevolution, die Hoffnungen der Massen auf eine revolutionäre Umwälzung. Es ist beeindruckend – ja lebendig – wenn eine 80jährige amerikanische Dame Teile eines revolutionären Liedes der Arbeiterbewegung vorträgt, sich Feministinnen des Aufbruchs der Frauenbewegung in den USA erinnern. Typisch für einen Hollywood-Schinken?

Ausnehmend historisch ist der Film immer dann, wenn er Situationen und Stationen John Reeds in seiner Bedeutung für die amerikanische Arbeiterbewegung schildert: Als Reporter *und* gewerkschaftlicher Organisator in Streiks – und seine Verhaftungen. Als Führer und Opponent gegen den reformistischen Kurs in der Sozialistischen Partei der USA – und seine Rolle als Kämpfer für die Einheit der Partei unter revolutionärem Vorzeichen. Als lebendiger Widerspruch zwischen Parteiführer und recherchierendem Journalisten und Literaten. All das mit einem Dialog, der politische Widersprüche, ja Einzelheiten rüberkommen läßt – wo selbst Redeschlachten noch Atmosphäre besitzen.

Auch das Umfeld von John Reed, Louise Bryant und Freunden – Greenwich Village in New York – kommt
mit seinem Charakter der Bohème, der Intelligenz, Künstlern und Frauenrechtlerinnen in etwa zur Geltung. „Spiegel"-Redakteur Karasek fand gerade diese Szenen „trivial" und „spießig". Aber ein Vergleich mit den ausführlichen Schilderungen dieser Atmosphäre in John Dos Passos Büchern „USA-Trilogie"* bestätigt die Sichtweise des Films, doch daß dieser *erklärend* Aufschluß geben würde.

Sicherlich, was das Liebesverhältnis von Reed und Bryant angeht, hält der Kitsch stellenweise seinen Einzug. Manches ist gar zu schmachtend, der obligat beim Kochen scheiternde „Ehemann" Reed, oder der kratzende Hund an der Schlafzimmertür sind Abziehbilder amerikanischer Familienserien. Vollends droht der Umschlag, wenn im Wogen der Oktoberrevolution die beiden Liebenden „Christmas" feiern und den Weihnachtsbaum schmücken. Attribute an den amerikanischen Edelkitsch also.

Trotzdem wird in dem Film keine Liebesidylle mit schicksalhaften Verstrickungen vorgeführt, sondern ein – historisch weitgehend erfundenes – recht spannungsreiches Verhältnis. Louise Bryant hat in dem Film eine Entwicklung als Frau, als Partnerin und politische Persönlichkeit.

Und die ebenfalls historisch nicht ganz abgesicherte Beziehung zu dem bekannten Dramatiker Eugene O'Neill ist nicht ohne Tiefsinn. Denn dieser bekundet ihr, wenn sie ihm gehöre, werde er sich ganz ihr widmen. Und das ist nun der genaue Gegensatz zum unsteten John Reed – der Louise Bryant aber gleichberechtigt behandelt, wenn dies auch sehr spät, nämlich in den Tagen der Oktoberrevolution in Petrograd zum Ausdruck und Ausbruch kommt.

Da erst beginnt Reed die politischen Auffassungen und Produkte journalistischer Tätigkeit von Louise vollends zu akzeptieren, aber auch da erst lernt

rend Aufschluß geben würde.

Sicherlich, was das Liebesverhältnis von Reed und Bryant angeht, hält der Kitsch stellenweise seinen Einzug. Manches ist gar zu schmachtend, der obligat beim Kochen scheiternde „Ehemann" Reed, oder der kratzende Hund an der Schlafzimmertür sind Abziehbilder amerikanischer Familienserien. Vollends droht der Umschlag, wenn im Wogen der Oktoberrevolution die beiden Liebenden „Christmas" feiern und den Weihnachtsbaum schmücken. Attribute an den amerikanischen Edelkitsch also.

Trotzdem wird in dem Film keine Liebesidylle mit schicksalhaften Verstrickungen vorgeführt, sondern ein – historisch weitgehend erfundenes – recht spannungsreiches Verhältnis. Louise Bryant hat in dem Film eine Entwicklung als Frau, als Partnerin und politische Persönlichkeit.

Und die ebenfalls historisch nicht ganz abgesicherte Beziehung zu dem bekannten Dramatiker Eugene O'Neill ist nicht ohne Tiefsinn. Denn dieser bekundet ihr, wenn sie ihm gehöre, werde er sich ganz ihr widmen. Und das ist nun der genaue Gegensatz zum unsteten John Reed – der Louise Bryant aber gleichberechtigt behandelt, wenn dies auch sehr spät, nämlich in den Tagen der Oktoberrevolution in Petrograd zum Ausdruck und Ausbruch kommt.

Da erst beginnt Reed die politischen Auffassungen und Produkte journalistischer Tätigkeit von Louise vollends zu akzeptieren, aber auch da erst lernt
sie, die Kritik von John nicht mehr als Affront eines sie über ihr stehenden bekannten Literaten mit gekränkter, gedemütigter Haltung abzuwehren, sondern sie zu prüfen und umzusetzen zur Verbesserung ihrer Produkte.

Und dieser Lernprozeß, so macht es der Film deutlich, basiert gerade auf der Gemeinsamkeit im Kampf und für die so bedeutenden Entwicklung des Aufstandes des russischen Proletariats. Nur in diesem Zusammenhang läßt sich auch der „Breitwandkuß" unter dem Chor der Internationalen und dem Szenenwechsel zu den demonstrierenden Aufständischen sinnvoll einordnen. Ansonsten gehörte auch dies wieder zu den peinlichen Ausfällen des Films. Daß es sich dabei aber doch um ein Symbol der revolutionären Vereinigung der Massen und der darauf beruhenden positiven Übereinstimmung zweier Individuen handelt, das scheint mit zumindest einleuchtend. Zuviel, zu positiv interpretiert?

Aber das schwierigste Kapitel des Films folgt sowieso im Anschluß an diese Szene, die den ersten Teil des Films, die Phase bis zur Eroberung der Macht, abschließt. Denn ab diesem Zeitpunkt geht es um die Kernfrage – Bedeutung und Entwicklung der Oktoberrevolution. War die Revolution, der Aufstand selbst noch ein leuchtendes, die Massen ergreifendes und erhebendes Ereignis des gesellschaftlichen Fortschritts ohne große Widersprüche, so gebricht es „Reds" vor allem an der Darstellung der „Geburtswehen" der neuen Gesellschaft, den konkreten Schwierigkeiten der russischen Revolution. Die Bedrohung der Machteroberung des Proletariats durch die innere und äußere Konterrevolution – eine ganz wichtige Erkenntnis in John Reeds Buch – geht im Film völlig verloren.

Dafür aber beherrschen bald Dogmatismus und Bürokratie, Herrschaft

des Aufstandes des russischen Proletariats. Nur in diesem Zusammenhang läßt sich auch der „Breitwandkuß" unter dem Chor der Internationalen und dem Szenenwechsel zu den demonstrierenden Aufständischen sinnvoll einordnen. Ansonsten gehörte auch dies wieder zu den peinlichen Ausfällen des Films. Daß es sich dabei aber doch um ein Symbol der revolutionären Vereinigung der Massen und der darauf beruhenden positiven Übereinstimmung zweier Individuen handelt, das scheint mit zumindest einleuchtend. Zuviel, zu positiv interpretiert?

Aber das schwierigste Kapitel des Films folgt sowieso im Anschluß an diese Szene, die den ersten Teil des Films, die Phase bis zur Eroberung der Macht, abschließt. Denn ab diesem Zeitpunkt geht es um die Kernfrage – Bedeutung und Entwicklung der Oktoberrevolution. War die Revolution, der Aufstand selbst noch ein leuchtendes, die Massen ergreifendes und erhebendes Ereignis des gesellschaftlichen Fortschritts ohne große Widersprüche, so gebricht es „Reds" vor allem an der Darstellung der „Geburtswehen" der neuen Gesellschaft, den konkreten Schwierigkeiten der russischen Revolution. Die Bedrohung der Machteroberung des Proletariats durch die innere und äußere Konterrevolution – eine ganz wichtige Erkenntnis in John Reeds Buch – geht im Film völlig verloren.

Dafür aber beherrschen bald Dogmatismus und Bürokratie, Herrschaft
der Partei, das Bild. Vor allem Sinowjew dient als Sinnbild der erstarrenden Revolution, der Hegemonie der Partei („die Partei verlangt es ... der Partei dienen"), an der John Reed mit seinem Individualismus, mit seinem Plädoyer für die Freiheit des Einzelnen, aneckt.

Diese Erkenntnis, diese Entwicklung entspringt aber nicht dem Film selbst, aus der Handlung. Das ganze ist dem Film als geschichtliche Weisheit aufgestülpt, also als Vorurteil.

Denn so richtig es ist, das Scheitern der russischen Revolution zu konstatieren, ohne eine konkrete Darstellung endet es eben schnell in dem Motto „die Revolution frißt ihre Kinder".

Nun wird das in dem Film keineswegs ausgeschlachtet, sondern eigentlich nur verhalten angedeutet. Insbesondere in der Figur Emma Goldmanns, einer Kampfgefährtin Reeds, kommt das zum Ausdruck. Sie, ein Haudegen aus der amerikanischen Friedens- und Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg, geht gleichfalls während der Oktoberrevolution nach Rußland. Doch schon bald beginnt sie ihre Zweifel zu entwickeln über den Verlauf der Revolution, glaubt nicht mehr daran, daß hiervon die Befreiung der Menschheit ausgeht.

Diese Dialoge aber haben keine analytische Schärfe, wirken eben mehr wie die Bestätigung von Meinungen, die man *heute* hat. Der Film springt aus seinen historischen Bezügen heraus, beginnt seine eigene Philosophie vom Gegensatz von Menschlichkeit und Revolution zu stricken. Infolgedessen müssen am Ende die Handlungen von John Reed und Louise Bryant, ihr Einsatz für die amerikanische Arbeiterbewegung und ihr Begriff von der Oktoberrevolution, als idealistische Gebäude wirken – auf tönernen Füßen.

Der Film, oder besser, Beatty, macht das nicht zynisch, sarkastisch oder verachtend, vielmehr liebevoll, so als



wenn man menschliche Schwächen aufzeichnet. Gerade das aber ist wiederum idealisierend, denn Analyse wird durch wohlmeinende Betrachtung ersetzt – und damit wird die Sichtweise platt, fällt weit hinter die Auffassungen John Reeds zurück.

Trotzdem ist „Reds" eine Homage auf ein fast vergessenes Kapitel amerikanischer Geschichte – der amerikanischen Arbeiterbewegung und einem ihrer revolutionären Vertreter

Der Film, oder besser, Beatty, macht das nicht zynisch, sarkastisch oder verachtend, vielmehr liebevoll, so als



wenn man menschliche Schwächen aufzeichnet. Gerade das aber ist wiederum idealisierend, denn Analyse wird durch wohlmeinende Betrachtung ersetzt – und damit wird die Sichtweise platt, fällt weit hinter die Auffassungen John Reeds zurück.

Trotzdem ist „Reds" eine Homage auf ein fast vergessenes Kapitel amerikanischer Geschichte – der amerikanischen Arbeiterbewegung und einem ihrer revolutionären Vertreter. In diesem Sinne ist „Reds" sehenswert und anregend, auch was die Auseinandersetzung mit den historischen Problemen der proletarischen Revolution angeht.

* Die Romane „Der 42. Breitengrad", „Neunzehnhundertneunzehn" und „Die Hochfinanz" geben einen eindrucksvollen Überblick über die Gesamtheit der amerikanischen Gesellschaft in den Jahren 1910 – 1920. rororo 4346, 3 Bände, 38 DM.

So, unter dem Krachen der Geschütze,
in dunkler Nacht, mit Haß, Furcht
und sorglosem Wagen,
kam das neue Rußland zur Welt.

John Reed

An Popularität hat das Buch „10 Tage, die die Welt erschütterten" fast nichts eingebüßt. In den USA findet es zur Zeit wieder hohe Verbreitung.

Aber auch an Aktualität hat es kaum verloren. Es ist nicht nur eine parteiische und spannende Beschreibung der Machteroberung des russischen Proletariats, sondern Reeds Analyse läßt schon die Probleme des „neuen Rußland" erahnen.

Da ist der einsame Stand der Bolschewiki unter den Parteien, in der Frage der Machteroberung. „Die einzige Erklärung des bolschewistischen Erfolges liegt darin, daß sie die tiefen und einfachen Bestrebungen der unterdrückten Volksmassen in die Tat umsetzten ..." Das Problem wird sichtbar – wie sollten und konnten sie, mit welchen Mitteln, diese Bestrebungen auf Dauer sichern?

Reed erfaßte weitsichtig die Bedeutung der Bauernfrage. Gab sie letztlich den Ausschlag für den Sieg im Oktober – weil die Interessen der Bauernmassen berücksichtigt wurden – so mußte sich auch hier eine korrekte Politik in der Zukunft erweisen.

Wenn John Reed voller Hoffnung die russische Revolution erlebte und niederschrieb, aber die Entwicklung eine andere Richtung einschlug, das Buch bleibt durch seine vielfältigen Erkenntnisse ein Prüfstein der Kritik.

Die Fähigkeit zur politischen Reportage, eng verbunden mit den Interessen des Volkes, zeigt sich auch in seinem Buch „Aufruhr in Mexiko". Eine lebendige Beschreibung des Kampfes der mexikanischen Volksmassen gegen seine Tyrannen, auch wenn es die dialektische Schärfe von „10 Tage ..." nicht erreichte.

Doch Reed war mehr als Journalist. Als Mitglied der sozialistischen Partei erlangte er Bedeutung durch den Kampf gegen Reformismus und gegen die Zustimmung zum Kriegseintritt. Erst nach dem Putsch der Führer war er an einer Gründung der „Kommunistischen Arbeiterpartei" beteiligt, die jedoch an ihrem Sektierertum krankte, was die Gewerkschaften und die Reife der Arbeiterbewegung betraf. Interessant auch, daß dieser Abschnitt in Reeds politischer Aktivität bedacht wird und das authentische Zitat fällt: „Doch nicht in der Politik liegt deine Kraft, John. Du bist ein Künstler, aber kein Propagandist. Du solltest deine Talente der schöpferischen literarischen Tätigkeit widmen!" Daran gehalten hat er sich jedenfalls nicht.

John Dos Passos hat John Reed in seinem Roman „1919" ein Denkmal gesetzt. In knappen, gebündelten Sätzen erfaßt er das Leben John Reeds,

Wenn John Reed voller Hoffnung die russische Revolution erlebte und niederschrieb, aber die Entwicklung eine andere Richtung einschlug, das Buch bleibt durch seine vielfältigen Erkenntnisse ein Prüfstein der Kritik.

Die Fähigkeit zur politischen Reportage, eng verbunden mit den Interessen des Volkes, zeigt sich auch in seinem Buch „Aufruhr in Mexiko". Eine lebendige Beschreibung des Kampfes der mexikanischen Volksmassen gegen seine Tyrannen, auch wenn es die dialektische Schärfe von „10 Tage ..." nicht erreichte.

Doch Reed war mehr als Journalist. Als Mitglied der sozialistischen Partei erlangte er Bedeutung durch den Kampf gegen Reformismus und gegen die Zustimmung zum Kriegseintritt. Erst nach dem Putsch der Führer war er an einer Gründung der „Kommunistischen Arbeiterpartei" beteiligt, die jedoch an ihrem Sektierertum krankte, was die Gewerkschaften und die Reife der Arbeiterbewegung betraf. Interessant auch, daß dieser Abschnitt in Reeds politischer Aktivität bedacht wird und das authentische Zitat fällt: „Doch nicht in der Politik liegt deine Kraft, John. Du bist ein Künstler, aber kein Propagandist. Du solltest deine Talente der schöpferischen literarischen Tätigkeit widmen!" Daran gehalten hat er sich jedenfalls nicht.

John Dos Passos hat John Reed in seinem Roman „1919" ein Denkmal gesetzt. In knappen, gebündelten Sätzen erfaßt er das Leben John Reeds,
seine Charakteristika und Bedeutung. Und am Schluß heißt es:

Er warf alles, was er besaß,
und sich selber in den Smolny:
Diktatur des Proletariats, UdSSR.
Die erste Arbeiterrepublik
wurde begründet und stand.
Reed schrieb, übernahm Aufträge
(überall waren Spione),
er arbeitete bis zum Umfallen,
bekam Typhus und starb in Moskau.

Fernsehtip

Über „**Missouri**" schreibt Joe Hembus im Western-Lexikon: „Bei Edwards (Regisseur) gibt es keinen Streß, die Inszenierung ist entspannt wie die Charaktere ... Diese Entspanntheit adelt die Helden, deren Bankdiebstahl ja auch einem guten Zweck dient, die Muße. Die Besitzenden disqualifizieren sich ohnedies selbst. Als die beiden Cowboys sich die 36000 Dollar holen, geben sie 3000 Dollar sofort zurück, damit der Lohn auf der Ranch ausgezahlt werden kann; die Frau des Bankiers rät aber ihrem Mann, das Geld einzustecken. Und der rächende Viehbaron ist schon dadurch als mieser Kapitalist ausgewiesen, daß er sich mit den kleinen Schafzüchtern anlegt". *Samstag, 1. Mai, 22.20 Uhr im ARD.*

– Alternativ zum Western: „**Ein Hauch von Zen**", nach einer alten chinesischen Geschichte, mit Schwert- und Faustkampffilm. Aber nicht einer von den massenhaften „Kung-Fu"-Verschnitten, sondern von King Hu, einem Regisseur, der in den Filmen auch chinesische Geschichte und alte Riten verarbeitet. *Samstag, 1.5., 22.00 Uhr im ZDF.* – Nach John Steinbecks Roman „**Früchte des Zorns**" ein Filmklassiker mit Henry Fonda. Das Bild vom armen, zerrütteten und unterdrückerischen Amerika – mit seinem zweiten Marsch ins „gelobte Land" Kalifornien. Als Besonderheit wird noch geboten: Der Film ist zum erstenmal in seiner Originallänge (ungestutzt) und neu synchronisiert (entsprechend dem amerikanischen Original) zu sehen. *Sonntag, 2.5., 20.15 Uhr im ZDF.* – Mit dem Film „**Eine glückliche Familie**" wird die Reihe neuerer chinesischer Spielfilme im ARD abgeschlossen. Nach den beiden vorherigen, eher dramatischen Filmen, nun ein chinesischer „Unterhaltungsfilm", mit „deftigen komischen Effekten nach Volksstückart" aufwartet. Gleichwohl spielen in dem Film – durch die Komik überzeichnet – die Probleme im ländlichen Alltag des heutigen China eine wesentliche Rolle – sagen die Programmvorschauer beim ARD. *Montag, 3.5., 23.00 Uhr im ARD.*